

Freistaat Bayern

**Haushaltsplan
1977/1978**

Einzelplan 04

für den Geschäftsbereich

des Bayerischen Staatsministeriums

der Justiz

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 1977 und 1978	7
Kap. 04 01 Ministerium	8
Kap. 04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04	18
Kap. 04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften	22
Kap. 04 05 Justizvollzugsanstalten	40
Abschluß	59
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	60
Stellenplan	61
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaß- nahmen mit mehr als 250 000 DM Gesamt- kosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 04	73

Vorwort zum Einzelplan 04 Staatsministerium der Justiz

A. Geschäftsbereich und Aufgaben des Staatsministeriums der Justiz

Dem Staatsministerium der Justiz obliegt insbesondere die Bearbeitung der Personal- und Verwaltungsangelegenheiten der ordentlichen Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Justizvollzugsanstalten, des Haushalts und der Gerichtsorganisation, des Notariatswesens, der Angelegenheiten der Rechtsanwaltschaft in rechtlicher und persönlicher Hinsicht. Es wirkt bei gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes und des Freistaates Bayern mit. Ferner ist es auf Grund der Bekanntmachung des Bayerischen Ministerpräsidenten vom 20. September 1973 (GVBl S. 508) zu Entscheidungen und zur Mitwirkung in Gnadensachen befugt.

Bei der Errichtung der Gerichte für Arbeitssachen, bei ihrer Verwaltung und der Dienstaufsicht ist die Landesjustizverwaltung nach den Bestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes zu beteiligen. Das dem Staatsministerium der Justiz eingegliederte Landesjustizprüfungsamt ist verantwortlich für das Prüfungswesen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst und für die übrigen Laufbahnen im Bereich der Justizverwaltung.

Zum Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz gehören am 1. Januar 1977:

- das Oberste Landesgericht mit 1 Staatsanwaltschaft,
- 3 Oberlandesgerichte mit je 1 Staatsanwaltschaft,
- 21 Landgerichte mit je 1 Staatsanwaltschaft,
- 72 Amtsgerichte mit 39 Zweigstellen,
- 14 selbständige Justizvollzugsanstalten,
- 23 nichtselbständige Justizvollzugsanstalten,
- 2 Jugendarrestanstalten,
- 1 Sozialtherapeutische Forschungs- und Erprobungsanstalt (Erlangen).

Beim Oberlandesgericht München ist auf Grund des Art. 68 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung der Verfassungsgerichtshof gebildet.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Im Vollzug des am 1. Juli 1973 in Kraft getretenen Gesetzes über die Organisation der ordentlichen Gerichte im Freistaat Bayern (GerOrgG) vom 25. April 1973 (GVBl S. 189) konnten 86 Amtsgerichte und die bis zu diesem Zeitpunkt vorhandenen 8 amtsgerichtlichen Zweigstellen aufgelöst werden. 39 der aufgehobenen Amtsgerichte bestehen noch als Zweigstellen, bis die Aufnahmefähigkeit am Sitz des Amtsgerichts gegeben ist.

Im Zuge der organisatorischen Umstellungen im Bereich des Strafvollzugs, die sich aus § 156 des Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung — Strafvollzugsgesetz (StVollzG) — vom 16. März 1976 (BGBl I S. 581) ergeben, wird die Justizvollzugsanstalt Regensburg ab 1. Januar 1977 nicht mehr nebenamtlich von einem Staatsanwalt, sondern hauptamtlich von einem Beamten des höheren Justizvollzugsdienstes geleitet.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Verwaltungseinnahmen und dgl.
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

Gesamteinnahmen

Personalausgaben
Sächliche Verwaltungsausgaben
Ausgaben für den Schuldendienst
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen
Baumaßnahmen
Sonstige Ausgaben für Investitionen und
Investitionsförderungsmaßnahmen
Besondere Finanzierungsausgaben

Gesamtausgaben

Zuschuß

	1977 DM	1978 DM	1976 DM
Verwaltungseinnahmen und dgl.	368 436 100	389 479 100	316 487 000
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2 786 000	1 936 000	1 912 000
Gesamteinnahmen	371 222 100	391 415 100	318 399 000
Personalausgaben	605 904 500	640 556 100	568 380 900
Sächliche Verwaltungsausgaben	155 817 200	158 473 200	139 658 000
Ausgaben für den Schuldendienst	150 000	150 000	150 000
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	42 948 200	45 673 600	28 715 000
Baumaßnahmen	45 484 000	47 168 500	45 575 000
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	8 822 000	7 411 500	3 751 500
Besondere Finanzierungsausgaben	300 000	310 000	290 000
Gesamtausgaben	859 425 900	899 742 900	786 520 400
Zuschuß	488 203 800	508 327 800	468 121 400

D. Personalsoll

Titel 422 01 Planmäßige Beamte (Richter)
Titel 422 11 Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe
Titel 422 21 Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst
Titel 425 01 Angestellte

Personalsoll A

Ferner:

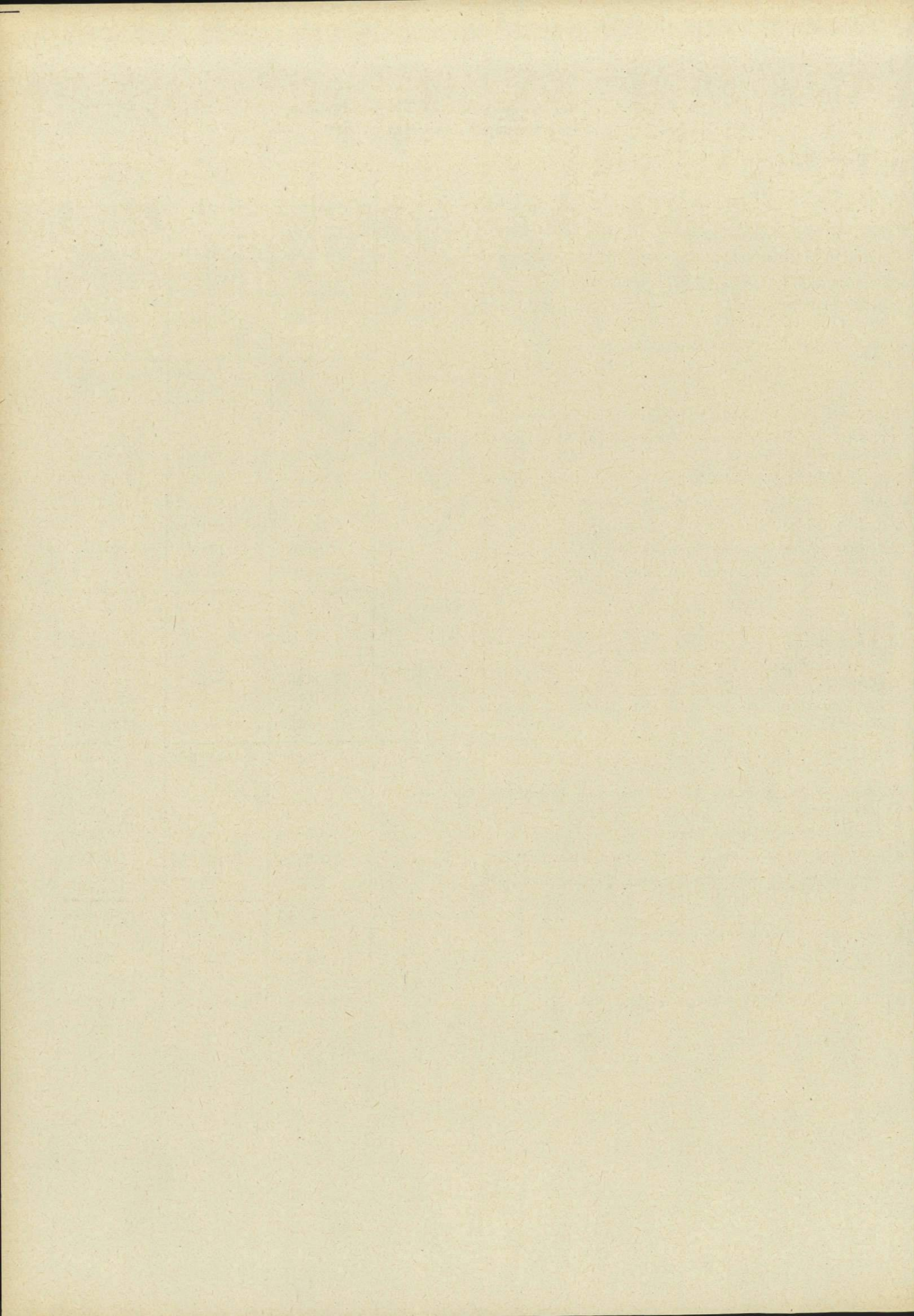
Titel 422 26 Rechtsreferendare und Rechtspraktikanten (Kap. 04 04) ..
Titel 425 11 Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte
Titel 426 01 Arbeiter
Titel 426 72 Betriebsarbeiter (Kap. 04 05)
Titel 427 51 Praktikanten (Kap. 04 04 und 04 05)

Summe B

	Stellen für 1977	Stellen für 1978	Stellen für 1976
Titel 422 01 Planmäßige Beamte (Richter)	10 711	10 910	10 556
Titel 422 11 Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe	701	681	707
Titel 422 21 Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	761	722	728
Titel 425 01 Angestellte	3 421	3 371	3 516
Personalsoll A	15 594	15 684	15 507
Ferner:			
Titel 422 26 Rechtsreferendare und Rechtspraktikanten (Kap. 04 04) ..	2 500	2 500	2 900
Titel 425 11 Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	60	45	60
Titel 426 01 Arbeiter	531	531	536
Titel 426 72 Betriebsarbeiter (Kap. 04 05)	14	14	14
Titel 427 51 Praktikanten (Kap. 04 04 und 04 05)	40	40	40
Summe B	3 145	3 130	3 550

**E. Gliederung der Ausgaben nach großen Gruppen
(ohne Personalausgaben)**

	1977 DM	1978 DM	1976 DM
I. Sächliche Verwaltungsausgaben			
1. Auslagen in Rechtssachen (Kap. 04 04 Tit. 526 21—526 26)	61 000 000	61 000 000	49 950 000
2. Gefangenenpflege (Kap. 04 05 Titelgruppe 71)	15 875 000	16 915 000	15 118 000
3. Arbeitsbetriebskosten der Justizvollzugsanstalten (Kap. 04 05 Titelgruppe 72)	7 610 000	7 940 000	7 140 000
4. Sonstige Sächliche Verwaltungsausgaben	71 332 200	72 618 200	67 450 000
Zusammen	155 817 200	158 473 200	139 658 000
II. Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
1. Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in Anstalten anderer Verwaltungen	23 000 000	25 000 000	16 000 000
2. Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	6 000 000	6 000 000	5 700 000
3. Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Taschengeld für Gefangene	8 000 000	8 400 000	5 100 000
4. Beiträge für die Gefangenen zur Bundesanstalt für Arbeit	4 050 000	4 250 000	—
5. Rechtsberatung sozial schwacher Bürger	150 000	150 000	270 000
6. Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	1 748 200	1 873 600	1 645 000
Zusammen	42 948 200	45 673 600	28 715 000
III. Baumaßnahmen			
1. Hochbaumaßnahmen bis einschließlich 250 000 DM Gesamtkosten im Einzelfall	3 600 000	4 375 000	2 900 000
2. Hochbaumaßnahmen mit mehr als 250 000 DM Gesamtkosten im Einzelfall	41 884 000	42 793 500	42 675 000
Zusammen	45 484 000	47 168 500	45 575 000
IV. Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			
1. Anschaffung von Dienstfahrzeugen	466 000	494 500	413 500
2. Erstmalige Anschaffung von Einrichtungsgegenständen	7 506 000	5 937 000	3 063 000
3. Beschaffung von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen	850 000	980 000	275 000
Zusammen	8 822 000	7 411 500	3 751 500
V. Besondere Finanzierungsausgaben			
Justizstatistik	300 000	310 000	290 000
VI. Summe der Verpflichtungsermächtigungen			
	41 405 000	26 180 000	33 710 000



Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 1977 und 1978

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert. Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 2 000 DM,
 - 1.2 Änderungen unter 10 v. H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 10 000 DM nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge des Ministers und Staatssekretärs), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten), 422 1. (Bezüge der Beamten zur Anstellung), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten), 425 0. (Vergütungen der Angestellten) sowie 426 0. bis 426 2. (Löhne der Arbeiter) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf allgemeinen Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenveränderungen auf Grund der Haushaltspläne 1975 und 1976 beruhen oder auf den Vollzug des Art. 6 c HG 1975/1976 zurückzuführen sind.
3. Bei Titel 451 0. (Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung) sind die Ausgaben nach dem voraussichtlichen Bedarf bei einem Tagessatz von 1 DM je Bediensteten veranschlagt. Zuschüsse für Gemeinschaftsveranstaltungen sind nicht veranschlagt.
4. Im Stellenplan sind in der Spalte „1976“ erforderlichenfalls die gemäß § 3 Abs. 4 des Bayerischen Anpassungsgesetzes zum 2. BesVNG angepaßten Stellen angegeben; im übrigen werden die Amtsbezeichnungen unter Berücksichtigung der Änderungen durch das 2. BesVNG und das Gesetz zur Änderung von Bezeichnungen der Richter und ehrenamtlichen Richter vom 22. Dezember 1975 (BGBl I S. 3176) sowie des Bayerischen Anpassungsgesetzes zum 2. BesVNG verwendet.
Stellenhebungen, die nicht durch Gesetz oder Tarifvertrag zwingend vorgeschrieben sind, wurden nicht vorgenommen. Eine Neuberechnung ist jedoch erfolgt, soweit sich
 - 4.1 die Zahl der Planstellen durch Haushaltsmaßnahmen verringert und/oder
 - 4.2 sich das Bundesrecht über Obergrenzen für Beförderungsamter geändert hat (vgl. § 26 Abs. 6 BBesG in der Fassung des Haushaltsstrukturgesetzes: insbesondere Eingangsamts/1. Beförderungsamts).
 Soweit die umzuwandelnden Stellen besetzt sind, wurden gemäß Art. 21 BayHO entsprechende Umwandlungsvermerke (ku-Vermerke) aufgenommen.
5. Soweit durch den Nachtragshaushalt 1976 globale Kürzungen bei den Personalausgaben und den sächlichen Verwaltungsausgaben vorgenommen wurden, sind bei den Einzeltiteln die Sollbeträge 1976 und 1977 nur bedingt vergleichbar. Von einer Einzelerläuterung dieses Tatbestandes wurde, soweit nicht besondere Umstände vorlagen, abgesehen.
6. Bei den Hochbauausgaben ist in der Spalte „1976“ der unter Berücksichtigung von Umschichtungen gemäß § 1 Nr. 4 Buchst. b des Nachtragshaushaltsgesetzes 1976 sich ergebende Betrag angegeben. Im einzelnen sind die Hochbauausgaben in der Anlage S dargestellt und erläutert.
7. Soweit bei Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan (Zweckbestimmungsspalte) keine Jahresbeträge angegeben sind (vgl. Art. 16 Satz 2 BayHO), dürfen entsprechende Verpflichtungen zu Lasten des jeweils folgenden Haushaltsjahres eingegangen werden.
8. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie bereits 1975/1976 zur Arbeitsvereinfachung und Druckkostensparnis im EDV-Verfahren erstellt.
Dabei wurden
 - 8.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
 - 8.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt und
 - 8.3 bei den Hochbauausgaben der Anlage S eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 745 69) ergibt sich aus der Anlage S.

Ministerium

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976	B IST 1975	C IST 1974
1	2	3	TSD.DM	TSD.DM	TSD.DM		
1	2	3	4	5	6		
		MINISTERIUM					
		EINNAHMEN					
		VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.					
111 01	011	GEBUEHREN, BEITRAEGE, TARIFLICHE UND GEBUEHRENARTIGE ENTGELTE	50,0	50,0	A	32,0	
					B	47,9	
					C	30,3	
113 01	011	ERLOESE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTAENDEN	1,0	1,0	A	1,0	
					B	10,6	
					C	3,8	
119 01	011	EINNAHMEN AUS VEROEFFENTLICHUNGEN	15,0	15,0	A	15,0	
					B	13,5	
					C	11,8	
119 69	011	VERMISCHTE EINNAHMEN	1,0	1,0	A	1,0	
					B	8,9	
					C	9,0	
124 01	011	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	1,0	1,0	A	1,0	
					B	0,4	
					C	0,8	
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN					
241 01	011	SONSTIGE ERSTATTUNGEN VOM BUND	-	-	A	2,0	
					C	0,2	
271 01	011	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGSAusGABEN AUS SONSTIGEN BEREICHEN	-	-	A	-	
					C	0,0	
281 01	011	ERSTATTUNG VON PROZESSKOSTEN	-	-	A	-	
		GESAMTEINNAHMEN	68,0	68,0	A	52,0	
					B	81,3	
					C	55,9	
		AUSGABEN					
		PERSONALAUSGABEN					
421 01	011	AMTSBEZUEGE DES MINISTERS UND DES STAATSSKRETAERS	284,4	298,6	A	272,8	
					B	277,7	
					C	227,8	
422 01	011	BEZUEGE DER PLANMAESSIGEN BEAMTEN	5.954,0	6.252,0	A	5.747,2	
					B	5.313,1	
					C	4.820,9	
422 11	011	BEZUEGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG	-	-	A	41,4	
					B	8,5	
422 31	011	BEZUEGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	580,0	610,0	A	560,0	
					B	564,2	
					C	447,1	

Erläuterungen

Zu 111 01

1977 gegenüber 1976:

Mehr 18 000 DM: Gebührenerhöhungen in Verwaltungsangelegenheiten (Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft, Anerkennung ausländischer Urteile).

Zu 119 01

Einnahmen aus der Herausgabe des Justizministerialblattes.

Zu 421 01

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschließlich Zulagen und Zuwendungen	1977	1978
Davon	DM	DM
Dienstaufwandsentschädigungen	22 900	24 000

Zu 422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Davon

Aufwandsentschädigungen	DM
(Nachdienstentschädigungen)	600

Zu 422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Ministerium

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
					TSD.DM
425 01	011	VERGUETUNGEN DER ANGESTELLTEN	1.820,0	1.910,0	1.747,0
					1.600,3
					1.511,8
426 01	011	LOEHNE DER ARBEITER	580,0	610,0	452,0
					519,0
					410,1
451 01	011	ZUSCHUESSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	37,5	37,5	39,0
					33,1
					39,3
453 01	011	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGUETUNGEN	27,0	27,0	32,0
					26,9
					28,3
459 01	011	PRUEFUNGSVERGUETUNGEN	858,0	844,0	880,0
					869,9
					892,1
SAECHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN					
511 01	011	GESCHAEFTSBEDARF	140,0	146,0	80,0
					69,9
					83,9
512 01	011	BUECHER UND ZEITSCHRIFTEN	96,0	99,0	92,0
					80,9
					86,4
513 01	011	POST- UND FERNMELDEGEBUEHREN	97,0	105,0	88,0
					94,9
					75,4
514 01	011	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	62,0	62,0	62,0
					51,9
					54,8
515 01	011	GERAETE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRUESTUNGSgegenSTAE- DE FUEr VERWALTUNGSZWECKE	70,0	70,0	70,0
					61,9
					63,9
516 01	011	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	5,5	5,5	5,5
					4,7
					4,0
517 01	011	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTUECKE, GEBAEUDE UND RAEUME	10,0	10,0	17,0
					9,7
					10,0
518 01	011	MIETEN UND PACTEN FUEr GRUNDSTUECKE, GEBAEUDE UND RAEUME	1,0	1,0	1,0
					1,2
					0,8
518 11	011	MIETEN UND PACTEN FUEr MASCHINEN, GERAETE UND FAHRZEUGE	30,0	30,0	38,0
					26,8
					37,4
519 01	011	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTUECKE UND BAULICHEN ANLAGEN	0,2	0,2	0,5
					0,1
					0,1
527 01	011	REISEKOSTENVERGUETUNGEN FUEr INLANDSDIENSTREISEN	74,0	75,0	75,0
					74,0
					70,7
527 11	011	REISEKOSTENVERGUETUNGEN FUEr AUSLANDSDIENSTREISEN	3,5	3,5	5,0
					0,3
					3,2

Erläuterungen

Zu 425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschließlich Umlage).

Zu 426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschließlich Umlage).

Zu 453 01

	DM
1. Trennungsgeld für 4 Bedienstete	17 000
2. Umzugskostenvergütungen für den Umzug von 4 Bediensteten	10 000
Zusammen	27 000

1977 gegenüber 1976:

Weniger 5 000 DM: Berücksichtigung des Nachtragshaushalts 1976 (Einsparungen).

	1977 DM	1978 DM
1. Prüfervergütungen	723 000	709 000
2. Vergütungen an Aufsichtskräfte	35 000	35 000
3. Sachbedarf	25 000	25 000
4. Mieten	60 000	60 000
5. Prüferreisen	15 000	15 000
Zusammen	858 000	844 000

1977 gegenüber 1976:

Weniger 22 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Weniger 14 000 DM: Verringerung der Zahl der Prüfungsteilnehmer.

Zu Ziffer 1.:	1977 DM	1978 DM
900 bzw. 820 Teilnehmer an der 2. jur. Staatsprüfung à 436 DM bzw. 440 DM	392 400	360 800
je 47 Teilnehmer an der jur. Schlußprüfung à 140 DM (nur Aufgabenerstellung) bzw. 541 DM	6 580	25 427
je 1000 Teilnehmer an der 1. jur. Staatsprüfung à 237 DM ..	237 000	237 000
110 bzw. 120 Teilnehmer an der jur. Zwischenprüfung à 275 DM bzw. 273 DM	30 250	32 760
145 bzw. 160 Teilnehmer an der Rechtspflegerprüfung à 157 DM ...	22 765	25 120
0 bzw. 40 Teilnehmer an der Gerichtsvollzieherprüfung à 88 DM ..	—	3 520
140 bzw. 80 Teilnehmer an der Prüfung für den mittleren Justizdienst à 79 DM bzw. 81 DM	11 060	6 480
5 bzw. 0 Teilnehmer an der Prüfung für Vollziehungsbeamte der Justiz à 120 DM	600	—
4 bzw. 0 Teilnehmer an der Anstellungsprüfung für den gehobenen Verwaltungsdienst bei den Justizvollzugsanstalten à 310 DM	1 240	—
17 bzw. 0 Teilnehmer an der Anstellungsprüfung für den mittleren Verwaltungsdienst bei den Justizvollzugsanstalten à 101 DM	1 717	—
12 bzw. 15 Teilnehmer an der Anstellungsprüfung für den mittleren Werkdienst bei den Justizvollzugsanstalten à 83 DM bzw. 78 DM	996	1 170

(Noch zu 459 01)

	1977 DM	1978 DM
115 bzw. 90 Teilnehmer an der Anstellungsprüfung für den Aufsichtsdienst bei den Justizvollzugsanstalten à 60 DM bzw. 61 DM	6 900	5 490
je 600 Teilnehmer an der Anstellungsprüfung für den Aufsichtsdienst bei den Justizvollzugsanstalten à 18 DM ..	10 800	10 800
Zusammen	722 308	708 567
Aufgerundet	723 000	709 000

Zu 511 01

1977 gegenüber 1976:

Mehr 60 000 DM: Veranschlagung des Vervielfältigungsmaterials für sämtliche Münchener Justizbehörden bei den Ausgaben des Ministeriums (bisher mitveranschlagt bei 04 04/511 01).

	1977 DM	1978 DM
1. Postgebühren	77 000	84 000
2. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	18 000	19 000
3. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	—	—
4. Sonstiges	2 000	2 000
Zusammen	97 000	105 000

Anzahl der privaten Fernsprechanchlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung

a) Hauptanschlüsse	7	(7)
b) Nebenanschlüsse	0	(1)

Zu 514 01

	DM
1. Kraft- und Schmierstoffe	29 000
2. Unterhaltung und Instandsetzungen	30 000
3. Gebrauchsgegenstände	1 000
4. Sonstiges	2 000
Zusammen	62 000

Bestand an Dienstfahrzeugen

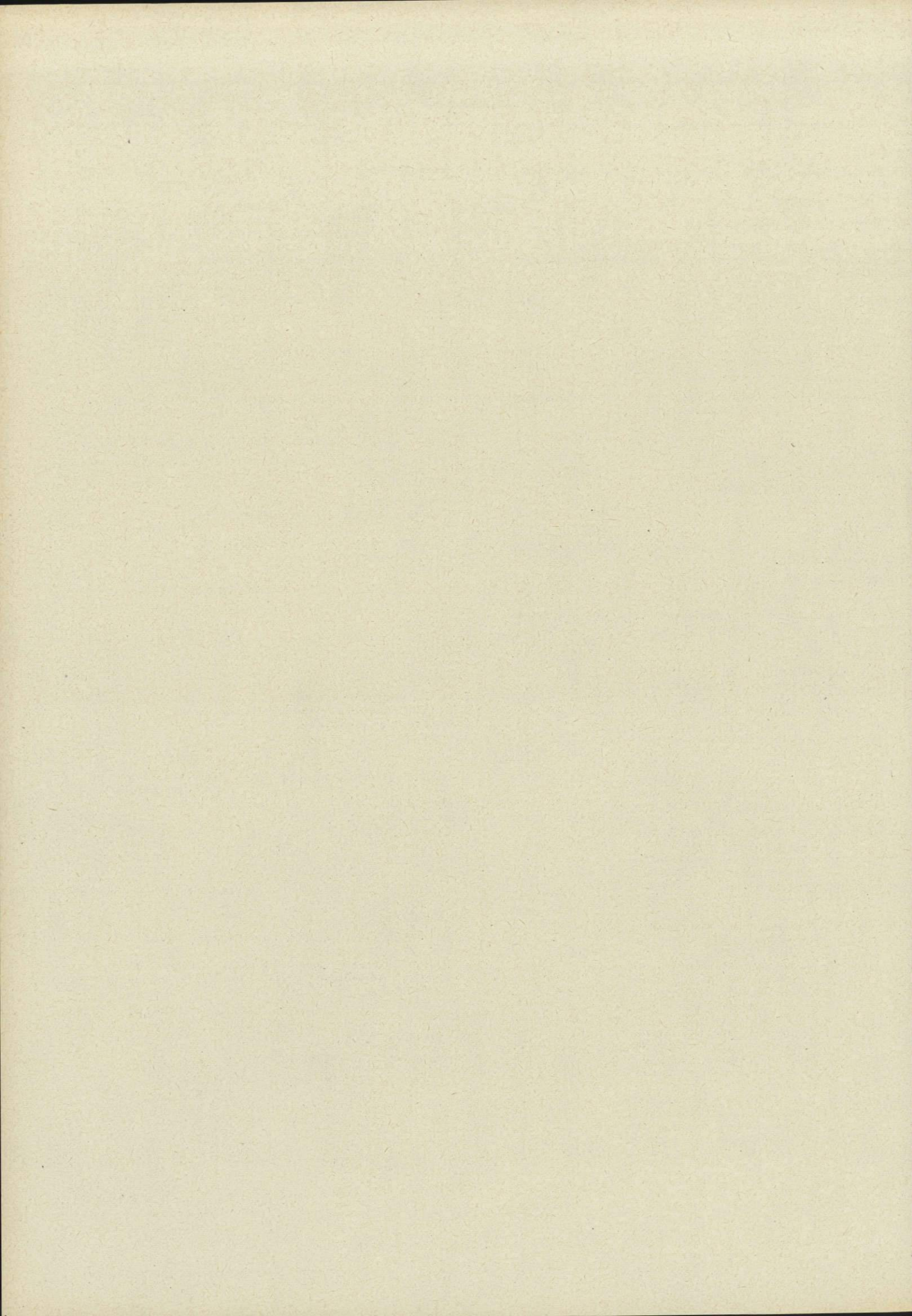
	Soll 1977	Soll 1978	Soll 1976	am 1. 5. 1976
Personenkraftwagen	7	7	7	7
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		1977		1978
Kosten wie vor		DM		DM
Personalausgaben		62 000		62 000
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		300 000		315 000
Zusammen	415 000			411 500

Zu 515 01

	DM
1. Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen	27 000
2. Beschaffung von Schreib-, Rechen-, Druck- und sonstigen Maschinen	16 000
3. Unterhaltung	27 000
Zusammen	70 000

Zu 516 01 bis 527 01

Siehe nächste Erläuterungsseite.



Erläuterungen

Zu 516 01

Für 10 planmäßige Beamte des Justizwachtmeisterdienstes ist ein Dienstkleidungszuschuß von jährlich 252 DM veranschlagt. Ferner sind 3 000 DM für die Dienstkleidung der ausschließlich mit der Führung staatseigener Personenkraftwagen beauftragten Kraftwagenführer vorgesehen.

Zu 517 01

	DM
1. Heizung	—
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	3 000
3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	4 500
4. Steuern und Abgaben	—
5. Geräte	2 500
6. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	—
Zusammen	10 000

1977 gegenüber 1976:

Weniger 7 000 DM: Veranschlagung der Hausbewirtschaftungskosten für den Justizpalast bei 04 04/517 01.

Zu 518 11

1977 gegenüber 1976:

Weniger 8 000 DM: Kauf eines bisher angemieteten Schreibautomaten.

Zu 519 01

	DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	200

Die Mittel für die Unterhaltung des Justizpalastes sind im wesentlichen bei 04 04/519 01 veranschlagt.

Zu 527 01

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen — (—)

Ministerium

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975	C IST 1974
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
529 01	011	ZUR VERFUEGUNG DES STAATSMINISTERS FUER AUSSERGEWOEHNLICHEN AUFWAND AUS DIENSTLICHER VERANLASSUNG IN BESONDEREN FAELLEN	22,0	22,0	A	22,0
					B	29,8
					C	30,1
531 01	011	HERAUSGABE AMTLICHER BLAETTER	70,0	73,0	A	70,0
					B	56,1
					C	59,9
531 21	013	SONSTIGE VEROEFFENTLICHUNGEN	50,0	50,0	A	50,0
					B	42,0
					C	78,0
546 69	011	VERMISCHTE VERWALTUNGSAusGABEN	11,0	11,0	A	11,0
					B	26,2
					C	21,6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN				
685 01	011	BEITRAEGE AN DEUTSCHE VEREINE UND GESELLSCHAFTEN SOWIE AN INTERNATIONALE ORGANISATIONEN	2,5	2,5	A	2,5
					B	2,5
					C	2,4
685 02	011	FORSCHUNGSAufGABEN IM BEREICH DER RECHTSPFLEGE (OHNE STRAFVOLLZUG)	1,5	1,5	A	5,0
					B	2,2
					C	0,8
685 03	052	ZUSCHUSS AN DIE KRIMINOLOGISCHE ZENTRALSTELLE	-	-	A	-
		SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN				
811 01	011	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	53,0	34,5	A	38,0
					B	55,3
					C	40,8
812 01	011	ERWERB VON GERAETEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRUESTUNGSGEGENSTAENDEN	65,0	28,0	A	21,0
					B	48,0
					C	90,3
812 02	011	TEILNEUausSTATTUNG DER DIENSTRAEUME VERPFLICHTUNGserMAECHT. 1977 DM 20.000	30,0	20,0	A	10,0
					B	10,0
		TITELGRUPPE				
		71 KOSTEN DES BEAUFTRAGTEN DER BAYER. STAATsREGIERUNG ZUR VORBEREITUNG DER DIREKTWAHL DER ABGEORDNETEN DES EUROPaeISCHEN PARLAMENTs TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGsFAEHIG.				
425 71	011	SONSTIGE HILFsLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	7,0	30,0	A	

511 71	011	GESCHAEFTsBEDARF	3,0	3,5	A	

513 71	011	POST- UND FERNMELDEGEbUEHREN	7,0	7,0	A	

515 71	011	GERAETE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRUESTUNGSGEGENSTAENDE	3,0	1,0	A	

Erläuterungen

Zu 546 69	DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte	250
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	750
3. Verlustentschädigungen	100
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	7 000
5. Sonstige vermischte Ausgaben	2 900
Zusammen	11 000

Zu Ziffer 5:

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 1 000 DM sowie Auslagen aus Anlaß des Besuchs ausländischer Juristen zum Studium von Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

Zu 685 01	DM
1. Für die Internationale Rechtsbibliothek e.V. in München	1 000
2. Beitrag zur Herausgabe der „Zeitschrift für Strafvollzug“	1 300
3. Für die Gesellschaft für Rechtsvergleichung in Freiburg	200
Zusammen	2 500

Zu 685 03

Die Errichtung der Kriminologischen Zentralstelle ist wegen der derzeitigen angespannten Haushaltslage von Bund und Ländern zunächst zurückgestellt. Der Titel ist deshalb als Leertitel ausgebracht.

Zu 811 01

2. Ersatzbeschaffungen

1977

Es müssen ersetzt werden:

- 1 Pkw, 180 PS, 4türig, Baujahr 1975, Fahrleistung am 1. 4. 1976 68 680 km;
- 1 Pkw, 90 PS, 4türig, Baujahr 1968, Fahrleistung am 1. 4. 1976 109 570 km.

Als Ersatzbeschaffungen sind vorgesehen:	DM
1 Pkw bis zu 180 PS, 4türig	34 500
1 Pkw bis zu 115 PS, 4türig	18 500
Zusammen	53 000

1978

Es muß ersetzt werden:

- 1 Pkw, 180 PS, 4türig, Baujahr 1972, voraussichtliche Fahrleistung am 1. 4. 1977 185 000 km.

Als Ersatzbeschaffung ist vorgesehen:	DM
1 Pkw bis zu 180 PS, 4türig	34 500

Zu 812 01**1977**

Ausstattung der Ministerialkanzlei und weiterer Diensträume von Kräften des Bürodienstes.

Kosten der Maßnahme	73 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	58 000
Haushaltsbetrag 1977	15 000
Vorbehalten bleiben	—

Die Kosten der Maßnahme haben sich wegen Preissteigerungen und aus Anlaß von organisatorischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Belegung des Justizgebäudes an der Nymphenburger Straße in München von 69 000 DM um 4 000 DM auf 73 000 DM erhöht.

1 Offsetdrucker 50 000
Ersatz für ein im Jahre 1958 beschafftes, nicht mehr betriebsbereites Gerät. Eine Generalüberholung ist unwirtschaftlich.

1978

1 vollautomatisches Kopiergerät 28 000

Die bisherigen Handkopiergeräte aus den Jahren 1958 und 1963 sind zu arbeitsaufwendig und liefern Vorlagen von unzureichender Qualität.

Zu 812 02

Kosten der Maßnahme	70 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	20 000
Haushaltsbetrag 1977	30 000
Haushaltsbetrag 1978	20 000
Vorbehalten bleiben	—

Die Kosten der Maßnahme haben sich von 50 000 DM um 20 000 DM auf 70 000 DM erhöht.

Zu 425 71 bis 527 71

Durch Beschluß der Bayerischen Staatsregierung vom 16. Dezember 1975 wurde Staatsminister Dr. Hillermeier zum Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung zur Vorbereitung der Direktwahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments bestellt.

Die veranschlagten Ausgaben sind zur Deckung des voraussichtlichen Sachbedarfs für diesen Aufgabenbereich bestimmt. Bei 425 71 sind Personalkosten für eine Hilfskraft veranschlagt.

TITEL	RZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
			TSD.DM		
527 71	011	REISEKOSTENVERGUETUNGEN	6,0	10,0	A
531 71	011	VEROEFFENTLICHUNGEN	100,0	100,0	A
SUMME DER TITELGRUPPE			126,0	151,5	A B C
GESAMTAUSGABEN			11.161,1	11.590,3	A 10.534,9 B 9.961,1 C 9.191,9
ABSCHLUSS					
VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.			68,0	68,0	A 50,0 B 81,3 C 55,7
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVE- STITIIONEN			-	-	A 2,0 B C 0,2
GESAMTEINNAHMEN			68,0	68,0	A 52,0 B 81,3 C 55,9
PERSONAL AUSGABEN			10.147,9	10.619,1	A 9.771,4 B 9.212,7 C 8.377,4
SAECHLICHE VERWALTUNGS AUSGABEN			861,2	884,7	A 687,0 B 630,4 C 680,2
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVE- STITIIONEN			4,0	4,0	A 7,5 B 4,7 C 3,2
SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTI- TIONSFUERDERUNGSMASSNAHMEN			148,0	82,5	A 69,0 B 113,3 C 131,1
GESAMTAUSGABEN			11.161,1	11.590,3	A 10.534,9 B 9.961,1 C 9.191,9
ZUSCHUSS			11.093,1	11.522,3	A 10.482,9 B 9.879,8 C 9.136,0

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

TITEL	RZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
					TSD.DM
		SAMMELANSAETZE FUER DEN GESAMTBEREICH DES EPL. 04			
		AUSGABEN			
		PERSONALAUSGABEN			
422 51 -----	052	MEHRRARBEITSVERGUETUNGEN FUER BEAMTE GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT 425 51.	60,0	60,0	A
422 69	052	KOSTEN DER NACHVERSICHERUNG DER OHNE RUHEGEHALT AUSGESCHIEDENEN BEAMTEN (RICHTER)	4.800,0	5.000,0	A B C
					4.100,0 4.503,6 3.826,0
425 51 -----	052	UEBERSTUNDENVERGUETUNGEN FUER ANGESTELLTE GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT 422 51.	100,0	100,0	A
442 01	940	UNTERSTUETZUNGEN AUFGRUND DER UNTERSTUETZUNGS- GRUNDSAETZE	10,0	10,0	A B C
					20,0 4,0 9,8
451 01	960	MINDERAUSGABEN DURCH DEN WEGFALL DER ZUSCHUESSE ZU GEMEINSCHAFTSVERANSTALTUNGEN	***	***	A
					165,5-
453 01	960	MINDERAUSGABEN BEIM TRENNUNGSGELD UND BEI DEN UM- ZUGSKOSTENVERGUETUNGEN	***	***	A
					354,0-
459 11	052	BELOHNUNGEN FUER VORSCHLAEGE ZUR VERBESSERUNG DER VERWALTUNG	1,0	1,0	A B C
					1,0 0,5 0,2
461 01	981	ZUR VERSTAERKUNG DER PERSONALAUSGABEN DES EPL. VERSTAERKUNGSFAEHIG SIND DIE TITEL 421 01 BIS 426 69 OHNE DIE TITEL INNERHALB VON TG. NICHT GEMEINSAM BEWIRTSCHAFTETE PERS.AUSG. DUERFEN NUR IM RAHMEN ALLG. GEHALTS- UND TARIFFERHOEHUNGEN VERSTAERKT WERDEN. - RECHNUNGSMAESSIGER NACHWEIS BEI DEN EINSCHLAEGIGEN TITELN UND KAPITELN.	5.787,4	12.272,4	A
					-
462 01	981	GLOBALE MINDERUNG DER GEMEINSAM BEWIRTSCHAFTETEN UND VERSTAERKUNGSFAEHIGEN PERSONALAUSGABEN DES EINZELPLANS	***	***	A
					12.000,0-
		SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN			
515 11	045	GERAETE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRUESTUNGSGEGENSTAEN- DE FUER DEN SELBSTSCHUTZ DER STAATLICHEN BEHOERDEN EINSEITIG DECKUNGSFAEHIG ZU LASTEN 03 24/515 11.	-	-	A
					-
526 01	052	GERICHTS- UND AEHNLICHE KOSTEN	30,0	30,0	A B C
					25,0 25,3 28,2
526 11	052	KOSTEN FUER SACHVERSTAENDIGE	2,0	2,0	A B
					5,0 1,5
527 01	960	MINDERUNG DER AUSGABEN FUER REISEKOSTENVERGUETUN- GEN	***	***	A
					15,0-

Erläuterungen

Zu 422 51

1977 gegenüber 1976:
Mehr 60 000 DM: Die Mehrarbeitsvergütung war bisher bei den Besoldungstiteln mitveranschlagt.

Zu 422 69

Veranschlagt sind auch die Kosten der Nachversicherung sämtlicher aus dem Staatsdienst ausscheidender Anwärter, die nach dem AnVG nachversichert werden müssen, soweit nicht ein Aufschubgrund vorliegt; dabei ist zu berücksichtigen, daß die Rechtsreferendare nur zu einem geringen Teil in den Staatsdienst übernommen werden.

1977 gegenüber 1976:

Mehr 700 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 200 000 DM: Die auf Grund der Besoldungserhöhungen der letzten Jahre erheblich angestiegenen Nachversicherungsbeträge sowie die zurückgehenden Einstellungen im öffentlichen Dienst zwingen zu einer überdurchschnittlichen Anhebung der Haushaltsansätze (vgl. auch Ist 1975).

Zu 425 51

1977 gegenüber 1976:

Mehr 100 000 DM: Die Überstungenvergütung war bisher bei den Vergütungstiteln mitveranschlagt.

Zu 442 01

1977 gegenüber 1976:

Weniger 10 000 DM: Ausgabeentwicklung der letzten Jahre.

Zu 451 01

Bei dieser Zweckbestimmung waren im Nachtragshaushaltsplan 1976 die Minderausgaben veranschlagt.

Zu 453 01

Bei dieser Zweckbestimmung waren im Nachtragshaushaltsplan 1976 die Minderausgaben veranschlagt.

Zu 461 01

Der Ansatz dient zur Verstärkung für allgemeine Personalkostenerhöhungen bei den in der Zweckbestimmungsspalte genannten Personalausgaben; er berücksichtigt ferner den anteiligen Mehrbedarf für Stellenmehrungen 1977/1978.

Zu 462 01

Die bei dieser Zweckbestimmung im Nachtragshaushaltsplan 1976 veranschlagten Minderausgaben werden bei den zutreffenden Kapiteln und Titeln rechnermäßig nachgewiesen.

Zu 526 01

1977 gegenüber 1976:

Mehr 5 000 DM: Das Kostenänderungsgesetz 1975 wirkt sich auch auf die vom Freistaat Bayern zu führenden Verfahren aus.

Zu 526 11

1977 gegenüber 1976:

Weniger 3 000 DM: Istaussgabe 1975.

Zu 527 01

Bei dieser Zweckbestimmung waren im Nachtragshaushaltsplan 1976 die Minderausgaben veranschlagt.

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
					TSD.DM
527 21	052	REISEKOSTENVERGÜETUNGEN FÜR REISEN IN PERSONAL- VERTRETUNGSANGELEGENHEITEN UND IN VERTRETUNG DER INTERESSEN DER SCHWERBEHINDERTEN	60,0	90,0	A 73,0 B 70,0 C 30,3
529 02	052	ZUR VERFÜGUNG DES STAATSMINISTERIUMS FÜR AUSSER- GEWÖHNLICHEN AUFWAND AUS DIENSTLICHER VERANLASSUNG IN BESONDEREN FÄLLEN	30,0	12,5	A 12,5 B 10,6 C 8,3
532 01	052	LEISTUNGEN AUF GRUND VON RICHTLICHEN ENTSCHEIDUN- GEN ODER PROZESSVERGLEICHEN SOWIE AUF GRUND VON AUSSERGERICHTLICHEN VERGLEICHEN ODER ANERKENNT- NISSEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER AUSÜBUNG DER VER- TRETUNG DES STAATES IN RECHTSANGELEGENHEITEN	100,0	100,0	A 80,0 B 71,1 C 38,3
549 01	960	MINDERUNG DER SÄCHLICHEN VERWALTUNGS-AUSGABEN	***	***	A 592,5-
		BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN			
981 01	990	ERSTATTUNG AN DAS STATISTISCHE LANDESAMT FÜR DIE JUSTIZSTATISTIK	300,0	310,0	A 290,0 B 140,0 C 100,0
		GESAMTAUSGABEN	11.280,4	17.987,9	A 8.520,5- B 4.826,6 C 4.041,1
		ABSCHLUSS			
		PERSONALAUSGABEN	10.758,4	17.443,4	A 8.398,5- B 4.508,1 C 3.836,0
		SÄCHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	222,0	234,5	A 412,0- B 178,5 C 105,1
		BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN	300,0	310,0	A 290,0 B 140,0 C 100,0
		GESAMTAUSGABEN ZUGLEICH ZUSCHUSS	11.280,4	17.987,9	A 8.520,5- B 4.826,6 C 4.041,1

Erläuterungen

Zu 527 21

Mitveranschlagt sind die Reisekostenvergütungen, die durch die Teilnahme von Personalratsmitgliedern an Schulungsveranstaltungen (Art. 44 Abs. 1, 46 Abs. 5 BayPVG) entstehen.

1977 gegenüber 1976:

Weniger 13 000 DM: Es ist mit einem Rückgang der Reisekostenvergütungen aus Anlaß von Schulungsveranstaltungen zu rechnen.

1978 gegenüber 1977:

Mehr 30 000 DM: Zunahme der Reisekostenvergütungen aus Anlaß von Schulungsveranstaltungen (neue Personalratsmitglieder).

Zu 529 02

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- a) repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen der Zentral- und Mittelinstanz, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind;
- b) repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums der Justiz, soweit die Mittel bei 04 01/529 01 sich dafür nicht eignen oder nicht ausreichen;
- c) repräsentative Veranstaltungen anläßlich der Fertigstellung des Justizgebäudes an der Nymphenburger Straße in München und der Beendigung der Bauarbeiten in den Nürnberger Justizgebäuden (1977).

Die Mittel werden im allgemeinen von Fall zu Fall zugewiesen.

Zu 532 01 (bisher 531 11)

1977 gegenüber 1976:

Mehr 20 000 DM: Die Schadensersatzleistungen nehmen — entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung — an Höhe zu.

Zu 549 01

Bei dieser Zweckbestimmung waren im Nachtragshaushaltsplan 1976 die Minderausgaben veranschlagt.

Zu 981 01

Mit dem Ansatz werden die dem Statistischen Landesamt entstehenden Aufwendungen für die Bearbeitung der Justizstatistik ersetzt.

Gerichte und Staatsanwaltschaften

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976	1975
1	2	3	TSD.DM	TSD.DM	B IST	1974
			4	5	C IST	TSD.DM
						6
		GERICHTE UND STAATSANWALTSCHAFTEN				
		EINNAHMEN				
		VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.				
111 01	052	GEBUEHREN, BEITRAEGE, TARIFLICHE UND GEBUEHRENARTIGE ENTGELTE	245.000,0	260.000,0	A	215.000,0
					B	196.178,5
					C	184.421,8
112 01	052	GELDSTRAFEN, GELDBUSSEN, VERWARNUNGSGELDER	88.000,0	94.000,0	A	66.500,0
					B	62.843,6
					C	55.979,3
113 01	052	ERLOESE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTAENDEN	50,0	50,0	A	50,0
					B	28,5
					C	21,6
119 01	052	EINNAHMEN AUS VEROEFFENTLICHUNGEN	10,0	5,0	A	

119 11	052	EINNAHMEN AUS DEM VERFALL VON SICHERHEITSLAESTUNGEN	100,0	100,0	A	100,0
					B	176,5
119 69	052	VERMISCHTE EINNAHMEN	200,0	200,0	A	150,0
					B	246,0
					C	245,2
124 01	052	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	800,0	800,0	A	650,0
					B	612,6
					C	584,8
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN				
241 01	052	SONSTIGE ERSTATTUNGEN VOM BUND	1.500,0	1.200,0	A	1.200,0
					B	1.955,2
					C	1.680,5
256 01	052	SONSTIGE ZUWEISUNGEN DER BUNDESANSTALT FUER ARBEIT VGL. VERMERK BEI 42512.	300,0	-	A	

256 02	052	SONSTIGE ZUWEISUNGEN DER BUNDESANSTALT FUER ARBEIT VGL. VERMERK BEI 42612.	100,0	-	A	

271 01	052	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AUS SONSTIGEN BEREICHEN	300,0	300,0	A	300,0
					B	288,0
					C	223,5
281 01	052	ERSTATTUNG VON PROZESSKOSTEN	5,0	5,0	A	5,0
					C	4,6
		GESAMTEINNAHMEN	336.365,0	356.660,0	A	283.955,0
					B	262.328,9
					C	243.161,3

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 04

Die Gerichte des Freistaates Bayern üben die rechtsprechende Gewalt aus, soweit sie nach Art. 92 des Grundgesetzes den Ländern zusteht. Ihr Geschäftsbereich umfaßt die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit und die gesamte freiwillige Gerichtsbarkeit entsprechend den Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes, des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz, der Zivilprozeßordnung, der Strafprozeßordnung, des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und weiterer Einzelbestimmungen. Daneben werden als Sonderaufgaben u. a. die Gerichtsbarkeit nach der Bundesrechtsanwaltsordnung und der Bundesnotarordnung, die Geschäfte nach dem Rückerstattungsgesetz, den Wiedergutmachungsgesetzen, dem Wertpapierbereinigungsgesetz, den bayerischen Gesetzen über die Berufsgerichtsbarkeit der Heilberufe und der Architekten, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und nach dem Steuerberatungsgesetz ausgeübt. Die Gerichtsbezirke und die Gerichtssitze sind durch das Gesetz über die Organisation der ordentlichen Gerichte im Freistaat Bayern (GerOrgG) vom 25. April 1973 (GVBl S. 189) festgelegt.

Die Staatsanwaltschaften haben im wesentlichen die Aufgabe, bei Verdacht strafbarer Handlungen die öffentliche Klage vorzubereiten, zu erheben und zu vertreten. Ihnen obliegt ferner die Strafvollstreckung und die Mitwirkung in Gnadenangelegenheiten.

Der beim Oberlandesgericht München gebildete Verfassungsgerichtshof hat die Entscheidungsbefugnisse über die in Art. 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof in der Fassung vom 26. Oktober 1962 (GVBl S. 337) bezeichneten Angelegenheiten.

Zu 111 01

1977 gegenüber 1976:

Mehr 30 000 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 15 000 000 DM: Entwicklung der Isteinnahmen der Vorjahre; Auswirkungen des Kostenänderungsgesetzes 1975.

Zu 112 01

1977 gegenüber 1976:

Mehr 21 500 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 6 000 000 DM: Entwicklung der Isteinnahmen der Vorjahre, Auswirkungen des Tagessatzsystems bei den Geldstrafen.

Zu 119 01

Veranschlagt sind die noch entstehenden Erlöse aus dem Verkauf von Lehrbriefen.

Zu 119 69

1977 gegenüber 1976:

Mehr 50 000 DM: Entwicklung der Isteinnahmen der Vorjahre.

Zu 124 01

DM

1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	470 000
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen und dgl.	300 000
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	20 000
4. Sonstige Einnahmen	10 000
Zusammen	800 000

1977

1978

DM

DM

Zu 241 01

Erstattung von Dienstbezügen für abgeordnete Beamte (Richter)	500 000	500 000
Erstattung des Anteils an den Gebühren für die Führungszeugnisse	1 000 000	700 000
Zusammen	1 500 000	1 200 000

1977 gegenüber 1976:

Mehr 300 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Weniger 300 000 DM: Entwicklung der Isteinnahmen der Vorjahre. Dabei ist berücksichtigt, daß das Bundeszentralregister schrittweise die Erteilung der Auskünfte selbst übernehmen wird.

Gerichte und Staatsanwaltschaften

TITEL	RZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975	C IST 1974
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
		AUSGABEN				
		PERSONALAUSGABEN				
412 01	052	ENTSCHAEDIGUNG DER MITGLIEDER DES VERFASSUNGSGERICHTSHOFS, DER ANWALTlichen MITGLIEDER DES EHRENGERICHTSHOFS FUER RECHTSANWAELTE UND DER NICHTRICHTERlichen BEISITZER DER GERICHTE	4.000,0	4.000,0	A	3.150,0
					B	2.229,8
					C	2.375,8
422 01	052	BEZUEGE DER PLANMAESSIGEN BEAMTEN (RICHTER)	266.800,0	279.600,0	A	258.610,0
					B	236.149,7
					C	219.109,1
422 11	052	BEZUEGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG UND DER RICHTER AUF PROBE	31.200,0	32.700,0	A	24.440,0
					B	23.924,0
					C	19.582,3
422 21	052	ANWAERTERBEZUEGE, UNTERHALTSBEIHILFEN FUER DIENSTANFAENGER	10.300,0	10.800,0	A	11.500,0
					B	12.271,9
					C	11.454,7
422 26	052	ANWAERTERBEZUEGE FUER RECHTSREFERENDARE UND UNTERHALTSBEIHILFEN FUER RECHTSPRAKTIKANTEN	45.737,8	48.024,6	A	54.000,0
					B	41.683,9
					C	47.208,0
422 31	052	BEZUEGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN (RICHTER)	378,0	397,0	A	360,0
					B	254,5
					C	371,6
425 01	052	VERGUETUNGEN DER ANGESTELLTEN	93.645,6	98.000,0	A	88.983,0
					B	83.126,1
					C	75.566,3
425 11	052	VERGUETUNGEN FUER SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	670,0	520,0	A	650,0
					B	693,9
					C	599,8
425 12	052	ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN DIE AUSGABEBEFUGNISS BEMISST SICH NACH DER EINNAHME BEI 25601. DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR .	300,0	-	A	

426 01	052	LOEHNE DER ARBEITER	11.364,8	11.933,0	A	10.350,0
					B	10.464,2
					C	9.433,2
426 12	052	ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN DIE AUSGABEBEFUGNISS BEMISST SICH NACH DER EINNAHME BEI 25602. DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR .	100,0	-	A	

427 01	052	BESCHAEFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FUER NEBENAMTLICHE UND NEBENBERUFLICHE TAETIGKEIT	5,0	5,0	A	5,0
					B	1,2
					C	50,0
427 51	052	PRAKTIKANTENVERGUETUNGEN	120,0	120,0	A	150,0
					B	54,1

Erläuterungen

Zu 412 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgeschichtshofes in der Fassung vom 26. Oktober 1962 (GVBl S. 342) und vom 13. April 1966 (GVBl S. 150),
 b) § 103 Abs. 4 der Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1. August 1959 (BGBl I S. 565) in der Fassung des Gesetzes vom 13. Januar 1969 (BGBl I S. 25),
 c) das Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter in der Fassung vom 1. Oktober 1969 (BGBl I S. 1753),
 d) die Verordnung über die Entschädigung der nichtrichterlichen Beisitzer der Berufsgerichte und des Landesberufsgerichts für die Heilberufe vom 11. Februar 1958 (GVBl S. 25) in der jeweils geltenden Fassung.

Das nach Art. 3 des Gesetzes vom 26. Oktober 1962 zustehende Sitzungsgeld gilt als Dienstaufwandsentschädigung.

Mit Mitteln dieses Titels sind auch die aus Anlaß von Einführungs- und Fortbildungstagungen zu gewährenden Entschädigungen zu zahlen (§ 8 Buchst. a des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter).

Zu 422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Davon	DM
Aufwandsentschädigungen für die Präsidenten der Oberlandesgerichte und die Generalstaatsanwälte bei den Oberlandesgerichten (3 Präsidenten der Oberlandesgerichte je 1 800 DM jährlich; 3 Generalstaatsanwälte je 1 200 DM jährlich)	9 000
Aufwandsentschädigungen für hauptamtliche Lehrkräfte	55 000
Nachtdienstentschädigungen	5 000
Vergütungen für Nebentätigkeit	850 000

Zu 422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Davon	DM
Aufwandsentschädigungen (Nachtdienstentschädigungen)	1 000
Vergütungen für Nebentätigkeit	40 000

	1977	1978
	DM	DM
Zu 422 21		
1. Anwärterbezüge	10 250 000	10 750 000
2. Unterhaltsbeihilfen	50 000	50 000
Zusammen	10 300 000	10 800 000

Zu 422 26

1977 gegenüber 1976:

Weniger 8 262 200 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 2 286 800 DM: Entwicklung der Istaussgaben in den Vorjahren. Die Zahl der Rechtsreferendare und Rechtspraktikanten kann nur annähernd geschätzt werden.

Zu 422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschließlich Umlage).

Zu 425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschließlich Umlage).

Zu 425 12

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung.

Zu 426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschließlich Umlage).

Zu 426 12

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung.

Zu 427 51

1977 gegenüber 1976:

Weniger 30 000 DM: Ausgabeentwicklung der Vorjahre.

Gerichte und Staatsanwaltschaften

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
					TSD.DM
					6
451 01	052	ZUSCHUESSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	1.200,0	1.250,0	A 1.300,0 B 943,4 C 882,8
453 01	052	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGUETUNGEN	1.700,0	1.700,0	A 2.100,0 B 1.461,6 C 1.591,1
459 21	052	ENTSCHAEDIGUNG DER VOLLSTRECKUNGSBEAMTEN (EINSCHLIESSLICH REISEKOSTEN UND SONSTIGER BARER AUSLAGEN)	20.000,0	21.000,0	A 21.000,0 B 16.485,0 C 13.881,5
		SAECHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN			
511 01	052	GESCHAEFTSBEDARF	5.300,0	5.500,0	A 5.100,0 B 4.880,7 C 4.405,9
512 01	052	BUECHER UND ZEITSCHRIFTEN	2.000,0	2.100,0	A 1.900,0 B 1.498,5 C 1.445,4
513 01	052	POST- UND FERNMELDEGEBUEHREN	18.425,0	18.925,0	A 18.000,0 B 17.427,5 C 15.601,2
514 01	052	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	130,0	130,0	A 125,0 B 99,2 C 87,2
515 01	052	GERAETE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRUESTUNGSGEGENSTAENDE FUER VERWALTUNGSZWECKE	2.400,0	2.500,0	A 2.400,0 B 2.243,2 C 2.280,6
516 01	052	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	240,0	240,0	A 220,0 B 199,4 C 198,8
517 01	052	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTUECKE, GEBAEUDE UND RAEUME	9.760,0	10.250,0	A 10.000,0 B 7.626,0 C 8.047,9
518 01	052	MIETEN UND PACTEN FUER GRUNDSTUECKE, GEBAEUDE UND RAEUME	6.100,0	5.400,0	A 5.700,0 B 4.814,6 C 4.344,7
518 11	052	MIETEN UND PACTEN FUER MASCHINEN, GERAETE UND FAHRZEUGE	650,0	650,0	A 850,0 B 628,6 C 642,8
519 01	052	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTUECKE UND BAULICHEN ANLAGEN	3.600,0	3.700,0	A 3.700,0 B 3.001,6 C 3.197,7

Erläuterungen

Zu 451 01

1977 gegenüber 1976:

Weniger 120 000 DM: Berücksichtigung des Nachtrags-
haushalts 1976 (Einsparungen);
Mehr 20 000 DM: Personalmehrung; Einführung
der durchgehenden Arbeitszeit.

Somit weniger 100 000 DM.

1978 gegenüber 1977:

Mehr 50 000 DM: Personalmehrung; Einführung der durch-
gehenden Arbeitszeit.

Zu 453 01 DM

1. Trennungsgeld für 800 Bedienstete 1 250 000
2. Umzugskostenvergütungen für den Umzug von
270 Bediensteten 450 000

Zusammen 1 700 000

1977 gegenüber 1976:

Weniger 700 000 DM: Berücksichtigung des Nachtrags-
haushalts 1976 (Einsparungen)
sowie der Ausgabeentwicklung
der Vorjahre.

Mehr 300 000 DM: Veranschlagung des Trennungsgeldes für Studierende an der
Beamtenfachhochschule, Fachbe-
reich Rechtspflege, im Kapitel
04 04 (bisher mitveranschlagt:
06 14/453 01).

Somit weniger 400 000 DM.

Zu 459 21

Veranschlagt sind:

1. die den Gerichtsvollziehern und Vollziehungsbeamten der
Justiz zustehenden
a) Reisekosten
b) Vergütungen auf Grund der Verordnung über die Ver-
gütung für Beamte im Vollstreckungsdienst vom 8. Juli
1976 (BGBl I S. 1783)
(Die Vergütung beträgt für Gerichtsvollzieher 15 v. H.,
für Vollziehungsbeamte der Justiz 50 v. H. der für die
Erledigung der Aufträge vereinnahmten Gebühren)

2. die den Gerichtsvollziehern gemäß § 2 Satz 1 der Verord-
nung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher
vom 26. September 1975 (GVBl S. 338) zu zahlenden Ent-
schädigungen (die erhobenen Schreibauslagen und ein An-
teil der für die Erledigung der Aufträge vereinnahmten
Gebühren)
30 v. H. dieser Entschädigung werden als Aufwandsent-
schädigung gezahlt.

1977 gegenüber 1976:

Weniger 1 000 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 1 000 000 DM: Ausgabeentwicklung.

Zu 511 01

1977 gegenüber 1976:

Weniger 60 000 DM: Veranschlagung des Vervielfälti-
gungsmaterials für sämtliche
Münchener Justizbehörden bei
04 01/511 01.

Mehr 260 000 DM: Zunahme des Geschäftsbetriebs;
Preissteigerungen.

Somit mehr 200 000 DM.

1978 gegenüber 1977:

Mehr 200 000 DM: Zunahme des Geschäftsbetriebs; Preis-
steigerungen.

Zu 512 01

1977 gegenüber 1976:

Mehr 100 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 100 000 DM: Die umfangreichen und einschneidenden
Gesetzesänderungen zwingen zu häufigen
Erneuerungen der Standardwerke und zu
erheblichen Ausgaben für Loseblattsamm-
lungen. Darüber hinaus ist mit überdurch-
schnittlichen Preissteigerungen zu rech-
nen. Das Justizgebäude an der Nymphen-
burger Straße in München wird 1977 mit
einer Zentralbibliothek ausgestattet.

Zu 513 01

	1977	1978
	DM	DM
1. Postgebühren	14 000 000	14 300 000
2. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	4 225 000	4 425 000
3. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	150 000	150 000
4. Sonstiges	50 000	50 000
Zusammen	18 425 000	18 925 000

1977 gegenüber 1976:

Mehr 425 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 500 000 DM: Zunahme des Geschäftsbetriebs; Inbetrieb-
nahme der Fernsprechanlage im Justiz-
gebäude an der Nymphenburger Straße
in München im 2. Halbjahr 1977.

Anzahl der privaten Fernsprechanlüsse mit dienstlicher
Mitbenutzung

a) Hauptanschlüsse	58	(66)
b) Nebenanschlüsse	6	(43)

Zu 514 01

	DM			
	1977	1978	1976	am
1. Kraft- und Schmierstoffe				78 000
2. Unterhaltung und Instandsetzungen				48 000
3. Gebrauchsgegenstände				3 000
4. Sonstiges				1 000
Zusammen				130 000

Bestand an Dienstfahrzeugen:

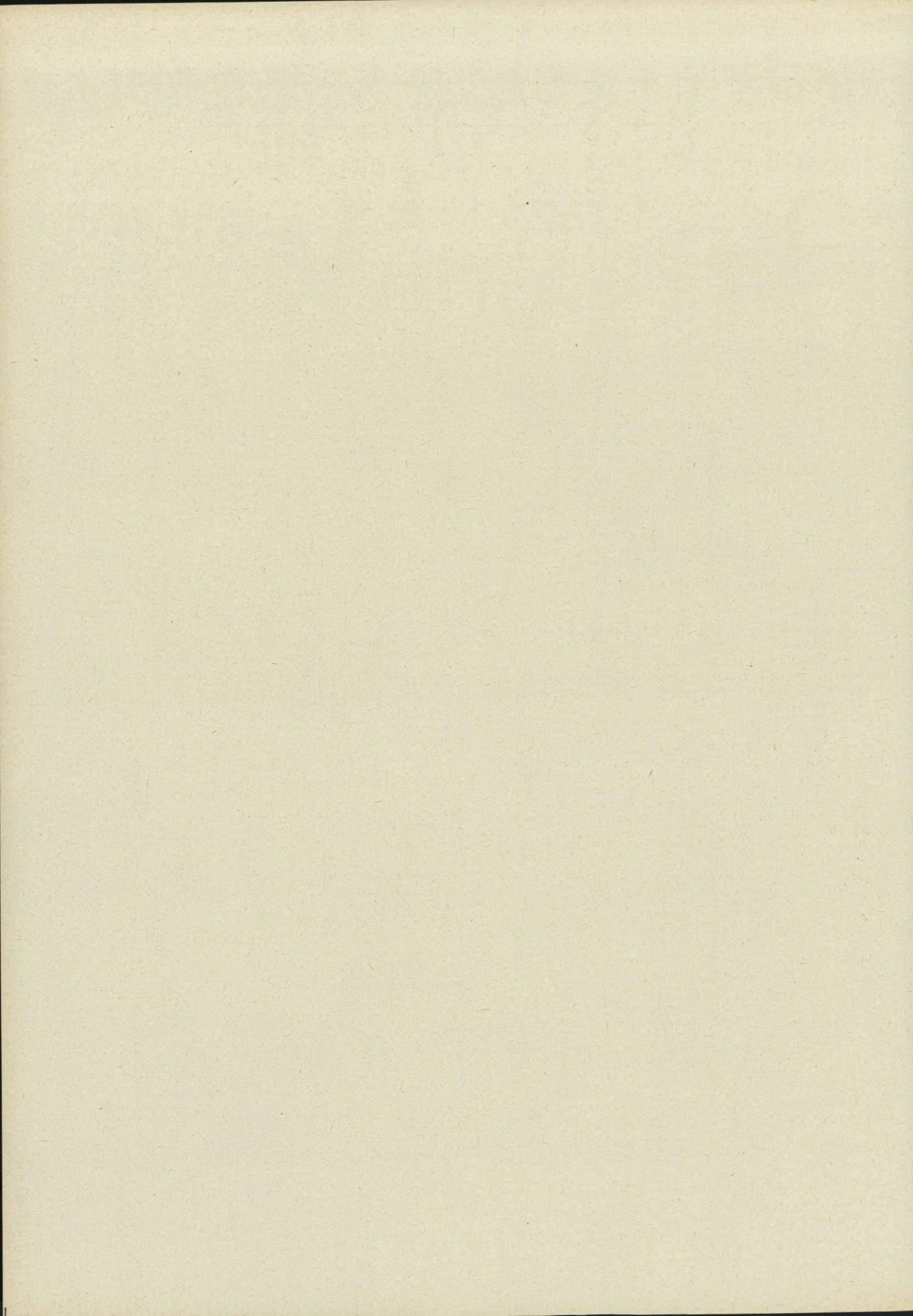
	Soll	Soll	Soll	am
	1977	1978	1976	1. 5. 1976
Personenkraftwagen	32	32	33	33
Lastkraftwagen	5	5	5	5
			1977	1978
			DM	DM

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	130 000	130 000
Personalausgaben	55 000	55 000
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	33 000	35 000
Zusammen	218 000	220 000

Zu 515 01 bis 519 01

Siehe nächste Erläuterungsseite.



Erläuterungen

	1977	1978
Zu 515 01	DM	DM
1. Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1 000 000	1 100 000
2. Beschaffung von Schreib-, Rechen-, Druck- und sonstigen Maschinen	700 000	700 000
3. Unterhaltung	700 000	700 000
	<u>Zusammen</u>	<u>2 400 000 2 500 000</u>

1978 gegenüber 1977:

Mehr 100 000 DM: Preiserhöhungen; zusätzliche Beschaffungen im Zusammenhang mit der Einführung der Familiengerichte.

Zu 516 01	DM
1. Erstausrüstung für 30 Dienstkleidungsträger à 1 100 DM	33 000
2. Dienstkleidungszuschuß für rd. 770 Dienstkleidungsträger à 252 DM rd.	194 000
3. Beschaffung und Unterhaltung von staatseigenen Roben und Schutzkleidungsstücken	13 000
	<u>Zusammen</u>
	<u>240 000</u>

1977 gegenüber 1976:

Mehr 20 000 DM: Personalmehrung; Erhöhung der Preise für Erstausrüstungen.

Zu 517 01	1977	1978
	DM	DM
1. Heizung	3 400 000	3 600 000
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	1 760 000	1 850 000
3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	3 500 000	3 650 000
4. Steuern und Abgaben	250 000	300 000
5. Geräte	150 000	150 000
6. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	700 000	700 000
	<u>Zusammen</u>	<u>9 760 000 10 250 000</u>

1977 gegenüber 1976:

Weniger 240 000 DM: Ausgabeentwicklung.

1978 gegenüber 1977:

Mehr 490 000 DM: Fertigstellung des Justizgebäudes an der Nymphenburger Straße in München; Preis- und Gebührenerhöhungen.

Zu 518 01

1977 gegenüber 1976:

Mehr 400 000 DM: Vertraglich festgelegte Erhöhungen der Mietpreise; zusätzliche Anmietungen u. a. für weitere Bewährungshelfer und für die Familiengerichte.

1978 gegenüber 1977:

Weniger 900 000 DM: Durch den Bezug des Justizgebäudes an der Nymphenburger Straße in München werden Mieten eingespart.

Mehr 200 000 DM: Vertraglich festgelegte Erhöhungen der Mietpreise; zusätzliche Anmietungen außerhalb Münchens.

Somit weniger 700 000 DM.

Zu 518 11

DM

Miete für bereits vorhandene Geräte	
46 Kopiergeräte	480 000
7 Schreibautomaten	60 000
	<u>Zwischensumme</u>
	<u>540 000</u>

Miete für weitere dringend notwendige Schreibautomaten und Kopiergeräte

110 000

Summe 650 000

Zu 519 01

1977

1978

DM DM

1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	3 360 000	3 460 000
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	200 000	200 000
3. Ersatz und Ergänzung des Zubehörs zu Grundstücken und baulichen Anlagen ..	40 000	40 000
	<u>Zusammen</u>	<u>3 600 000 3 700 000</u>

1977 gegenüber 1976:

Weniger 100 000 DM: Berücksichtigung des Nachtragshaushalts 1976 (Einsparungen).

1978 gegenüber 1977:

Mehr 100 000 DM: Ausgleich für die Kostensteigerungen im Baugewerbe.

Gerichte und Staatsanwaltschaften

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975	C IST 1974
1	2	3	4	5	TSD.DM	
						6
522 02	052	BESCHAFFUNG VON MUNITION	1,0	1,0	A	2,0
					C	0,0
525 01	052	ALLGEMEINE AUS- UND FORTBILDUNG DER BEAMTEN (RICHTER), ANGESTELLTEN UND ARBEITER, UMSCHULUNG ZU 525 01 BIS 525 04: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG	460,0	460,0	A	450,0
					B	271,2
					C	321,1
525 02	052	FORTBILDUNG DER RICHTER UND STAATSANWAELTE AN DER DEUTSCHEN RICHTERAKADEMIE VGL. VERMERK ZU 525 01.	80,0	80,0	A	80,0
					B	65,1
					C	68,3
525 03	052	AUS- UND FORTBILDUNG IN DER BEWAERUNGSHILFE, IN DER FUEHRUNGSAUFSICHT UND IN DER GERICHTSHILFE VGL. VERMERK ZU 525 01.	60,0	60,0	A	60,0
					B	62,4
					C	40,0
525 04	052	AUS- UND FORTBILDUNG DER BEAMTEN IM VORBEREITUNGS-DIENST VGL. VERMERK ZU 525 01.	600,0	600,0	A	710,0
					B	597,5
					C	570,2
526 21	052	ENTSCHAEDIGUNGEN DER RECHTSANWAELTE UND PATENTANWAELTE IN ARMENSACHEN ZU 526 21 BIS 526 26: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG	7.500,0	7.500,0	A	5.350,0
					B	4.629,4
					C	3.818,7
526 22	052	ENTSCHAEDIGUNGEN DER PFLICHTVERTEIDIGER VGL. VERMERK ZU 526 21.	4.000,0	4.000,0	A	4.800,0
					B	3.048,9
					C	2.765,1
526 23	052	ENTSCHAEDIGUNGEN FUER ZEUGEN VGL. VERMERK ZU 526 21.	12.000,0	12.000,0	A	9.700,0
					B	8.986,3
					C	8.579,7
526 24	052	ENTSCHAEDIGUNGEN FUER SACHVERSTAENDIGE VGL. VERMERK ZU 526 21.	30.000,0	30.000,0	A	24.000,0
					B	20.081,1
					C	17.521,6
526 25	052	KOSTEN DER EINSTWEILIGEN UNTERBRINGUNG VGL. VERMERK ZU 526 21.	1.200,0	1.200,0	A	1.100,0
					B	781,6
					C	842,8
526 26	052	SONSTIGE AUSLAGEN IN RECHTSSACHEN VGL. VERMERK ZU 526 21.	6.300,0	6.300,0	A	5.000,0
					B	5.396,1
					C	4.218,5
527 01	052	REISEKOSTENVERGUETUNGEN FUER INLANDSDIENSTREISEN	700,0	700,0	A	650,0
					B	681,7
					C	653,1
527 11	052	REISEKOSTENVERGUETUNGEN FUER AUSLANDSDIENSTREISEN	0,5	0,5	A	1,0
					C	0,4

Erläuterungen

Zu 525 01	DM	Zu 526 22	
1. Allgemeine Fortbildungsveranstaltungen für Richter und Staatsanwälte in Zivil- und Strafsachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (einschließlich Jugendgerichtsbarkeit)	70 000	1977 gegenüber 1976:	
2. Fortbildung für Familienrichter zur Einführung in das neue Eherecht	60 000	Weniger 800 000 DM: Ausgabeentwicklung der Vorjahre.	
3. Fortbildung der Richter und Staatsanwälte, die Steuer-, Wirtschafts- und Rauschgiftsachen bearbeiten	30 000	Zu 526 23 und 526 24	
4. Kriminologische und kriminalistische Fortbildung der Richter und Staatsanwälte	20 000	Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in der Fassung vom 1. Oktober 1969 (BGBl I S. 1757) in der jeweils geltenden Fassung.	
5. Einführungstagungen für jüngere Richter und Staatsanwälte	60 000	Zu 526 23	
6. Regionale Fortbildungsveranstaltungen für Richter und Staatsanwälte	20 000	1977 gegenüber 1976:	
7. Fortbildung der Rechtspfleger	100 000	Mehr 2 300 000 DM: Die Änderung des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen führt zu einer Ausgabensteigerung; darüber hinaus wirken sich Einkommenssteigerungen und die Erhöhung der Fahrkosten auf die Ausgaben aus.	
8. Fortbildung der Gerichtsvollzieher, der Beamten des mittleren Justizdienstes und der übrigen Bediensteten der Gerichte und Staatsanwaltschaften (einschließlich der Hilfskräfte)	80 000	Zu 526 24	
9. Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung	20 000	1977 gegenüber 1976:	
Zusammen	460 000	Mehr 6 000 000 DM: Zunahme der umfangreichen Gutachten, insbesondere in Wirtschaftsstrafsachen; Änderung des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen.	
Zu 525 02		Zu 526 25	
Reisekosten der Teilnehmer.		Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind § 126 a StPO, § 71 Abs. 2, § 72 Abs. 3 JGG, Nr. 1910 Kostenverzeichnis zum GKG.	
Zu 525 04	DM	1977 gegenüber 1976:	
1. Reisekosten zu den in den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen vorgeschriebenen Kursen, Lehrgängen und Arbeitsgemeinschaften	480 000	Mehr 100 000 DM: Entwicklung der Istaussgaben der Vorjahre.	
2. Ausbildung der Anwärter des mittleren Dienstes in einem geschlossenen Lehrgang (einschließlich Reisekosten, jedoch ohne Trennungsgeld der Teilnehmer)	110 000	Zu 526 26	
3. Sonstige Aus- und Fortbildungsveranstaltungen (z. B. Referendartagungen)	10 000	Rechtsgrundlage für diese Ausgaben sind Abschnitt H des Kostenverzeichnisses zum GKG und §§ 136 ff. Kostenordnung.	
Zusammen	600 000	1977 gegenüber 1976:	
1977 gegenüber 1976:		Mehr 1 300 000 DM: Erhebliche Zunahme der bei dieser Zweckbestimmung nachzuweisenden Auslagen in Rechtssachen (insbesondere Reisekosten).	
Weniger 110 000 DM: Verringerung der Zahl der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, insbesondere der Rechtsreferendare; voraussichtlicher Bedarf für Anwärter des mittleren Dienstes.		Zu 527 01	
Zu 526 21 und 526 22		1977 gegenüber 1976:	
Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte vom 26. Juli 1957 (BGBl I S. 907) in der jeweils geltenden Fassung.		Mehr 50 000 DM: Erhöhung der Fahrkosten; Veranschlagung der Reisekosten für Studierende an der Beamtenfachhochschule, Fachbereich Rechtspflege, im Kapitel 04 04 (bisher mitveranschlagt: 06 14/527 01).	
Zu 526 21		Bestand an anerkannten Personenkraftwagen	43 (118)
1977 gegenüber 1976:			
Mehr 2 150 000 DM: Auswirkungen des Kostenänderungsgesetzes 1975.			

Gerichte und Staatsanwaltschaften

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976	1975
			TSD.DM	TSD.DM	C IST 1974	TSD.DM
1	2	3	4	5	6	
532 11	052	UMZUGS- UND VERLEGUNGSKOSTEN VON DIENSTSTELLEN DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR	300,0	100,0	A	60,0
					B	99,8
					C	79,9
533 01	052	KOSTEN DER GEFANGENENBEFORDERUNG UND VORFUEH- RUNGSKOSTEN (EINSCHL. REISEKOSTEN)	30,0	30,0	A	30,0
					B	11,6
					C	19,1
533 02	052	BESONDERE KOSTEN DER BEWAHRUNGSAUFSICHT, DER FUEHRUNGSAUFSICHT UND DER RICHTSHILFE	420,0	420,0	A	330,0
					B	324,3
					C	289,7
533 03	052	KOSTEN FUER ABBRUCHARBEITEN	227,0	-	A	-
546 69	052	VERMISCHTE VERWALTUNGS-AUSGABEN	60,0	60,0	A	75,0
					B	87,6
					C	46,4
		AUSGABEN FUER DEN SCHULDENDIENST				
575 01	920	ZINSEN FUER HINTERLEGTE GELDER	150,0	150,0	A	150,0
					B	113,7
					C	131,2
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN				
632 01	052	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AN LAENDER	895,0	945,0	A	858,0
					B	625,3
					C	696,5
681 01	052	ENTSCHAEDIGUNGEN AN BESCHULDIGTE IN STRAFSACHEN	6.000,0	6.000,0	A	5.700,0
					B	4.908,3
					C	4.652,0
681 02	052	ERSATZ VON AUFWENDUNGEN DER VORMUENDER MITTELLOSER MUENDEL	10,0	10,0	A	20,0
					B	5,5
					C	4,5
685 01	052	KOSTEN DER RECHTSBERATUNGSSTELLEN FUER SOZIAL SCHWACHE BUERGER	150,0	150,0	A	270,0
					B	40,7
		BAUMASSNAHMEN				
701 01	052	KLEINE NEU-, UM-, UND ERWEITERUNGSBAUTEN VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1977 DM 525.000	600,0	525,0	A	500,0
					B	555,2
					C	649,3
710 00	052	HOCHBAUMASSNAHMEN FUER GERICHTE UND STAATSANWALT- SCHAFTEN (SIEHE ANLAGE S) KREDITFINANZIERT VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1977 DM 25.160.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 12.020.000	27.897,0	24.700,0	A	27.675,0
					B	24.534,6
					C	18.745,3
		SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN				
811 01	052	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	33,0	35,0	A	40,5
					B	45,9
					C	54,0

Erläuterungen

Zu 532 11 (bisher 531 21)

Umzüge, insbesondere von Münchener Justizbehörden, sowie Umzüge aus Anlaß des Vollzugs des GerOrgG.

Zu 533 01 (bisher 532 01)	DM
1. Gefangenenbeförderungskosten	15 000
2. Vorführungskosten	15 000
Zusammen	30 000

Zu 533 02 (bisher 532 02)

Die Bewährungshilfe hat ihre Rechtsgrundlage in § 56 d StGB und in den §§ 21 bis 30, 88, 89 des Jugendgerichtsgesetzes. Die Tätigkeit der Bewährungshelfer ist landesrechtlich geregelt. Die Führungsaufsicht hat ihre Rechtsgrundlage in § 68 StGB, § 7 JGG.

Die Gerichtshilfe unterstützt die Staatsanwaltschaft bei Ermittlungen, die für die Bestimmung der Rechtsfolgen der Tat bedeutsam sind. Die Gerichtshilfe kann ferner zur Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Strafvollstreckung herangezogen werden (§ 160 Abs. 3, § 463 d StPO, Art. 294 EGStGB).

Veranschlagt sind:	DM
1. Reisekosten der hauptamtlichen Kräfte	350 000
2. Kosten der ehrenamtlichen Bewährungshilfe	30 000
3. Sonstiges	40 000
Zusammen	420 000

1977 gegenüber 1976:

Mehr 90 000 DM: Personalmehrung; zusätzliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Führungsaufsicht; Einführung der Gerichtshilfe; verstärkte Inanspruchnahme ehrenamtlicher Bewährungshelfer.

Zu 533 03 (bisher 532 03)

Kosten für den Abbruch des ehemaligen Ämtergebäudes in Aichach.

Zu 546 69	DM
1. Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte	3 000
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	10 000
3. Verlustentschädigungen	15 000
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	6 000
5. Sonstige vermischte Ausgaben	26 000
Zusammen	60 000

Davon können bis zu 10 000 DM für Billigkeitsleistungen verwendet werden.

1977 gegenüber 1976:

Weniger 15 000 DM: Ausgabeentwicklung des Vorjahres.

Zu 575 01

Rechtsgrundlage ist die Hinterlegungsordnung vom 10. März 1937 in der Fassung vom 1. August 1968 (BayBS ErgB S. 118) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 632 01

a) In Ausführung eines Beschlusses der 27. Justizministerkonferenz in Bad Harzburg im Oktober 1958 wurde im Lande Baden-Württemberg eine zentrale Stelle von vorübergehender Dauer zur Aufklärung bisher ungesühnter nationalsozialistischer Verbrechen errichtet. Ihre Tätigkeit erstreckt sich vorwiegend auf die Aufklärung von solchen Verbrechen, für die im Bundesgebiet ein Gerichtsstand des Tatorts nicht gegeben ist. Der gesamte Personal- und Sachaufwand wird von den Landesjustizverwaltungen nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahl getragen (Beschluss des Ministerrats vom 25. November 1958).

(Noch zu 632 01)

- b) In gleicher Weise beteiligen sich die Landesjustizverwaltungen an den Kosten der von Niedersachsen errichteten „Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter-Bad“.
- c) Die Deutsche Richterakademie wird vom Bund und den Ländern gemeinsam getragen. Sie ist eine Einrichtung des Landes Rheinland-Pfalz mit dem Sitz in Trier. Die laufenden Kosten tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Der Anteil der Länder wird zu $\frac{2}{3}$ nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu $\frac{1}{3}$ nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl auf die Länder aufgeteilt.

	1977	1978
Veranschlagt sind:	DM	DM
zu a)	710 000	750 000
zu b)	40 000	45 000
zu c)	145 000	150 000
Zusammen	895 000	945 000

Zu 681 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) Das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. März 1971 (BGBl I S. 157) in der jeweils geltenden Fassung,
- b) §§ 467, 467a ff StPO.

1977 gegenüber 1976:

Mehr 300 000 DM: Entwicklung der Istaussgaben der Vorjahre.

Zu 681 02

Aufwendungen, die nach § 1835 BGB von der Staatskasse ersetzt werden.

Zu 685 01

In Bayern besteht seit 1. Januar 1975 für Bürger mit geringem Einkommen die Möglichkeit der Rechtsberatung. Die Beratung wird durch Rechtsanwälte entweder in einer am Amtsgericht eingerichteten Beratungsstelle oder in den Rechtsanwaltskanzleien auf Grund von Berechtigungsscheinen durchgeführt. Die Rechtsanwälte erhalten für die Tätigkeit in der Sprechstunde eine pauschale Entschädigung von 30 DM je Stunde, für die Beratung in den Rechtsanwaltskanzleien 20 DM je Beratungsschein.

Zu 701 01

1977	DM
1. Amtsgerichtsgebäude in Dachau, Schloßstraße 9; Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen	67 200
2. Amtsgerichtsgebäude in Amberg; Brandschutzmaßnahmen	250 000
3. Justizgebäude in Ansbach, Pfarrstraße 22; Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen	140 000
4. Justizgebäude in Würzburg; Ausbau weiterer Diensträume	50 000
5. Baumaßnahmen mit Kosten unter 50 000 DM im Einzelfall	92 800
Zusammen	600 000

1978

	DM
1. Amtsgerichtsgebäude in Starnberg; Einbau eines Mischventils in der Heizungsanlage, Ausbau eines weiteren Sitzungssaales u. a.	70 000
2. Justizgebäude in Bayreuth; Einbau eines Personenaufzugs	150 000
3. Amtsgerichtsgebäude in Haßfurt; Umbau des sogenannten Herrenhofes für Zwecke der Justiz	250 000
4. Baumaßnahmen mit Kosten unter 50 000 DM im Einzelfall	55 000
Zusammen	525 000

Zu 811 01

Siehe nächste Erläuterungsseite.

Gerichte und Staatsanwaltschaften

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975	C IST 1974
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
812 01	052	ERWERB VON GERAETEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRUE- STUNGSGEGENSTAENDEN VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1977 DM 200.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 200.000	600,0	600,0	A B C	550,0 524,5 685,1
812 02	052	ERGAENZUNGS-AUSSTATTUNGEN DER GERICHTE IM ZUSAMMEN- HANG MIT DEM VOLLZUG DES GERICHTSORGANISATIONSGE- SETZES VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1977 DM 50.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 50.000	120,0	120,0	A B C	150,0 62,0 72,3
812 05	052	NEU- BZW. ERSTAUSSTATTUNG DER NUERNBERGER JUSTIZ- BEHOERDEN AUS ANLASS DER WIEDERBELEGUNG DES VON US-BEHOERDEN ZURUECKGEBEBENEN NUERNBERGER JUSTIZ- GEBAEUDES	30,0	-	A B C	186,0 206,5 113,1
812 06	052	TEILNEUAUSSTATTUNG DER AUGSBURGER JUSTIZBEHOERDEN VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1977 DM 300.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 200.000	150,0	400,0	A	-
812 08	052	TEILNEUAUSSTATTUNG DES AMTSGERICHTSGEBAEUDES IN LINDAU (BODENSEE)	-	***	A	200,0
812 09	052	TEILNEUAUSSTATTUNG DES AMTSGERICHTSGEBAEUDES IN ALTOETTING VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 100.000	-	-	A	-
812 15	052	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AUSGAB. NICHT ZU DEN BAUKOSTEN GEGHOREN VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1977 DM 660.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 500.000	630,0	660,0	A B C	75,0 247,6 556,8
812 16	052	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNSCHREIBANLAGEN	32,0	-	A C	*** 12,2
812 21	052	TEILNEUAUSSTATTUNG DER DIENSTRAEUME DES AMTSGE- RICHTS PASSAU	-	***	A	70,0
812 22	052	TEILNEUAUSSTATTUNG DER JUSTIZBEHOERDEN IN KEMPTEN (ALLGAEU) VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 270.000	60,0	-	A	-
812 23	052	TEILNEUAUSSTATTUNG DES AMTSGERICHTSGEBAEUDES IN KELHEIM VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1977 DM 90.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 60.000	-	90,0	A	-
812 24	052	TEILNEUAUSSTATTUNG DER JUSTIZBEHOERDEN IN WUERZBURG	100,0	100,0	A B	100,0 43,0
812 25	052	TEILNEUAUSSTATTUNG DER GERICHTSGEBAEUDE IN GEMUENDEN A. MAIN	90,0	-	A	-

Erläuterungen

Zu 811 01

1977

2. Ersatzbeschaffungen

Es müssen ersetzt werden:

1 Pkw, 95 PS, 4türlich, Baujahr 1967, Fahrleistung am 1. 4. 1976 79 000 km;	
1 Pkw, 80 PS, 4türlich, Baujahr 1970, Fahrleistung am 1. 4. 1976 127 000 km.	
Als Ersatzbeschaffungen sind vorgesehen:	DM
1 Pkw, bis zu 95 PS, 4türlich	19 500
1 Pkw, bis zu 75 PS, 4türlich	13 500
Zusammen	33 000

1978

2. Ersatzbeschaffungen

Es müssen ersetzt werden:

1 Pkw, 120 PS, 4türlich, Baujahr 1971, voraussichtliche Fahrleistung am 1. 4. 1977 120 000 km;	
1 Pkw (Kombi), 45 PS, 2türlich, Baujahr 1966, voraussichtliche Fahrleistung am 1. 4. 1977 115 000 km.	
Als Ersatzbeschaffungen sind vorgesehen:	DM
1 Pkw, bis zu 109 PS, 4türlich	21 000
1 Aktentransporter, bis zu 50 PS	14 000
Zusammen	35 000

Zu 812 01

Bei dem Ansatz sind die Kosten für die erstmalige Anschaffung von bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften zusätzlich benötigten modernen Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen veranschlagt.

Die Gesamtkosten der für rd. 10 Jahre vorgesehenen Maßnahme wurden nach dem Stand von 1966 auf 4 Mio DM und 1972 auf 5 Mio DM geschätzt. Unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Preissteigerungen sowie im Hinblick auf die in den letzten Jahren zusätzlich veranschlagten Sonderausstattungen (Neu- und Ersatzbeschaffungen von OCR-B-Schreibmaschinen für Mitteilungen an das Bundeszentralregister; Gebührenfreistempler für den Kostenmarkenverkauf; verstärkter Einsatz von Gleitregalanlagen) muß von Gesamtkosten für die Maßnahme in Höhe von rd. 6,61 Mio DM ausgegangen werden.

Gesamtkosten der Maßnahme für 10 Jahre	rd. 6 610 000
bis einschließlich 1976 bewilligt	5 240 450
Haushaltsbetrag 1977	600 000
Haushaltsbetrag 1978	600 000
Vorbehalten bleiben	169 550
Mit den für 1977 veranschlagten Mitteln sollen beschafft werden:	DM
Registraleinrichtungen, Regal- und Karteianlagen (insbesondere Ergänzungen)	100 000
Abrechnungscomputer für die Oberjustizkassen (Ersatz)	80 000
Schreibautomaten	110 000
Kopierautomaten	80 000
Kleinoffsetvervielfältiger	80 000
OCR-B-Schreibmaschinen (Ersatz)	80 000
Postabfertigungsanlage für die Augsburger Justizbehörden	20 000
Verschiedene Geräte und Maschinen	50 000
Zusammen	600 000

Mit den für 1978 veranschlagten Mitteln sollen beschafft werden.

Registraleinrichtungen, Regal- und Karteianlagen (insbesondere Ergänzungen)	100 000
2 Buchungsautomaten für die Oberjustizkasse München (Ersatz)	170 000
Schreibautomaten	100 000
Kopierautomaten	70 000
Kleinoffsetvervielfältiger	70 000
Gebührenfreistempler	40 000
Verschiedene Geräte und Maschinen	50 000
Zusammen	600 000

Zu 812 02

Durch den Vollzug des GerOrgG werden bei mehreren aufnehmenden Gerichten weitere Ergänzungsausstattungen erforderlich, die mit den veranschlagten Mitteln beschafft werden.

Zu 812 05

	DM
Kosten der Maßnahme	890 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	860 000
Haushaltsbetrag 1977	30 000
Haushaltsbetrag 1978	—
Vorbehalten bleiben	—

Im Zuge organisatorischer Veränderungen innerhalb der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Nürnberg-Fürth mußten Registraturräume zusätzlich ausgestattet werden. Die Kosten der Maßnahme haben sich deshalb von zuletzt 860 000 DM um 30 000 DM auf 890 000 DM erhöht.

Zu 812 06

	DM
Kosten der Maßnahme	950 000
Haushaltsbetrag 1977	150 000
Haushaltsbetrag 1978	400 000
Vorbehalten bleiben	400 000

Die Ausstattungsmaßnahme hat sich durch die Verzögerung der Baumaßnahmen in Augsburg (04 04/725 51 und 725 61) zeitlich verlagert. Infolge der zwischenzeitlichen Preissteigerungen und unter Berücksichtigung der nunmehrigen Bauplanung erhöhen sich die Kosten von zuletzt 700 000 DM um 250 000 DM auf 950 000 DM.

Zu 812 08

	DM
Kosten der Maßnahme	200 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	120 000
Vorbehalten bleiben	—

Es ist mit einer Einsparung von 80 000 DM zu rechnen.

Zu 812 09

	DM
Kosten der Maßnahme	160 000

Zu 812 15

	DM
1977	
Beschaffung einer größeren Fernsprech-Nebenstellenanlage für das Amtsgericht Dachau	55 000
Erneuerung der Fernsprech-Nebenstellenanlage der Justizbehörden in Ansbach	275 000
Erneuerung der Fernsprech-Nebenstellenanlage der Justizbehörden in Aschaffenburg	300 000
Zusammen	630 000

1978

	DM
Erneuerung der Fernsprech-Nebenstellenanlage des Amtsgerichts Miesbach	30 000
Erneuerung der Fernsprech-Nebenstellenanlage des Justizgebäudes in Nürnberg, Flaschenhofstraße 35	400 000
Erneuerung der Fernsprech-Nebenstellenanlage des Amtsgerichtsgebäudes in Weissenburg i. B., Bahnhofstraße 2	30 000
Erneuerung der Fernsprech-Nebenstellenanlage der Justizbehörden in Coburg	200 000
Zusammen	660 000

Zu 812 16

Die Ausstattung der Justizbehörden mit Fernschreibern ist im Interesse einer wirksamen Verbrechensbekämpfung fortzuführen.

Zu 812 21

	DM
Kosten der Maßnahme	150 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	150 000
Vorbehalten bleiben	—

Die Kosten der Maßnahme haben sich von 200 000 DM um 50 000 DM auf 150 000 DM verringert.

Zu 812 22 bis 812 25

Siehe nächste Erläuterungsseite.

Gerichte und Staatsanwaltschaften

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
			TSD.DM		
812 26	052	NEUAUSSTATTUNG DES JUSTIZGEBAEUDES AN DER NYMPHENBURGER STRASSE IN MUENCHEN UND TEILNEUAUSSTATTUNG DER UEBRIGEN MUENCHENER JUSTIZGEBAEUDE VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1977 DM 800.000	3.500,0	1.250,0	A -
812 27	052	AUSSTATTUNG DER GERICHTE MIT TONAUFNAHMEANLAGEN SOWIE MIT TONAUFNAHME- UND WIEDERGABEGERAETEN	250,0	150,0	A 150,0 B 149,6
812 28	052	AUSSTATTUNG WEITEREN SITZUNGSRAUMES BEI DEN GERICHTEN VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1977 DM 100.000	80,0	200,0	A 100,0
812 29	052	BESCHAFFUNG VON SICHERHEITSEINRICHTUNGEN FUER DIE GERICHTE UND STAATSANWALTSCHAFTEN VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1977 DM 200.000	300,0	200,0	A
812 30	052	ERGAENZUNGS-AUSSTATTUNG DER TRAUNSTEINER JUSTIZBEHOERDEN	90,0	-	A
812 31	052	ERGAENZUNGS- UND TEILNEUAUSSTATTUNG DES AMTSGERICHTSGEBAEUDES IN KAUFBEUREN VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 70.000	-	70,0	A
812 32	052	ERGAENZUNGS- UND TEILNEUAUSSTATTUNG DES SCHLOSSGEBAEUDES IN HERSBRUCK VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 50.000	***	-	A
812 33	052	TEILNEUAUSSTATTUNG DES JUSTIZGEBAEUDES IN BAYREUTH	40,0	40,0	A
TITELGRUPPEN					
99 KOSTEN DER DATENVERARBEITUNG TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT AUSNAHME VON 812 99					
513 99	052	KOSTEN DER DATENFERNUEBERTRAGUNG	-	10,0	A 10,0
515 99	052	GERAETE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRUESTUNGSGEGENSTAENDE	-	-	A 10,0
518 99	052	MIETEN FUER DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERAETE UND MASCHINEN	150,0	150,0	A 150,0 B 5,0
522 99	052	VERBRAUCHSMATERIAL	40,0	40,0	A 100,0 B 6,0
526 99	052	KOSTEN FUER SACHVERSTAENDIGE	200,0	200,0	A 150,0 B 36,5

Erläuterungen

Zu 812 22	DM
Kosten der Maßnahme	330 000
Haushaltsbetrag 1977	60 000
Haushaltsbetrag 1978	—
Vorbehalten bleiben	270 000

Die Kosten der Maßnahme erhöhen sich im Zusammenhang mit dem Vollzug des GerOrgG von bisher 270 000 DM um 60 000 DM auf 330 000 DM.

Zu 812 23	DM
Kosten der Maßnahme	180 000
Haushaltsbetrag 1977	90 000
Vorbehalten bleiben	90 000

Bei der Aufstellung der HU — Bau — für die Baumaßnahme 04 04/720 51 wurden Gesamtkosten für die notwendige Teilneuausstattung in Höhe von 180 000 DM ermittelt.

Zu 812 24	DM
Kosten der Maßnahme	470 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	100 000
Haushaltsbetrag 1977	100 000
Haushaltsbetrag 1978	100 000
Vorbehalten bleiben	170 000

Die Kosten der Maßnahme erhöhen sich nach Neuberechnungen, wobei die seit 1973 eingetretenen, erheblichen Preiserhöhungen berücksichtigt wurden, von 300 000 DM um 170 000 DM auf 470 000 DM.

Zu 812 25	DM
1977	DM
Kosten der Maßnahme	90 000

Zu 812 26	DM
Kosten der Maßnahme	4 750 000

Mitberücksichtigt wurde die bisher bei 04 04/812 20 mit 160 000 DM veranschlagte Ausstattungsmaßnahme für das Justizgebäude Wagnmüllerstraße 12 in München.

Die Kosten der Gesamtmaßnahme erhöhen sich von bisher 4,3 Mio DM + 0,16 Mio DM (bisher 04 04/812 20) = 4,46 Mio DM um 0,29 Mio DM auf 4,75 Mio DM. Die seit 1973 eingetretenen Preiserhöhungen sind berücksichtigt.

Zu 812 27	DM
Kosten der Maßnahme	1 100 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	150 000
Haushaltsbetrag 1977	250 000
Haushaltsbetrag 1978	150 000
Vorbehalten bleiben	550 000

Im Gesetz zur Entlastung der Landgerichte und zur Vereinfachung des gerichtlichen Protokolls vom 20. Dezember 1974 (BGBl S. 3651) sind bei der Protokollführung technische Hilfsmittel zugelassen.

Zu 812 28	DM
Kosten der Maßnahme	1 000 000
Haushaltsbetrag 1977	80 000
Haushaltsbetrag 1978	200 000
Vorbehalten bleiben	720 000

Die in dem Entwurf des Gesetzes zur Vereinfachung und Beschleunigung gerichtlicher Verfahren vorgesehenen Maßnahmen führen voraussichtlich zu einem Mehrbedarf an Sitzungsraum.

Zu 812 29

Die Richtlinien für die Sicherung von Verschlusssachen sehen eine Reihe technischer Sicherheitseinrichtungen vor. Die erforderlichen Beschaffungen und Veränderungen bereits bestehender Einrichtungen verursachen Kosten in Höhe von rd. 500 000 DM.

Zu 812 30

In den Registraturen der Traunsteiner Justizbehörden können weitere Akten nicht mehr untergebracht werden. Da zusätzliche Räume nicht zur Verfügung stehen und Anmietungen vermieden werden sollen, muß die Kapazität durch raumsparende Regalanlagen erweitert werden.

Zu 812 31

Kosten der Maßnahme	140 000	DM
Haushaltsbetrag 1978	70 000	
Vorbehalten bleiben	70 000	

Im Zusammenhang mit dem Vollzug des GerOrgG muß die Ausstattung des Amtsgerichtsgebäudes in Kaufbeuren ergänzt und zum Teil erneuert werden (vgl. 04 04/726 21).

Zu 812 32

Kosten der Maßnahme	100 000	DM
---------------------------	---------	----

Das künftig ausschließlich vom Amtsgericht zu nutzende Schloßgebäude muß nach Durchführung von Umbau- und Instandsetzungsarbeiten (vgl. 04 04/731 11) zusätzlich ausgestattet werden.

Zu 812 33

Im Justizgebäude in Bayreuth sind dringende Ersatzbeschaffungen durchzuführen. Ferner ist der zur Zentralbibliothek ausgebaute Bibliotheksraum des Landgerichts neu auszustatten.

Zu 513 99 bis 980 99

Im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz werden künftig weitere Aufgaben mit Hilfe der EDV erledigt werden.

Vorgesehen sind insbesondere die Vollstreckung von Geldstrafen und Geldbußen, die Festsetzung des Regelunterhalts, die Abwicklung des gerichtlichen Mahnverfahrens, die Bearbeitung des Grundbuchwesens und die Führung der Genossenlisten.

Die veranschlagten Beträge sind insbesondere notwendig

- zur Durchführung eines EDV-Probebetriebs in Grundbuchsachen, der sich voraussichtlich auf die Jahre 1977 bis 1979 erstrecken wird,
- für das Projekt „Namenskartei bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I“.

Die Arbeiten werden von den in den Projektgruppen der Bayerischen Staatskanzlei, Abteilung Datenverarbeitung, eingesetzten Kräften durchgeführt.

Zu 980 99

Das Landesamt für Datenverarbeitung entwickelt ein Kostenrechnungsverfahren, das es ermöglicht, die Zurechnung der jeweiligen Inanspruchnahme der GRSt durch das Ressort durchzuführen und die Leertitel in einem Nachtragshaushalt 1978 auszufüllen. Auf die Vorbemerkung zu 02 05 wird verwiesen.

Gerichte und Staatsanwaltschaften

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
			TSD.DM		
812 99	052	ERWERB VON DATENVERARBEITUNGSANLAGEN, GERÄTEN, AUSSTATTUNGS- UND AUSRÜSTUNGSGEGENSTÄNDEN SOWIE MASCHINEN VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 60.000	-	150,0	A -
980 99	990	HAUSHALTSTECHNISCHE VERRECHNUNG MIT 0205/38099	-	-	A -
SUMME DER TITELGRUPPE			390,0	550,0	A 420,0 B 47,5 C -
GESAMTAUSGABEN			642.261,7	659.901,1	A 614.205,5 B 549.397,1 C 508.565,3
ABSCHLUSS					
VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.			334.160,0	355.155,0	A 282.450,0 B 260.085,7 C 241.252,7
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVE- STITIONEN			2.205,0	1.505,0	A 1.505,0 B 2.243,2 C 1.908,6
GESAMTEINNAHMEN			336.365,0	356.660,0	A 283.955,0 B 262.328,9 C 243.161,3
PERSONALAUSGABEN			487.521,2	510.049,6	A 476.598,0 B 429.743,3 C 402.106,2
SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN			112.933,5	113.306,5	A 100.813,0 B 87.591,4 C 80.086,8
AUSGABEN FUER DEN SCHULDENDIENST			150,0	150,0	A 150,0 B 113,7 C 131,2
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVE- STITIONEN			7.055,0	7.105,0	A 6.848,0 B 5.579,8 C 5.353,0
BAUMASSNAHMEN			28.497,0	25.225,0	A 28.175,0 B 25.089,8 C 19.394,6
SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTI- TIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN			6.105,0	4.065,0	A 1.621,5 B 1.279,1 C 1.493,5
BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN			-	-	B - C -
GESAMTAUSGABEN			642.261,7	659.901,1	A 614.205,5 B 549.397,1 C 508.565,3
ZUSCHUSS			305.896,7	303.241,1	A 330.250,5 B 287.068,2 C 265.404,0

Justizvollzugsanstalten

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975	C IST 1974
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN						
EINNAHMEN						
VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.						
111 01	056	GEBUEHREN, BEITRAEGE, TARIFLICHE UND GEBUEHRENARTIGE ENTGELTE	0,1	0,1	A	1,0
					C	0,3
112 01	056	GELDSTRAFEN, GELDBUSSEN, VERWARNUNGSGELDER	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,5
					C	1,5
113 01	056	ERLOESE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTAENDEN	35,0	35,0	A	35,0
					B	40,1
					C	57,3
119 69	056	VERMISCHTE EINNAHMEN	60,0	60,0	A	50,0
					B	131,5
					C	46,2
124 01	056	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	1.500,0	1.500,0	A	1.500,0
					B	1.465,8
					C	1.435,2
125 01	056	EINNAHMEN AUS DER ARBEITSVERWALTUNG DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN VERBILLIGTE LEISTUNGEN AN DIE STAATSFORSTVERWALTUNG, AN BESTIMMTE PERSONEN UND INSTITUTIONEN SIEHE DIE ERLAEUTERUNGEN.	32.000,0	32.000,0	A	32.000,0
					B	30.769,4
					C	31.074,0
125 02	056	EINNAHMEN AUS DER VERPFLEGE DES PERSONALS DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN VGL. VERMERK BEI 522 01.	612,0	660,0	A	400,0
					B	491,1
					C	426,2
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN						
231 01	056	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN VOM BUND	1,0	1,0	A	100,0
					B	112,8
					C	105,1
232 01	056	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN VON LAENDERN	65,0	65,0	A	50,0
					B	64,9
					C	37,6
246 01	056	ERSTATTUNG VON VERLETZTENGELD DURCH DIE STAATLICHE AUSFUEHRUNGSBEHOERDE FUER UNFALLVERSICHERUNG	15,0	15,0	A	5,0
					B	12,0
					C	8,9
256 01	056	SONSTIGE ZUWEISUNGEN DER BUNDESANSTALT FUER ARBEIT VGL. VERMERK BEI 42512.	150,0	-	A	

271 01	056	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AUS SONSTIGEN BEREICHEN	350,0	350,0	A	250,0
					B	235,9
					C	222,6

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 05

In den Justizvollzugsanstalten werden die von Gerichten im Bundesgebiet verhängten Freiheitsstrafen vollstreckt sowie die Untersuchungshaft vollzogen.

Zu 111 01

Eintrittsgebühren für die Besichtigung des Kaisersaales in der Justizvollzugsanstalt Ebrach.

Zu 119 69

1977 gegenüber 1976:
Mehr 10 000 DM: Entwicklung der Isteinnahmen 1976.

Zu 124 01 DM

1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	1 275 000
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen und dgl.	195 000
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	19 000
4. Sonstige Einnahmen	11 000
Zusammen	1 500 000

Zu 125 01

Vgl. Titelgruppe 72 (Ausgaben).

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

GEGEN ÜBERLASSUNG VON STAATSWALDFLÄCHEN DÜRFEN DER STAATSFORSTVERWALTUNG WALDPFLANZEN ZU 60 V. H. DES FESTGESETZTEN HANDELSPREISES GELIEFERT UND VERBILLIGTE GEFANGENENARBEITSKRÄFTE GESTELLT WERDEN (VGL. VERMERK BEI KAP. 09 05 TIT. 125 02).
GEFANGENENARBEIT UND ANSTALTSERZEUGNISSE DÜRFEN AN DEN IN DER BEK ÜBER DIE GEFANGENENARBEIT FÜR BEDIENSTETE DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN VOM 30. NOVEMBER 1967 (JMBL S. 189), ZULETZT GEÄNDERT DURCH DIE BEK VOM 19. JULI 1974 (JMBL S. 309), BENANNTEN PERSONENKREIS NACH NÄHERER MASSGABE DIESER BEK VERBILLIGT ABGEGEBEN WERDEN.
VERBILLIGT AUSGEFÜHRT WERDEN DÜRFEN FERNER FUHRLEISTUNGEN MIT ANSTALTSKRAFTFAHRZEUGEN FÜR BEDIENSTETE. AUSSERDEM DÜRFEN AUCH VERBILLIGTE LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN IM RAHMEN DER GEFANGENEN- UND ENTLASSENENFÜRSORGE UND FÜR DEN BAYERISCHEN LANDESVERBAND FÜR GEFANGENENFÜRSORGE UND BEWÄHRUNGSHILFE E.V. UND SEINE BEZIRKSVEREINE ZUR AUSÜBUNG IHRER FÜRSORGETÄTIGKEIT ERFOLGEN.

Zu 125 02

Vgl. Tit. 522 01.
1977 gegenüber 1976:
Mehr 212 000 DM,
1978 gegenüber 1977:
Mehr 48 000 DM: Personalmehrung.

Zu 231 01

Erstattungen für den Vollzug von Untersuchungs- und Strafhaf für den Bund (JMBek vom 16. Dezember 1958 — JMBI S. 194 —).
1977 gegenüber 1976:
Weniger 99 000 DM: Berichtigung der Veranschlagung (vgl. 271 01).

Zu 232 01

Beträge, die von anderen Landesjustizverwaltungen für die Unterbringung und ärztliche Behandlung von Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten erstattet werden.
1977 gegenüber 1976:
Mehr 15 000 DM: Entwicklung der Isteinnahmen 1975 und 1976.

Zu 271 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern auf Grund von § 10 JVKostO, § 50 Sozialgesetzbuch zu entrichtenden Beträge.
1977 gegenüber 1976:
Mehr 100 000 DM: Entwicklung der Isteinnahmen; Berichtigung der Veranschlagung (vgl. 231 01).

Justizvollzugsanstalten

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
			TSD.DM		
			6		
281 01	056	ERSTATTUNG VON PROZESSKOSTEN	-	-	A -
GESAMTEINNAHMEN			34.789,1	34.687,1	A 34.392,0 B 33.324,0 C 33.414,9
AUSGABEN					
PERSONAL AUSGABEN					
422 01	056	BEZUEGE DER PLANMAESSIGEN BEAMTEN	71.200,0	75.000,0	A 70.800,0 B 58.769,7 C 53.371,7
422 11	056	BEZUEGE DER BEAMTEN ZUR ANSTELLUNG	5.700,0	6.000,0	A 2.500,0 B 7.710,3 C 6.640,4
422 21	056	ANWAERTERBEZUEGE, UNTERHALTSBEIHILFEN FUER DIENSTANFAENGER	3.500,0	3.600,0	A 2.500,0 B 3.638,0 C 3.258,5
422 31	056	BEZUEGE DER ABGEORDNETEN BEAMTEN	-	-	A - B 0,6- C 1,2-
425 01	056	VERGUE TUNGEN DER ANGESTELLTEN	13.550,0	14.250,0	A 11.500,0 B 12.049,2 C 10.502,2
425 11	056	VERGUE TUNGEN FUER SONSTIGE HILFSLEISTUNGEN DURCH ANGESTELLTE	130,0	140,0	A 170,0 B 121,6 C 85,7
425 12	056	ARBEITSBESCHAFFUNGSMASSNAHMEN DIE AUSGABEBEFUGNISS BEMISST SICH NACH DER EINNAHME BEI 25601. DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	150,0	-	A -
426 01	056	LOEHNE DER ARBEITER	1.260,0	1.330,0	A 1.020,0 B 1.165,0 C 951,7
427 01	056	BESCHAEFTIGUNGSENTGELTE, AUFWENDUNGEN FUER NEBENAMTLICHE UND NEBENBERUFLICHE TAETIGKEIT	2,0	2,0	A 10,0 C 28,1
427 51	056	PRAKTIKANTENVERGUE TUNGEN	85,0	95,0	A 70,0 B 32,9
451 01	056	ZUSCHUESSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGUNG	200,0	220,0	A 220,0 B 242,6 C 221,2

Erläuterungen

Zu 422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Davon	DM
Aufwandsentschädigungen (Nachtdienstentschädigungen)	270 000
Vergütungen für Nebentätigkeit	80 000

Zu 422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Davon	DM
Aufwandsentschädigungen (Nachtdienstentschädigungen)	25 000
Vergütungen für Nebentätigkeit	10 000

Zu 422 21

	1977	1978
	DM	DM
1. Anwärterbezüge	3 500 000	3 600 000

Zu 422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschließlich Umlage).

Zu 425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschließlich Umlage).

Zu 425 12

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung.

Zu 426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung (einschließlich Umlage).

Zu 427 51

1977 gegenüber 1976:

Mehr 15 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 10 000 DM: Zunahme der Studierenden, die eine berufliche Tätigkeit als Sozialarbeiter und Psychologen im Justizvollzugsdienst anstreben; wegen des bestehenden Nachholbedarfs muß die Aufnahme von Praktikanten gefördert werden.

Zu 451 01

1977 gegenüber 1976:

Weniger 44 000 DM: Berücksichtigung des Nachtrags-
haushalts 1976 (Einsparungen).Mehr 24 000 DM: Personalmehrung; Zunahme der
an der Gemeinschaftsverpflegung
teilnehmenden Bediensteten.

Somit weniger 20 000 DM

1978 gegenüber 1977:

Mehr 20 000 DM: Personalmehrung.

Justizvollzugsanstalten

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
					TSD.DM
453 01	056	TRENNUNGSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGÜETUNGEN	1.000,0	1.000,0	A 1.000,0
					B 925,7
					C 916,6
		SAECHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN			
511 01	056	GESCHAEFTSBEDARF	275,0	285,0	A 270,0
					B 233,2
					C 218,0
512 01	056	BUECHER UND ZEITSCHRIFTEN	45,0	45,0	A 45,0
					B 36,9
					C 35,6
513 01	056	POST- UND FERNMELDEGEBUEHREN	540,0	550,0	A 500,0
					B 481,8
					C 429,2
514 01	056	HALTUNG VON DIENSTFAHRZEUGEN	100,0	100,0	A 100,0
					B 86,8
					C 85,1
515 01	056	GERAETE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRUESTUNGSGEGENSTAEN- DE FUER VERWALTUNGSZWECKE	370,0	370,0	A 400,0
					B 339,6
					C 367,2
515 21	056	GERAETE, AUSSTATTUNGS- UND AUSTRUESTUNGSGEGENSTAEN- DE FUER FACHAUFGABEN	50,0	50,0	A 50,0
					B 44,5
					C 68,6
516 01	056	DIENST- UND SCHUTZKLEIDUNG	900,0	900,0	A 832,0
					B 704,6
					C 733,6
517 01	056	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTUECKE, GEBAEUDE UND RAEUME	10.400,0	11.000,0	A 8.800,0
					B 7.982,9
					C 7.724,1
518 01	056	MIETEN UND PACTEN FUER GRUNDSTUECKE, GEBAEUDE UND RAEUME	16,0	16,0	A 15,0
					B 13,3
					C 10,9
518 11	056	MIETEN UND PACTEN FUER MASCHINEN, GERAETE UND FAHRZEUGE	9,5	9,5	A 8,0
					B 5,0
					C 5,3
519 01	056	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTUECKE UND BAULICHEN ANLAGEN	4.700,0	4.900,0	A 4.500,0
					B 4.102,9
					C 3.356,5

Erläuterungen

Zu 453 01	DM
1. Trennungsgeld für 550 Bedienstete	650 000
2. Umzugskostenvergütungen für den Umzug von 200 Bediensteten	350 000
Zusammen	1 000 000

Zu 511 01
1978 gegenüber 1977:
Mehr 10 000 DM: Zunahme des Geschäftsbetriebs; Mehrbedarf auf Grund neuer Vorschriften (Strafvollzugsgesetz); Preissteigerungen.

Zu 513 01	DM	DM
1. Postgebühren	325 000	328 000
2. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	180 000	184 000
3. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	24 000	26 000
4. Sonstiges	11 000	12 000
Zusammen	540 000	550 000

1977 gegenüber 1976:

Mehr 40 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 10 000 DM: Zunahme des Geschäftsbetriebs; organisatorische Veränderungen als Folge des Strafvollzugsgesetzes.

Anzahl der privaten Fernsprechanlüsse mit dienstlicher Mitbenutzung

a) Hauptanschlüsse	39	(34)
b) Nebenanschlüsse	85	(85)

Zu 514 01	DM
1. Kraft und Schmierstoffe	65 000
2. Unterhaltung und Instandsetzungen	20 000
3. Gebrauchsgegenstände	9 000
4. Sonstiges	6 000
Zusammen	100 000

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am
	1977	1978	1976	1. 5. 1976
Personenkraftwagen	12	12	12	12
Sonderwagen	11	11	11	11
Mehrzweckfahrzeuge	12	12	9	9
Kraftträder	1	1	2	2

Die Führung der Dienstfahrzeuge obliegt ausschließlich Kräften des Aufsichtsdienstes. Die Kosten für die Fahrzeuge der Arbeitsbetriebe werden aus Titelgruppe 72 (Ausgaben) bestritten.

Zu 515 01	DM
1. Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	160 000
2. Beschaffung von Schreib-, Rechen-, Druck- und sonstigen Maschinen	133 000
3. Unterhaltung	77 000
Zusammen	370 000

1977 gegenüber 1976:

Weniger 30 000 DM: Berücksichtigung der Ausgabeentwicklung der Vorjahre; Einschränkungen als Folge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Zu 515 21
Beschaffung und Unterhaltung insbesondere von Funksprechgeräten, Waffen und Schutzmasken.

Zu 516 01	1977	1978
	DM	DM
1. Erstaussstattungen sowie Beschaffung, Instandsetzung und Ergänzung staatseigener Ausrüstungsgegenstände	180 600	156 000
2. Dienstkleidungszuschüsse für		
a) Bedienstete, deren Erstaussattung noch nicht übereignet ist, nach Jahresätzen von 126 DM für männliche (1977 rd. 195, 1978 rd. 220) und 96 DM für weibliche (1977 rd. 16, 1978 rd. 20) Bedienstete	26 100	29 600
b) männliche (1977 rd. 2635, 1978 rd. 2715) und weibliche (1977 rd. 155, 1978 rd. 160) Kräfte nach einem Jahressatz von 252 bzw. 189 DM	693 300	714 400
Zusammen	900 000	900 000

1977 gegenüber 1976:

Mehr 68 000 DM: Personalmehrung; Erhöhung der Preise für Erstaussstattungen.

Zu 517 01	1977	1978
	DM	DM
1. Heizung	5 080 000	5 380 000
2. Beleuchtung und elektrische Kraft, Heizung durch Gas und Elektrizität	2 390 000	2 400 000
3. Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	2 440 000	2 580 000
4. Steuern und Abgaben	260 000	300 000
5. Geräte	125 000	175 000
6. Sonstige Hausbewirtschaftungskosten	105 000	165 000
Zusammen	10 400 000	11 000 000

1977 gegenüber 1976:

Mehr 1 600 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 600 000 DM: Zunahme der Hausbewirtschaftungskosten, insbesondere auf Grund der Preisentwicklungen auf dem Energiesektor, der Gebühren- und Abgabenerhöhungen durch die Gemeinden und im Zusammenhang mit der Fertigstellung neuer Gebäude.

Zu 519 01	1977	1978
	DM	DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	4 590 000	4 770 000
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	4 000	4 000
3. Ersatz und Ergänzung des Zubehörs zu Grundstücken und baulichen Anlagen ..	106 000	126 000
Zusammen	4 700 000	4 900 000

1977 gegenüber 1976:

Mehr 200 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 200 000 DM: Berücksichtigung von Preiserhöhungen, Durchführung unabweisbarer Sanierungen und Instandsetzungsmaßnahmen und dringender denkmalpflegerischer Arbeiten, besonders an den kunsthistorisch wertvollen, ehemaligen Klosterbauten.

Justizvollzugsanstalten

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
					TSD.DM
					6
522 01	056	VERPFLEGUNG DES PERSONALS DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHOEHT SICH UM 80 % DER MEHREINNAHME BEI 125 02.	510,0	550,0	A 420,0 B 444,1 C 387,2
522 02	056	BESCHAFFUNG VON MUNITION	5,0	5,0	A 10,0 B 4,8 C 3,9
525 01	056	AUS- UND FORTBILDUNG, UMSCHULUNG ZU 525 01 UND 525 02: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG	200,0	210,0	A 200,0 B 140,8 C 170,7
525 02	056	AUSBILDUNG AN WAFFEN UND IN WAFFENLOSER KAMPFFUEHRUNG VGL. VERMERK ZU 525 01.	20,0	20,0	A 20,0 B 9,3 C 13,8
527 01	056	REISEKOSTENVERGUEETUNGEN FUER INLANDSDIENSTREISEN	80,0	82,0	A 62,0 B 55,6 C 74,2
533 01	056	KOSTEN DER GEFANGENENBEFOERDERUNG UND VORFUEHRUNGSKOSTEN (EINSCHL. REISEKOSTEN)	75,0	80,0	A 55,0 B 70,3 C 49,7
546 69	056	VERMISCHTE VERWALTUNGS-AUSGABEN	20,0	20,0	A 25,0 B 18,7 C 15,8
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN			
643 01	056	VOLLZUG VON MASSREGELN DER BESSERUNG UND SICHERUNG IN ANSTALTEN ANDERER VERWALTUNGEN	23.000,0	25.000,0	A 16.000,0 B 17.002,5 C 10.208,6
681 01	056	ENTSCHAEDIGUNGEN AN GEFANGENE UND DEREN ANGEGHOERIGE INFOLGE EINES WAEHREND DER HAFT ERLITTENEN UNFALLS	0,5	0,5	A 0,5
681 02	056	GEFANGENEN- UND ENTLASSENENFUERSORGE	750,0	800,0	A 750,0 B 594,1 C 596,3
681 03	056	STUDIENBEIHILFEN FUER BEWERBER FUER DEN AERZTLICHEN DIENST IN DEN JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN	30,0	53,0	A
681 11	056	BEITRAEGE FUER DIE GEFANGENEN ZUR BUNDESANSTALT FUER ARBEIT GEM. § 195, § 198 ABS. 3 STVOLLZG EINBEHALTENE BETRAEGE SIND DURCH ABSETZEN VON DER AUSGABE BEI 681 11 ZU VEREINNAHMEN.	4.050,0	4.250,0	A

Erläuterungen

Zu 522 01

Vgl. Tit. 125 02.

1977 gegenüber 1976:

Mehr 90 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 40 000 DM: Personalmehrung; Zunahme der an der Gemeinschaftsverpflegung teilnehmenden Bediensteten.

	1977	1978
	DM	DM
Zu 525 01		
1. Lehrgang für Führungskräfte	5 000	5 000
2. Einführungslehrgang für Angehörige der besonderen Fachrichtungen	10 000	11 000
3. Lehrgang über Behandlungsvollzug ...	10 000	10 000
4. Fachtagungen für Anstaltsvorstände, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Psychologen und Fürsorger	25 000	27 000
5. Lehrgänge für Menschenführung	15 000	17 000
6. Aufbaulehrgang für Menschenführung	8 000	8 000
7. Teilnahme von Wirtschaftsverwaltungsbeamten an Fortbildungslehrgängen ..	8 000	8 000
8. Teilnahme von Arbeitsverwaltungsbeamten an technischen und betriebswirtschaftlichen Fortbildungslehrgängen ..	10 000	11 000
9. Entschädigungen für Teilnahme an Lehrgängen der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie	1 000	1 000
10. Fortbildungsseminare für Funktionsbeamte	15 000	15 000
11. Teilnahme von Aufsichtsbeamten an Sportlehrgängen	10 000	10 000
12. Teilnahme von Sanitäts- und Küchenbeamten an Aus- und Fortbildungslehrgängen	10 000	10 000
13. Teilnahme von Aufsichtsdienstleitern und Werkdienstleitern an Aus- und Fortbildungslehrgängen	22 000	22 000
14. Fortbildungslehrgang für Bedienstete im Jugendstrafvollzug	4 000	4 000
15. Schulungsseminar für Bedienstete der sozialtherapeutischen Forschungs- und Erprobungsanstalt Erlangen	4 000	4 000
16. Fahrkosten der Anwärter zum Unterricht und zu Ausbildungslehrgängen ..	30 000	32 000
17. Lehr- und Lernmittel	8 000	9 000
18. Unterrichtsmaterial für die Vollzugsschule und Vergütungen für Lehrpersonen	5 000	6 000
Zusammen	200 000	210 000

1978 gegenüber 1977:

Mehr 10 000 DM: Personalmehrung; Erhöhung der Kosten.

Zu 527 01

1977 gegenüber 1976:

Mehr 18 000 DM: Personalmehrung; Zunahme der Dienstreisen aus Anlaß der Vorbereitung und Durchführung organisatorischer Veränderungen (Strafvollzugsgesetz).

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen 3 (0)

Zu 533 01 (bisher 532 01)

Es handelt sich hauptsächlich um Auslagen für Einzeltransporte von Gefangenen zur Aufnahme in öffentliche Krankenhäuser, in das Tbc-Krankenhaus der Justizvollzugsanstalten St. Georgen-Bayreuth, in die psychiatrische Abteilung der Justizvollzugsanstalt Straubing und in das Zentralkrankenhaus der Justizvollzugsanstalten München.

1977 gegenüber 1976:

Mehr 20 000 DM: Erhöhung der Treibstoffpreise; erhebliche Tarifierhöhungen für Krankentransporte (z. B. Rotes Kreuz rd. 20 v. H.).

Zu 546 69

DM

1. Unfallrenten und Entschädigungen	1 000
2. Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern	9 000
3. Verlustentschädigungen	1 000
4. Auslagen für Vorstellungsreisen	4 000
5. Sonstige vermischte Ausgaben	1 000
6. Infektionszulage für Beamte	4 000

Zusammen 20 000

Davon können bis zu 5 000 DM für Billigkeitsleistungen verwendet werden.

1977 gegenüber 1976:

Weniger 5 000 DM: Berücksichtigung der Ausgabeentwicklung der Vorjahre.

Zu 643 01

Nach dem Bayerischen Ausführungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz trägt die Kosten der Unterbringung der durch strafgerichtliche Entscheidung in Anstalten anderer Verwaltungen eingewiesenen Personen der Staat. Bei einer durchschnittlichen Zahl von 850 untergebrachten Personen und Unterbringungskosten von durchschnittlich 75/81 DM pro Tag ergibt sich ein Bedarf von 23 000 000/25 000 000 DM.

Zu 681 01

Entschädigungen für Unfälle, die keine Arbeitsunfälle im Sinn des 3. Buches der Reichsversicherungsordnung sind.

Zu 681 02

Die Mittel dienen zur Unterstützung der Gefangenen bei ihrer Entlassung. Aus den Mitteln kann bei besonderer Bedürftigkeit auch Entlassungskleidung beschafft werden.

1978 gegenüber 1977:

Mehr 50 000 DM: Die Erhöhung der Ansätze ist notwendig
a) zur Angleichung an die Preisentwicklung,
b) um den Entlassenen bessere Startmöglichkeiten nach Verbüßung der Strafe zu schaffen.

Von den Mitteln sind bis zu 1 200 DM zur Betreuung von Flüchtlingen, Staatenlosen und Emigranten durch das Internationale Koordinationszentrum für Rechtsbeistand in Genf vorgesehen.

Zu 681 03

In Anlehnung an die Regelung im Bereich des Staatsministeriums des Innern sollen jährlich drei Medizinstudenten, die sich für den ärztlichen Dienst in den Justizvollzugsanstalten auf längere Dauer verpflichten, mit Ausbildungsdarlehen gefördert werden.

Zu 681 11

Beiträge für die Gefangenen zur Bundesanstalt für Arbeit (§ 194 Strafvollzugsgesetz — StVollzG —). Die Ansätze entsprechen dem voraussichtlichen finanziellen Aufwand.

Justizvollzugsanstalten

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975	C IST 1974
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
685 02	056	FORSCHUNGSAUFGABEN IM BEREICH DES STRAFVOLLZUGS	9,5	9,5	A	8,0
					B	2,8
					C	0,3
		BAUMASSNAHMEN				
701 01	056	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN	1.400,0	2.250,0	A	1.800,0
					B	1.226,8
					C	1.477,5
710 00	056	HOCHBAUMASSNAHMEN FUER JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN (SIEHE ANLAGE S) KREDITFINANZIERT. VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1977 DM 13.200.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 12.300.000	13.987,0	18.093,5	A	15.000,0
					B	9.219,5
					C	11.629,7
		SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN				
811 01	056	ERWERB VON DIENSTFAHRZEUGEN	80,0	105,0	A	85,0
					B	53,2
					C	53,1
812 01	056	ERWERB VON GERAETEN, AUSSTATTUNGS- UND AUS- RUESTUNGSGEGENSTAENDEN	98,0	71,0	A	80,0
					B	78,0
					C	202,6
812 04	056	TEILNEUAUSSTATTUNG DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN AUGSBURG	-	***	A	35,0
					C	30,9
812 06	056	ERSTAUSSTATTUNG DES NEUERRICHTETEN ARBEITSBE- TRIEBSGEBAEUDES DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT BERNAU	150,0	77,0	A	-
					B	22,8
812 12	056	ERSTAUSSTATTUNG DES NEUERRICHTETEN VERSORGUNGS- ZENTRUMS DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT EBRACH	90,0	-	A	120,0
					B	126,4
812 13	056	NEUAUSSTATTUNG DES VERLEGTEN SPEISE- UND AUFENT- HALTSRAUMES UND DER NEUEN AUFNAHME- UND BEKLEI- DUNGSSTATION DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT KAISHEIM	19,0	-	A	45,0
					B	19,9
812 15	056	ERWERB VON VERWALTUNGSEIGENEN FERNMELDEANLAGEN, SOWEIT DIE AUSGABEN NICHT ZU DEN BAUKOSTEN GEOEREN	220,0	320,0	A	200,0
					B	62,7
					C	86,7
812 16	056	TEILNEUAUSSTATTUNG DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT STRAUBING	12,0	-	A	33,0
					B	22,4
812 24	056	TEILNEUAUSSTATTUNG DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN NUERNBERG	8,0	-	A	53,0

Erläuterungen

Zu 701 01

1977	DM
1. Justizvollzugsanstalt Amberg; Umbau und Renovierung der Dienstwohnungen Schmelcherstraße 3 und 5	120 000
2. Justizvollzugsanstalt Amberg; Umbau und Modernisierung des Dienstwohnge- bäudes Wingershoferstraße 32	150 000
3. Justizvollzugsanstalten St. Georgen-Bayreuth; Umbau und Modernisierung des Erdgeschosses der Krankenabteilung	250 000
4. Justizvollzugsanstalten St. Georgen-Bayreuth; Umbau des Erdgeschosses des Verwaltungsge- bäudes der Anstalt I und Befestigung der Ein- fahrt zur Anstalt I	85 000
5. Justizvollzugsanstalt Bernau; Modernisierungsmaßnahmen im Haus 2 der An- stalt I sowie Errichtung von vier Dienstgaragen	125 000
6. Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech; Ausbau des Weges zur Kraftfahrzeugwerkstätte	105 000
7. Justizvollzugsanstalten München; Ausbau von Warteräumen, Verbesserung der Lichtverhältnisse in den Wartezellen, Abbruch von Trennwänden	55 000
8. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Umbau eines Raumes im Altbau zu Gefangenen- unterkünften	55 000
9. Justizvollzugsanstalt Straubing; Umbaumaßnahmen in den Zellen der Außen- unterkunft	145 000
10. Justizvollzugsanstalt Weilheim; Umbaumaßnahmen zur Gewinnung eines Auf- nahmezimmers, eines Speise- und Aufenthalts- raumes und eines Sport- und Freizeitraumes so- wie Instandsetzungsmaßnahmen	80 000
11. Baumaßnahmen mit Kosten bis zu 50 000 DM im Einzelfall	230 000
Zusammen	1 400 000

1978	DM
1. Justizvollzugsanstalt Amberg; Umbau und Modernisierung des Dienstwohnge- bäudes Trappstraße 9—11	250 000
2. Justizvollzugsanstalt Amberg; Heizungsumstellung im Nordtrakt (Hauptge- bäude)	200 000
3. Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg; Erweiterung der Verwaltungsabteilung	245 000
4. Justizvollzugsanstalten St. Georgen-Bayreuth; Umbau der ehemaligen Kirche der Anstalt II zu einer Freigängerstation	75 000
5. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Umbau der Erdgeschoßräume im Westflügel des Hauptgebäudes zu einer Bedienstetenküche mit Speisesaal und Besprechungsraum	220 000
6. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Befestigung der Wege und der Parkplätze	120 000
7. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Einbau von Kühlanlagen	55 000
8. Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech; Errichtung eines Freigängerhauses mit 20 Plätzen	250 000
9. Justizvollzugsanstalten München; Errichtung eines Verbindungsganges zwischen Ost- und Westbau	240 000
10. Justizvollzugsanstalten München; Einbau von Gasheizungen im Dienstwohnge- bäude Stadelheimer Straße 10	125 000
11. Justizvollzugsanstalten München; Einbau von Gasheizungen im Dienstwohnge- bäude Schwarzenbergstraße 4a und 4b	125 000
12. Baumaßnahmen mit Kosten bis zu 50 000 DM im Einzelfall	345 000
Zusammen	2 250 000

Zu 811 01

1977	DM
2. Ersatzbeschaffungen	
Es müssen ersetzt werden:	
1 Pkw, 53 PS, 4türlich, Baujahr 1969, Fahrleistung am 1. 4. 1976 50 000 km;	
1 Pkw (Kombi), 55 PS, 4türlich, Baujahr 1965, Fahrleistung am 1. 4. 1976 168 000 km;	
1 Pkw, 30 PS, 2türlich, Baujahr 1967, Fahrleistung am 1. 4. 1976 153 000 km;	
1 Pkw (Kombi), 47 PS, 3türlich, Baujahr 1967, Fahrleistung am 1. 4. 1976 105 000 km;	
1 Pkw (Kombi), 60 PS, Baujahr 1971, Fahrleistung am 1. 4. 1976 91 000 km.	
Als Ersatzbeschaffungen sind vorgesehen:	DM
1 Pkw (Kombi), bis zu 75 PS, 4türlich	18 000
3 Pkw (Kombi), bis zu 60 PS, 3türlich	48 000
1 Pkw, bis zu 55 PS, 4türlich	14 000
Zusammen	80 000

1978	DM
1. Erstbeschaffungen	
3 Pkw (Kombi), bis zu 50 PS, 3türlich	54 000
2. Ersatzbeschaffungen	
Es müssen ersetzt werden:	
1 Pkw, 47 PS, 2türlich, Baujahr 1965, voraussicht- liche Fahrleistung am 1. 4. 1977 128 000 km;	
1 Pkw (Kombi), 60 PS, 4türlich, Baujahr 1971, voraussichtliche Fahrleistung am 1. 4. 1977 110 000 km;	
1 Pkw (Kombi), 60 PS, 4türlich, Baujahr 1973, voraussichtliche Fahrleistung am 1. 4. 1977 130 000 km.	
Als Ersatzbeschaffungen sind vorgesehen:	DM
1 Pkw, bis zu 55 PS, 4türlich	15 000
1 Pkw (Kombi), bis zu 60 PS, 4türlich	18 000
1 Pkw (Kombi), bis zu 60 PS, 4türlich	18 000
Zusammen	51 000
Zusammen	105 000

Zu 812 01

1977	DM
2 Fernsehüberwachungsanlagen	50 000
1 Waschmaschinenanlage	40 000
1 Erkennungsdienst-Fotoausstattung	8 000
Zusammen	98 000

1978	DM
2 Fernsehüberwachungsanlagen	50 000
1 Rasenmäher mit Zusatzgeräten	5 000
2 Panzerschränke	16 000
Zusammen	71 000

Zu 812 04

	DM
Kosten der Maßnahme	110 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	110 000
Die Maßnahme ist abgeschlossen.	

Zu 812 06

	DM
Kosten der Maßnahme	250 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	23 000
Haushaltsbetrag 1977	150 000
Haushaltsbetrag 1978	77 000
Vorbehalten bleiben	—

Zu 812 12

	DM
Kosten der Maßnahme	320 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	230 000
Haushaltsbetrag 1977	90 000
Haushaltsbetrag 1978	—
Vorbehalten bleiben	—

Zu 812 13 bis 812 24

Siehe nächste Erläuterungsseite.

Justizvollzugsanstalten

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
					TSD.DM
					6
812 25	056	TEILNEUAUSSTATTUNG DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT BERNAU A. CHIEMSEE	225,0	200,0	A 100,0 B 65,4
812 26	056	TEILNEUAUSSTATTUNG DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT LANDSHUT	20,0	-	A -
812 27	056	TEILNEUAUSSTATTUNG DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT EBRACH	80,0	-	A 130,0 B 59,9
812 29	056	TEILNEUAUSSTATTUNG DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT NIEDERSCHOENENFELD	-	200,0	A -
812 31	056	BESCHAFFUNG EINER LAUTSPRECHERRUFANLAGE UND EINER VERSTAERKERANLAGE FUER DIE JUSTIZVOLLZUGSANSTALT STRAUBING	45,0	-	A -
812 32	056	ERSTAUSSTATTUNG VON NEU AUSGEBAUTEN DIENSTRAEUMEN UND TEILNEUAUSSTATTUNG VON DIENSTRAEUMEN IN DER ANSTALT II DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN AUGSBURG	30,0	-	A -
812 33	056	TEILNEUAUSSTATTUNG DES UMGEBAUTEN TORGEBAEUDES DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT LANDSBERG A. LECH	15,0	-	A -
812 34	056	NEUAUSSTATTUNG DES A-FLUEGELS IM HAUS I DER JU- STIZVOLLZUGSANSTALT STRAUBING	-	75,0	A -
812 35	056	ERSTAUSSTATTUNG DES NEUERRICHTETEN ZELLEN- UND AR- BEITSGEBAEUES DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT MUENCHEN- STADELHEIM	-	100,0	A -
812 36	056	ERSTAUSSTATTUNG DES NEUERRICHTETEN VERSORGUNGSZEN- TRUMS DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN NUERNBERG VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1978 DM 300.000	-	-	A -
812 37	056	ERSTAUSSTATTUNG DER NEUERRICHTETEN UND NEUAUSSTAT- TUNG DER UMGEBAUTEN ANSTALTSGBAEUDE DER JUSTIZ- VOLLZUGSANSTALT LAUFEN-LEBENAU VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1977 DM 100.000	100,0	300,0	A -
812 38	056	ERSTAUSSTATTUNG DER NEUERRICHTETEN VOLLZUGSSCHULE BEI DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT STRAUBING	-	300,0	A -

Erläuterungen

Zu 812 13	DM	Zu 812 31	
Kosten der Maßnahme	115 000	1977	DM
Bis einschließlich 1976 bewilligt	96 000	Kosten der Maßnahme	45 000
Haushaltsbetrag 1977	19 000	Bei den baulichen Gegebenheiten der Justizvollzugsanstalt Straubing ist eine Lautsprecherruf- und eine Verstärkeranlage notwendig.	
Haushaltsbetrag 1978	—		
Vorbehalten bleiben	—	Zu 812 32	
	1977	1977	DM
Zu 812 15	DM	Kosten der Maßnahme	30 000
1. Kleinere Maßnahmen, insbesondere Erneuerung veralteter, Erweiterung unzureichender oder Ankauf angemieteter Fernsprechanlagen	20 000	Die für Zwecke der Verwaltung umgebauten Räume ehemaliger Dienstwohnungen müssen mit Geschäftszimmereinrichtungen ausgestattet werden. Ferner ist die Neuausstattung der Torwache sowie einzelner Diensträume der Anstalt II notwendig.	
2. Erneuerung der Fernsprechanlage der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech	200 000	—	
3. Erneuerung der Fernsprechanlage der Justizvollzugsanstalt Kaisheim	—	170 000	
4. Erneuerung der Fernsprechanlage der Außenstelle Rothenfeld der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech	—	130 000	
Zusammen	220 000	320 000	
Zu 812 16	DM	Zu 812 33	
Kosten der Maßnahme	63 000	1977	DM
Bis einschließlich 1976 bewilligt	51 000	Kosten der Maßnahme	15 000
Haushaltsbetrag 1977	12 000	Das aus Sicherheitsgründen umgebaute Torgebäude der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech muß teilweise neu ausgestattet werden.	
Haushaltsbetrag 1978	—		
Vorbehalten bleiben	—	Zu 812 34	
Zu 812 24	DM	1978	DM
Kosten der Maßnahme	53 000	Kosten der Maßnahme	75 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	45 000	Die Zellenflügel der Justizvollzugsanstalt Straubing müssen instandgesetzt, modernisiert und neu ausgestattet werden. Mit dem veranschlagten Betrag soll der A-Flügel des Hauses I nach baulicher Sanierung neu ausgestattet werden (vgl. 04 05/720 16).	
Haushaltsbetrag 1977	8 000		
Haushaltsbetrag 1978	—	Zu 812 35	DM
Vorbehalten bleiben	—	Kosten der Maßnahme	275 000
Zu 812 25	DM	Haushaltsbetrag 1977	—
Kosten der Maßnahme	645 000	Haushaltsbetrag 1978	100 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	220 000	Vorbehalten bleiben	175 000
Haushaltsbetrag 1977	225 000	Das weitere Zellen- und Arbeitsgebäude der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim muß neu ausgestattet werden (vgl. 04 05/710 13).	
Haushaltsbetrag 1978	200 000		
Vorbehalten bleiben	—	Zu 812 36	DM
Zu 812 26	DM	Kosten der Maßnahme	620 000
Kosten der Maßnahme	20 000	Haushaltsbetrag 1977	—
Bis einschließlich 1976 bewilligt	—	Haushaltsbetrag 1978	—
Haushaltsbetrag 1977	20 000	Vorbehalten bleiben	620 000
Haushaltsbetrag 1978	—	Das neuerrichtete Versorgungszentrum der Justizvollzugsanstalten Nürnberg ist neu einzurichten. Die bisherigen Einrichtungsgegenstände und Geräte sind unzureichend und verbraucht (vgl. 04 05/730 03).	
Vorbehalten bleiben	—		
Zu 812 27	DM	Zu 812 37	DM
Kosten der Maßnahme	250 000	Kosten der Maßnahme	640 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	170 000	Haushaltsbetrag 1977	100 000
Haushaltsbetrag 1977	80 000	Haushaltsbetrag 1978	300 000
Haushaltsbetrag 1978	—	Vorbehalten bleiben	240 000
Vorbehalten bleiben	—	Die in einem Gesamtausbau erweiterte und umgestaltete Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau muß neu ausgestattet werden. Die vorhandenen Einrichtungsgegenstände und Geräte sind abgewirtschaftet (vgl. 04 05/711 22).	
Zu 812 29	DM	Zu 812 38	DM
Kosten der Maßnahme	900 000	Kosten der Maßnahme	1 000 000
Bis einschließlich 1976 bewilligt	—	Haushaltsbetrag 1977	—
Haushaltsbetrag 1977	—	Haushaltsbetrag 1978	300 000
Haushaltsbetrag 1978	200 000	Vorbehalten bleiben	700 000
Vorbehalten bleiben	700 000	Die neuerrichtete Vollzugsschule bei der Justizvollzugsanstalt Straubing ist auszustatten. Verwendbares Mobiliar ist nicht vorhanden (vgl. 04 05/720 15).	
Im Zuge der Hochbaumaßnahme 04 05/725 10 wird ein Werkstättegebäude in Niederschönenfeld errichtet, das Lehrwerkstätten für die Bereiche Metall und Elektro sowie Schlossereien, eine Spenglerei und eine Kraftfahrzeugwerkstätte aufnehmen soll. Das Werkstättegebäude muß größtenteils mit neuen, modernen Maschinen und Werkzeugen ausgestattet werden.			
Die Kosten der Maßnahme haben sich nach Neuberechnung unter Zugrundelegung der nunmehrigen Planung von 160 000 DM um 740 000 DM auf 900 000 DM erhöht.			

Justizvollzugsanstalten

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
			TSD.DM		
883 01	056	ZUSCHUSS AN DIE GEMEINDE BERNAU ZUR FINANZIERUNG DES ANSCHLUSSES DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT BERNAU AN DIE GEMEINDLICHE WASSERVERSORGUNG	-	-	A -
TITELGRUPPEN					
71 GEFANGENENPFLEGE TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG.					
427 71	056	NEBENAMTLICHE VERGUETUNGEN	500,0	600,0	A 450,0 B 451,9 C 460,4
459 71	056	ENTSCHAEDIGUNGEN AN AUFSICHTSKRAEFTE	20,0	20,0	A 20,0 B 12,1 C 15,2
512 71	056	BUECHER UND ZEITSCHRIFTEN	55,0	55,0	A 48,0 B 56,4 C 66,9
515 71	056	GERAETE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRUESTUNGSGEGENSTAE- NDE	2.800,0	2.940,0	A 2.700,0 B 2.615,4 C 2.525,2
522 71	056	LEBENSMITTEL, ANDERE VERBRAUCHSMITTEL UND KLEINGE- RAETE EINSCHL. DER FUER AERZTLICHE UND ZAHNAERZT- LICHE VERSORGUNG	11.300,0	12.000,0	A 10.800,0 B 9.675,3 C 8.616,6
526 71	056	KOSTEN FUER SACHVERSTAENDIGE UND BEIRATSMITGLIEDER	20,0	20,0	A 10,0 B 15,0 C 4,7
531 71	056	SONSTIGER SACHAUFWAND	400,0	400,0	A 460,0 B 121,1 C 168,1
538 71	056	AERZTLICHE UND ZAHNAERZTLICHE VERSORGUNG DER GE- FANGENEN	1.300,0	1.500,0	A 1.100,0 B 1.195,8 C 844,6
671 71	056	ERSTATTUNGEN AN SONSTIGE IM INLAND	48,2	50,6	A
812 71	056	ERWERB VON GERAETEN, AUSSTATTUNGS- UND AUS- RUESTUNGSGEGENSTAEENDEN	177,0	196,0	A 130,0 B 114,0 C 65,5
SUMME DER TITELGRUPPE			16.620,2	17.781,6	A 15.718,0 B 14.257,0 C 12.767,2
72 ARBEITSBETRIEBSKOSTEN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT AUSNAHME VON 701 72, 681 72.					
426 72	056	LOEHNE DER BETRIEBSARBEITER	130,0	137,0	A 150,0 B 99,3 C 111,6

Erläuterungen

Zu 883 01

Die Justizvollzugsanstalt Bernau soll zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung an die gemeindeeigene Wasserversorgungsanlage angeschlossen werden.

Zu 427 71

Vergütungen nicht hauptamtlich beschäftigter Ärzte, Geistlicher, Lehrkräfte, Organisten und sonstiger Personen.

1977 gegenüber 1976:

Mehr 50 000 DM: Erhöhung der seit längerer Zeit unveränderten Vergütungen.

1978 gegenüber 1977:

Mehr 100 000 DM: Vermehrte Inanspruchnahme nicht hauptamtlich beschäftigter Personen nach Inkrafttreten des neuen Strafvollzugsgesetzes.

Zu 459 71

Entschädigungen der Justizbeamten bei Gerichten für die Beaufsichtigung von Jugendlichen und Heranwachsenden beim Vollzug von Freizeitarrest und Kurzarrest bis zu 2 Tagen und für die Verpflegung dieser Arrestanten auf eigene Rechnung.

Zu 512 71

Beschaffung von Büchern und Zeitschriften für die Gefangenenbüchereien.

1977 gegenüber 1976:

Mehr 7 000 DM: Verbesserung der Ausstattung der Büchereien im Hinblick auf das Strafvollzugsgesetz; Preisanstieg für Druckerzeugnisse; Deckung des Nachholbedarfs.

Zu 515 71

Beschaffung und Unterhaltung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Zellen, Gemeinschafts- und Mehrzweckräume für Gefangene, Küchen und Speiseräume; ferner Beschaffung und Unterhaltung von Bettzeug, Wäsche und Kleidung.

1977 gegenüber 1976:

Mehr 100 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 140 000 DM: Vergrößerung der Kammerbestände (Strafvollzugsgesetz, Entwicklung der Gefangenenzahlen); Preissteigerungen; Deckung des Nachholbedarfs.

Zu 522 71

	1977	1978
	DM	DM
a) Verpflegung von durchschnittlich 9215 (1977)/9235 (1978) Gefangenen von täglich 3,25 DM (1977)/3,45 DM (1978)	10 931 000	11 629 000
b) Ausgaben für andere Verbrauchsmittel und Kleingeräte für die Verpflegung; die Reinigung und Instandhaltung von Bettzeug, Wäsche und Kleidung; die Körperpflege, Freizeitgestaltung und die ärztliche und zahnärztliche Versorgung	369 000	371 000
Zusammen	11 300 000	12 000 000

1977 gegenüber 1976:

Mehr 500 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 700 000 DM: Anstieg der allgemeinen Lebenshaltungskosten; Zunahme der Gefangenenzahlen.

Zu 526 71

Entschädigungen für Forschungsaufgaben im Rahmen der Sozialtherapie; Ausgaben für Gutachten in anderen Angelegenheiten; Entschädigungen für Beiratsmitglieder.

1977 gegenüber 1976:

Mehr 10 000 DM: Bestellung weiterer Beiratsmitglieder bei den selbständigen Justizvollzugsanstalten; Erhöhung der Entschädigungen.

Zu 531 71

Sonstiger Sachaufwand für die Unterbringung und Versorgung der Gefangenen. Mitveranschlagt sind die durch die Justizvollzugsanstalten zu entrichtenden Rundfunkgebühren.

1977 gegenüber 1976:

Weniger 60 000 DM: Die Minderausgabe ist darauf zurückzuführen, daß 1976 auch Nachzahlungen von Rundfunkgebühren für das Jahr 1975 zu leisten waren.

Aus den Mitteln können auch Kosten und Beiträge für die Ausstellung von Kunstwerken Strafgefangener und Ausgaben für die Fernunterrichtung von Gefangenen geleistet werden.

Zu 538 71

Aufwendungen für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung und für die Unterbringung in Krankenanstalten.

1977 gegenüber 1976:

Mehr 200 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 200 000 DM: Erheblicher Kostenanstieg für ärztliche und zahnärztliche Leistungen und für die Unterbringung in Krankenanstalten. Die Ausgabeentwicklung steht darüber hinaus im unmittelbaren Zusammenhang mit den Gefangenenzahlen.

Zu 671 71

Erstattung der Vergütung für einen Diakon, den die Evang.-Luth. Kirche in Bayern für den seelsorgerlichen Dienst im Strafvollzug zur Verfügung stellt.

Zu 812 71

Aus den Mitteln werden bewegliche Sachen für die schulische Aus- und Fortbildung sowie Geräte für die Versorgung der Gefangenen beschafft.

1977	DM
1 Ausstattung Küchengeräte (Elektroherd, Kippbratpfannengruppe, Elektrobratgerät)	58 000
1 Ultraschall-Therapiegerät	8 000
1 Röntgen-Belichtungsautomat	12 000
1 Odelka-Röntgen-Kleinbildgerät	70 000
1 Rektoskopie-Cystoskopiebesteck mit Haltlichtfontäne	8 000
1 Spaltlampe mit Zubehör	8 000
2 Cellcounter	13 000
Zusammen	177 000
1978	DM
1 Fernsehverstärker mit Fernsehkamera für eine Röntgenanlage	175 000
1 Narkosegerät Dräger-Tiberius 19	21 000
Zusammen	196 000

Justizvollzugsanstalten

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975
1	2	3	4	5	C IST 1974
					TSD.DM
427 72 -----	056	AUFWENDUNGEN FUER NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TAEKTIGE IM RAHMEN DER ARBEITSVERWALTUNG	50,0	50,0	A
514 72	056	HALTUNG DER FAHRZEUGE	380,0	400,0	A 300,0 B 321,8
515 72	056	GERAETE, AUSSTATTUNGS- UND AUSRUESTUNGSGEGENSTAE- NDE	1.300,0	1.300,0	A 1.300,0 B 865,7 C 1.236,5
522 72	056	ROH- UND BETRIEBSSTOFFE	4.500,0	4.700,0	A 4.200,0 B 3.961,1 C 3.686,5
526 72	056	FORSCHUNGAUFTRAEGE ZUR NEUORGANISATION DES ARBEITSWESENS	20,0	20,0	A 30,0
531 72	056	BERUFSBILDUNG DER GEFANGENEN IM RAHMEN DER ARBEITSVERWALTUNG	310,0	320,0	A 310,0 B 184,2 C 69,2
547 72	056	NICHT AUFTEILBARER SACHAUFWAND	1.100,0	1.200,0	A 1.000,0 B 933,5 C 1.143,7
671 72	056	ERSTATTUNGEN AN UNTERNEHMER	1,0	1,0	A 1,0
681 72	056	ARBEITSENTGELT, AUSBILDUNGSBEIHLFE UND TASCHEN- GELD FUER GEFANGENE VGL. VERMERK ZU 681 11	8.000,0	8.400,0	A 5.100,0 B 4.482,5 C 3.684,5
701 72	056	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN IM BEREICH DER ARBEITSVERWALTUNG DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	1.600,0	1.600,0	A 600,0 B 456,8 C 468,7
811 72	056	ERWERB VON KRAFTFAHRZEUGEN	300,0	320,0	A 250,0 B 297,6 C 328,9
812 72	056	ERWERB VON GERAETEN, AUSSTATTUNGS- UND AUS- RUESTUNGSGEGENSTAEENDEN	900,0	1.000,0	A 800,0 B 268,7 C 604,0
SUMME DER TITELGRUPPE			18.591,0	19.448,0	A 14.041,0 B 11.871,2 C 11.333,6
GESAMTAUSGABEN			194.722,7	210.263,6	A 170.300,5 B 154.114,1 C 138.110,8

Erläuterungen

Zu 427 72

Wegen der Schwierigkeiten bei der Gewinnung von hauptamtlichen Lehrkräften für berufliche Bildungsmaßnahmen im Rahmen der Arbeitsverwaltung müssen zunehmend nebenamtlich und nebenberuflich tätige Personen für Lehrtätigkeit herangezogen werden.

Zu 514 72

Zur Abgrenzung der Kosten der Fahrzeughaltung (vgl. 811 72).

1977 gegenüber 1976:

Mehr 80 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 20 000 DM: Verteuerung der Kraftfahrzeughaltung; Vergrößerung des Fuhrparks.

Zu 522 72

1977 gegenüber 1976:

Mehr 300 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 200 000 DM: Ausweitung der Produktion; Preisanstieg für Roh- und Betriebsstoffe.

Zu 526 72

Forschungsaufträge für Analysen der organisatorischen Struktur und des Arbeitsablaufs in allen Bereichen des Arbeitswesens; Untersuchungen über die Rationalisierung der Fertigungsplanung und der Buchwerkführung.

Zu 531 72

1978 gegenüber 1977:

Mehr 10 000 DM: Intensivierung der Aus- und Fortbildung.

Zu 547 72

Aus diesen Mitteln können auch Anteile an landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Vereinigungen erworben werden. Außerdem können daraus anteilige Kosten für Milchsammelstellen bestritten werden.

1977 gegenüber 1976:

Mehr 100 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 100 000 DM: Erhöhte Aufwendungen durch Produktionsausweitung.

Zu 681 72

Ausgaben für
— Arbeitsentgelt (§§ 43, 200 des Strafvollzugsgesetzes — StVollzG —),
— Ausbildungsbeihilfe (§ 44 StVollzG) und
— Taschengeld (§ 46, § 199 Abs. 2 Nr. 1 StVollzG).

Aus diesen Mitteln kann auch Übergangsgeld im Sinne des § 560 RVO im Auftrag der Staatlichen Ausführungsbehörde für Unfallversicherung gewährt werden.

1977 gegenüber 1976:

Mehr 2 900 000 DM,

1978 gegenüber 1977:

Mehr 400 000 DM: Zusätzliche Verbesserungen auf Grund des Strafvollzugsgesetzes.

Zu 701 72

Zur Abgrenzung der Baumaßnahmen der Arbeitsverwaltung von den übrigen Maßnahmen.

1977

DM

1. Justizvollzugsanstalten St. Georgen-Bayreuth; Umbau eines Schweinestalles, Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen in der Gärtnerei	76 000
2. Justizvollzugsanstalten St. Georgen-Bayreuth; Einbau eines Lasten- und Personenaufzugs in einem Betriebsgebäude	54 000
3. Justizvollzugsanstalt Bernau; Errichtung einer Halle für den Küchenbetrieb und den Elektrobetrieb	170 000
4. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Umbau des Dienstwohngebäudes Bergshaus zur Verwendung für Arbeitsbetriebe	250 000
5. Justizvollzugsanstalt Hof; Einbau eines Lastenaufzuges und Ausbau der Kellerräume im Arbeitsbau	64 000
6. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Einbau einer Mehlsiloanlage	51 000
7. Justizvollzugsanstalt Kronach; Errichtung einer Lagerhalle im Hofraum und Anschluß des darunterliegenden Lagerraumes an die Zentralheizung	165 000
8. Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech; Errichtung einer Halle für den Baubetrieb	85 000
9. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Errichtung einer Lagerhalle für einen Unternehmerbetrieb	250 000
10. Justizvollzugsanstalten Nürnberg; Ausbau eines Arbeitsraumes im Wirtschaftsgebäude der Außenstelle Lichtenau und Einbau eines Erdtanks in der dortigen Gärtnerei	65 000
11. Justizvollzugsanstalt Regensburg; Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes	250 000
12. Baumaßnahmen mit Kosten bis zu 50 000 DM im Einzelfall	120 000

Zusammen 1 600 000

1978

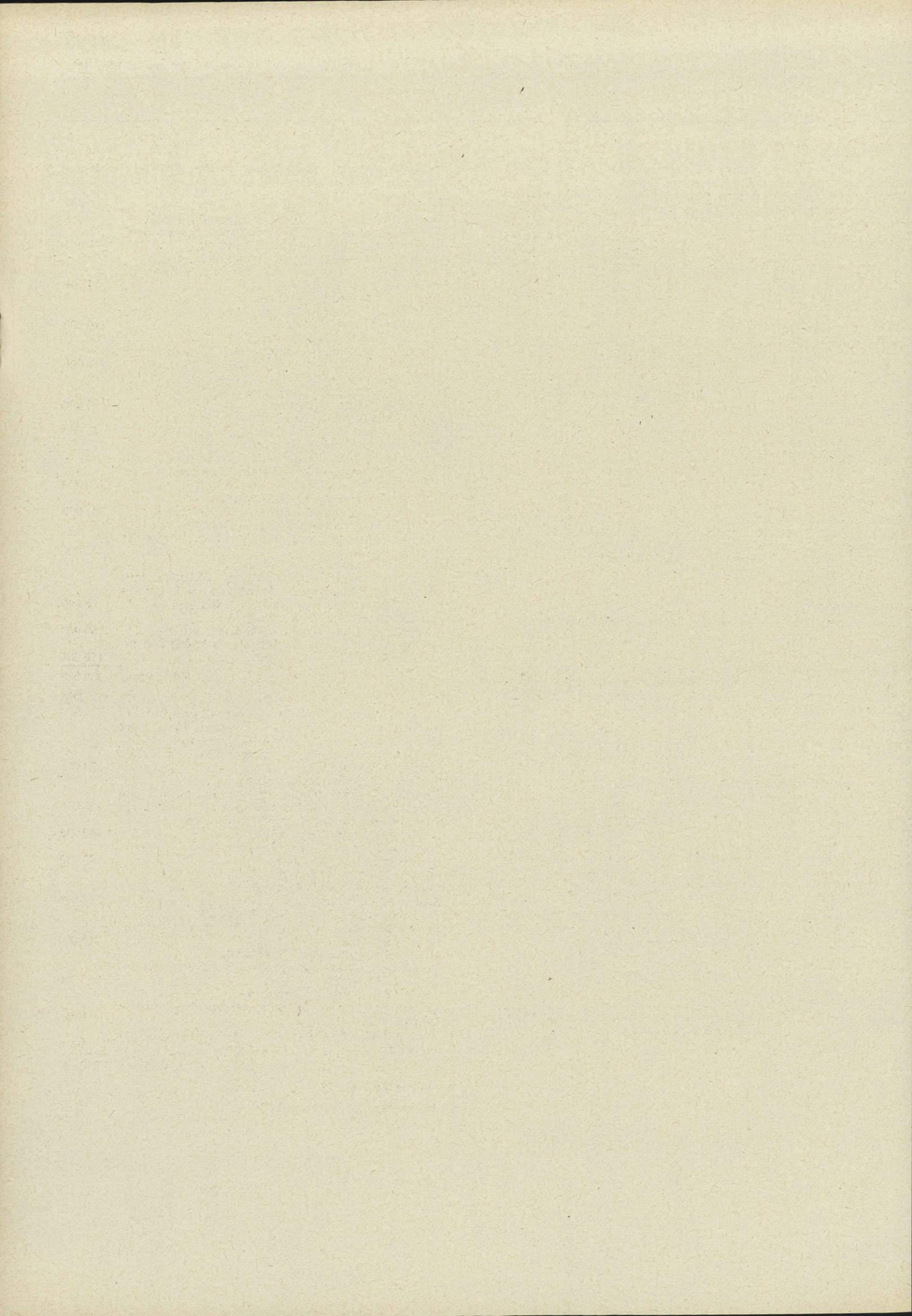
DM

1. Justizvollzugsanstalten St. Georgen-Bayreuth; Aufstockung des Schlossereigebäudes, Errichtung eines Treppenhauses sowie Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Westflügel des Betriebsgebäudes der Anstalt I	250 000
2. Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech; Errichtung einer Halle für landwirtschaftliche Maschinen im Gutshof Spötting	55 000
3. Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech; Errichtung einer Werkhalle	250 000
4. Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau; Errichtung einer Arbeitshalle	250 000
5. Justizvollzugsanstalten Nürnberg; Umbau und Instandsetzung der Räume des Schlossereibetriebs	80 000
6. Justizvollzugsanstalten Nürnberg; Errichtung eines Arbeitsgebäudes in der Außenstelle Lichtenau	250 000
7. Justizvollzugsanstalten Nürnberg; Errichtung eines Gewächshauses in der Außenstelle Lichtenau	200 000
8. Justizvollzugsanstalt Straubing; Umbau des Rinderstalles zu einem gewerblichen Betrieb	220 000
9. Baumaßnahmen mit Kosten bis zu 50 000 DM im Einzelfall	45 000

Zusammen 1 600 000

Zu 811 72 und 812 72

Siehe nächste Erläuterungsseite.



Erläuterungen

Zu 811 72

1977

2. Ersatzbeschaffungen

Es müssen ersetzt werden:

- 1 Viehtransportanhänger, Baujahr 1956;
- 1 Zugmaschine, 58 PS, Baujahr 1964;
- 1 Kastenwagen, 55 PS, 5türlich, Baujahr 1966, Fahrleistung am 1. 4. 1976 162 000 km;
- 1 Ladewagen, Baujahr 1959;
- 1 Zugmaschine, 32 PS, Baujahr 1956;
- 1 Zugmaschine, 90 PS, Baujahr 1968;
- 1 Zugmaschine, 34 PS, Baujahr 1962;
- 1 Anhänger, Baujahr 1951.

Als Ersatzbeschaffungen sind vorgesehen:	DM
1 Viehtransportanhänger	7 000
1 Zugmaschine, bis zu 75 PS	47 000
1 Kastenwagen, bis zu 85 PS, 4türlich	30 000
1 Ladewagen mit Tandemachse	18 000
3 Zugmaschinen, bis zu 90 PS	185 000
1 Dreiseitenkippanhänger	13 000
Zusammen	300 000

1978

2. Ersatzbeschaffungen

Es müssen ersetzt werden:

- 1 Lkw, 100 PS, 2türlich, Baujahr 1967, voraussichtliche Fahrleistung am 1. 4. 1977 160 000 km;
- 1 Pkw (Kombi), 47 PS, 3türlich, Baujahr 1971, voraussichtliche Fahrleistung am 1. 4. 1977 150 000 km;
- 1 Zugmaschine, 28 PS, Baujahr 1959;
- 1 Anhänger, Baujahr 1951;
- 1 Zugmaschine, 52 PS, Baujahr 1965;
- 1 Lkw, 110 PS, 2türlich, Baujahr 1968, voraussichtliche Fahrleistung am 1. 4. 1977 340 000 km;
- 1 Zugmaschine, 16 PS, Baujahr 1953;
- 1 Pkw (Kombi), 47 PS, 3türlich, Baujahr 1968, voraussichtliche Fahrleistung am 1. 4. 1977 500 000 km;
- 1 Zugmaschine, 25 PS, Baujahr 1961, voraussichtliche Fahrleistung am 1. 4. 1977 500 000 km;
- 1 Pkw (Kombi), 50 PS, 3türlich, Baujahr 1971, voraussichtliche Fahrleistung am 1. 4. 1977 110 000 km.

Als Ersatzbeschaffungen sind vorgesehen:	DM
4 Pkw (Kombi), bis zu 70 PS, 3türlich	68 000
1 Zugmaschine, bis zu 40 PS	40 000
1 Anhänger	8 000
1 Zugmaschine, bis zu 90 PS	60 000
1 Lkw, bis zu 110 PS	49 000
1 Zugmaschine, bis zu 90 PS	60 000
1 Zugmaschine, bis zu 35 PS	35 000
Zusammen	320 000

Zu 812 72

Beschaffungen für die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten, nicht zuletzt auch im Interesse der Berufsbildung der Gefangenen.

1977	DM
10 Schweiß-Arbeitsstätten	120 000
4 Bandschleifmaschinen	36 000
5 Drehbänke	70 000
4 Luftschmiedehämmer	27 000
1 Feinschleifautomat	40 000
1 Säulenbohrmaschine	10 000
2 Gewindeschleifmaschinen	15 000
2 Werkzeugschleifmaschinen	14 000
1 Tafelmetallschlagschere	30 000
10 Lehrwerkstättenwerkbänke	165 000
1 Vakuumgüllefaß	15 000
1 Maishäcksler	11 000
1 Futterhäcksler	11 000

(Noch zu 812 72)

1 Abladehäcksler	8 000
1 Bodenwalze	5 000
1 Schwadkreisel	9 000
1 Frontlader	6 000
1 Mähwerk	5 000
1 Strohpresse	17 000
1 Radlader	15 000
1 Maissägerät	11 000
1 Futtermischwagen	16 000
1 Offsetdrucker	12 000
1 Setzmaschine	22 000
1 Gabelstapler	38 000
1 Papierpresse	14 000
1 Universalholzfräsmaschine	26 000
1 Rahmenpresse	6 000
2 Hobelmaschinen	32 000
1 Karussellwäschepresse	18 000
4 Rüttelplatten	20 000
1 Wasserpumpe	16 000
3 Betonmischmaschinen	21 000
2 Förderbänder	19 000
Zusammen	900 000

1978

1978	DM
2 Hubsägen	12 000
2 Bandsägen	11 000
4 Formatkreissägen	36 000
1 Schnellhobler	29 000
1 Absauganlage	19 000
1 Gabelstapler	39 000
2 Bremsprüfanlagen	24 000
2 Auswuchtmaschinen	16 000
1 Hebebühne	8 000
2 Volldrehpflüge	30 000
1 Gülleschleuderfaß mit Pumpe	16 000
1 Ackerfräse	10 000
1 Frontlader	8 000
1 Strohförderband	7 000
1 Zückerübenvollernter	36 000
2 Kartoffelroder	12 000
1 Kartoffelsortiermaschine	20 000
1 Bodendämpfanlage	21 000
1 Etagenbackofen	40 000
1 Brotaufbereitungsanlage	35 000
1 Mehlsiloanlage	25 000
1 Teigknetmaschinenanlage	31 000
1 Teigwerkmaschine	10 000
1 Teigabwiegemaschine	16 000
1 Ausputzmaschine	11 000
1 Schuhmacherschärfmaschine	8 000
1 Schuhmacherputzmaschine	10 000
1 Schuhmacherstanzmaschine	7 000
1 Tafelmetallschlagschere	31 000
1 Metallhobelmaschine	26 000
1 Rohrbearbeitungsmaschine	8 000
5 Werkzeugschleifmaschinen	45 000
3 Stanzgeräte	18 000
1 Universalfräsmaschine	39 000
2 Gewindeschneidemaschinen	16 000
1 Schnelldrehbank	48 000
1 Abkantmaschine	16 000
1 Heidelberger-Offset-Drucker	62 000
1 Gabelstapler	39 000
1 Verschnürmaschine	8 000
2 Sattlernähmaschinen	9 000
1 Knopflochmaschine	6 000
2 Schnellnähmaschinen	12 000
1 Greiferwebmaschine	25 000
1 Baukastenaufzug	13 000
2 Kompressoren	32 000
Zusammen	1 000 000

Justizvollzugsanstalten

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1975	C IST 1974
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
		ABSCHLUSS				
		VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.	34.208,1	34.256,1	A	33.987,0
					B	32.898,4
					C	33.040,7
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	581,0	431,0	A	405,0
					B	425,6
					C	374,2
		GESAMTEINNAHMEN	34.789,1	34.687,1	A	34.392,0
					B	33.324,0
					C	33.414,9
		PERSONALAUSGABEN	97.477,0	102.444,0	A	90.410,0
					B	85.217,7
					C	76.562,1
		SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	41.800,5	44.047,5	A	38.570,0
					B	34.720,4
					C	32.111,4
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	35.889,2	38.564,6	A	21.859,5
					B	22.081,9
					C	14.489,7
		BAUMASSNAHMEN	16.987,0	21.943,5	A	17.400,0
					B	10.903,1
					C	13.575,9
		SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFUERDERUNGSMASSNAHMEN	2.569,0	3.264,0	A	2.061,0
					B	1.191,0
					C	1.371,7
		GESAMTAUSGABEN	194.722,7	210.263,6	A	170.300,5
					B	154.114,1
					C	138.110,8
		ZUSCHUSS	159.933,6	175.576,5	A	135.908,5
					B	120.790,1
					C	104.695,9

TITEL	RZ	ZWECKBESTIMMUNG	1977	1978	A SOLL 1976
			TSD.DM	TSD.DM	TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS EPL. 04			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.	368.436,1	389.479,1	A 316.487,0 B 293.065,4 C 274.349,1
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	2.786,0	1.936,0	A 1.912,0 B 2.668,8 C 2.283,0
		GESAMTEINNAHMEN	371.222,1	391.415,1	A 318.399,0 B 295.734,2 C 276.632,1
		PERSONALAUSGABEN	605.904,5	640.556,1	A 568.380,9 B 528.681,8 C 490.881,7
		SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	155.817,2	158.473,2	A 139.658,0 B 123.120,7 C 112.983,5
		AUSGABEN FUER DEN SCHULDENDIENST	150,0	150,0	A 150,0 B 113,7 C 131,2
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	42.948,2	45.673,6	A 28.715,0 B 27.666,4 C 19.845,9
		BAUMASSNAHMEN	45.484,0	47.168,5	A 45.575,0 B 35.992,9 C 32.970,5
		SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN	8.822,0	7.411,5	A 3.751,5 B 2.583,4 C 2.996,3
		BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN	300,0	310,0	A 290,0 B 140,0 C 100,0
		GESAMTAUSGABEN	859.425,9	899.742,9	A 786.520,4 B 718.298,9 C 659.909,1
		ZUSCHUSS	488.203,8	508.327,8	A 468.121,4 B 422.564,7 C 383.277,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kap. Titel	Zweckbestimmung	1977		1978	
		Haushalts- ansatz DM	Verpflichtungs- ermächtigung DM	Haushalts- ansatz DM	Verpflichtungs- ermächtigung DM
1	2	3	4	5	6
04 01					
812 02	Teilneuausstattung der Diensträume	30 000	20 000	20 000	—
04 04					
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	600 000	525 000	525 000	—
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	600 000	200 000	600 000	200 000
812 02	Ergänzungsausstattungen der Gerichte im Zusammenhang mit dem Vollzug des Gerichtsorganisationsgesetzes	120 000	50 000	120 000	50 000
812 06	Teilneuausstattung der Augsburger Justizbehörden	150 000	300 000	400 000	200 000
812 09	Teilneuausstattung des Amtsgerichtsgebäudes in Altötting	—	—	—	100 000
812 15	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	630 000	660 000	660 000	500 000
812 22	Teilneuausstattung der Justizbehörden in Kempten (Allgäu)	60 000	—	—	270 000
812 23	Teilneuausstattung des Amtsgerichtsgebäudes in Kelheim	—	90 000	90 000	60 000
812 26	Neuausstattung des Justizgebäudes an der Nymphenburger Straße in München und Teilneuausstattung der übrigen Münchener Justizbehörden	3 500 000	800 000	1 250 000	—
812 28	Ausstattung weiteren Sitzungsraumes bei den Gerichten	80 000	100 000	200 000	—
812 29	Beschaffung von Sicherheitseinrichtungen für die Gerichte und Staatsanwaltschaften	300 000	200 000	200 000	—
812 31	Ergänzungs- und Teilneuausstattung des Amtsgerichtsgebäudes in Kaufbeuren	—	—	70 000	70 000
812 32	Ergänzungs- und Teilneuausstattung des Schloßgebäudes in Hersbruck	—	—	—	50 000
812 99	Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Maschinen	—	—	150 000	60 000
04 05					
812 36	Erstaussattung des neuerrichteten Versorgungszentrums der Justizvollzugsanstalten Nürnberg .	—	—	—	300 000
812 37	Erstaussattung der neuerrichteten und Neuaussattung der umgebauten Anstaltsgebäude der Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau	100 000	100 000	300 000	—
Epl. 04					
710 13 -746 21	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 250 000 DM je Maßnahme (Anlage S)	41 884 000	38 360 000	42 793 500	24 320 000
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen		41 405 000		26 180 000

Stellenplan
für den Geschäftsbereich
des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

- Einzelplan 04 -

Stellenplan

Bezeichnung	BesGr.	Stellenzahl			Erläuterungen
	VergGr.	1977	1978	1976	
	LohnGr.				
Zu Titel 422 01					1977
Planmäßige Beamte					Zugang: Stellen
Feste Gehälter					BesGr. B 3 1 Ministerialrat — neu — Gesetzes-
Ministerialdirektor	B 9	1	1	1	reformen
Ministerialdirigenten	B 6	7	7	7	BesGr. A 9 1 Amtsinspektor — Umwandlung von
Leitende Ministerialräte	B 3	7	7	7	BesGr. A 10 (Regierungsoberinspektor)
als ständige Vertreter eines					1 Betriebsinspektor — Umwandlung von
Abteilungsleiters					Amtsinspektor
Ministerialräte		5	5	4	Zusammen 3
Aufsteigende Gehälter					Abgang:
Ministerialräte	A 16	14	14	14	BesGr. A 11 1 Stelleneinzug gem. Art. 6 c HG 1975/76
Regierungsdirektoren	A 15	12	12	12	BesGr. A 10 1 Regierungsoberinspektor — Umwand-
Oberregierungsräte	A 14	3	3	3	lung nach BesGr. A 9 (Amtsinspektor)
Regierungsrat	A 13	1	1	1	BesGr. A 9 1 Amtsinspektor — Umwandlung in
Oberamtsräte	A 13	13	13	13	Betriebsinspektor
Amtsräte	A 12	7	7	7	Zusammen 3
Regierungsamtsträger	A 11	8	8	9	Bleibt Zugang —
Regierungsoberinspektor	A 10	—	—	1	Abgang
Ministerialkanzleivorstand	A 10	1	1	1	
ku in BesGr. A 9 (AI)					
Ministerialregistraturvorstand		1	1	1	
ku in BesGr. A 9 (AI)					
Amtsinspektoren	A 9	14	14	14	
Betriebsinspektor		1	1	—	
Regierungshauptsekretäre	A 8	4	4	4	
Oberwerkmeister	A 7	2	2	2	
Regierungsobersekretäre		4	4	4	
Werkmeister	A 6	4	4	4	
Werkführer	A 5	4	4	4	
Oberamtsmeister	A 5	7	7	7	
Betriebshauptwart		2	2	2	
Amtsmeister	A 4	3	3	3	
Betriebswart	A 3	1	1	1	
Zusammen		126	126	126	
Zu Titel 422 31					1977
Abgeordnete Beamte (Richter)	R 2	5	5	3	Zugang: Stellen
Zugang		2			BesGr. R 2 2 infolge Aufgabenmehrung
Zu Titel 425 01					1977
Angestellte					Zugang: Stellen
Tarifliche Angestellte	I b	1	1	—	VergGr. I b 1 Umsetzung von Kap. 02 04
	IV b	1	1	1	
	V b	4	4	4	
	V c	8	8	8	
	VI b	9	9	9	
	VII	25	25	25	
	VIII	4	4	4	
Zusammen		52	52	51	
Zugang		1			
Zu Titel 426 01					
Arbeiter		15	15	15	
Gesamtübersicht					
Titel 422 01 Planmäßige Beamte		126	126	126	
Titel 425 01 Angestellte		52	52	51	
Personalsoll A		178	178	177	
ohne Stellen für abgeordnete					
Beamte (Richter) Titel 422 31					
Ferner:					
Titel 426 01 Arbeiter		15	15	15	
zugleich Summe B					

Stellenplan

Bezeichnung	BesGr.	Stellenzahl			Erläuterungen
	VergGr.	1977	1978	1976	
	LohnGr.				
Zu Titel 422 01					1977
Planmäßige Beamte (Richter)					Zugang:
Feste Gehälter					BesGr. R 3
Präsident des Obersten Landesgerichts	R 8	1	1	1	Stellen 2 Leitende Oberstaatsanwälte als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht — Umwandlung von BesGr. R 2 + AZ (Leitende Oberstaatsanwälte)
Präsidenten der Oberlandesgerichte		3	3	3	1 Oberstaatsanwalt beim Obersten Landesgericht — Umwandlung von BesGr. R 1 + AZ (Staatsanwalt als Gruppenleiter)
Generalstaatsanwalt beim Obersten Landesgericht	R 6	1	1	1	1 Präsident des Amtsgerichts — Umwandlung von BesGr. R 2 + AZ (Direktor des Amtsgerichts)
Generalstaatsanwälte — als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte —		2	2	2	2 Vorsitzende Richter an Oberlandesgerichten — neu — für neue Senate (Geschäftszunahme, insbesondere in Zivilsachen)
Präsident des Landgerichts — an einem Gericht mit 151 und mehr Richterplanstellen —		1	1	1	1 Direktor des Amtsgerichts — Umwandlung von BesGr. R 2 (Direktor des Amtsgerichts)
Vizepräsident des Obersten Landesgerichts		1	1	1	6 Oberstaatsanwälte
Generalstaatsanwalt — als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit bis zu 100 Planstellen für Staatsanwälte —	R 5	1	1	1	5 Umwandlung von BesGr. R 2 (Oberstaatsanwälte als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht)
Präsident des Amtsgerichts — an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplanstellen —		1	1	1	1 Umwandlung von BesGr. R 1 + AZ (Staatsanwalt als Gruppenleiter)
Präsidenten der Landgerichte — an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplanstellen —		3	3	3	1 Vizepräsident des Amtsgerichts — Umwandlung von BesGr. R 2 (Richter am Amtsgericht als ständiger Vertreter eines Direktors)
Vorsitzende Richter am Obersten Landesgericht		6	6	6	1 Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht — Umwandlung von BesGr. R 1 + AZ (Staatsanwalt als Gruppenleiter)
davon					BesGr. R 2
1 Stelle ku beim Wechsel des derzeitigen Stelleninhabers in eine Stelle für Vorsitzende Richter an Oberlandesgerichten der BesGr. R 3					1 Richter am Amtsgericht als ständiger Vertreter eines Direktors — Umwandlung von BesGr. R 1 (Richter an Amts- und Landgerichten)
Leitende Oberstaatsanwälte — als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 41 und mehr Planstellen für Staatsanwälte —	R 4	3	3	3	17 Richter an Oberlandesgerichten
Präsident des Amtsgerichts — an einem Gericht mit 41 bis 80 Richterplanstellen —		1	1	1	3 — neu — für neue Senate (Geschäftszunahme, insbesondere in Zivilsachen)
Präsidenten der Landgerichte — an einem Gericht mit 41 bis 80 Richterplanstellen —		6	6	6	2 Umwandlung von Vorsitzenden Richtern an Landgerichten
Vizepräsidenten der Oberlandesgerichte		3	3	3	7 Umwandlung von Oberstaatsanwälten als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht — hauptamtliche Arbeitsgemeinschaftsleiter —
— als ständige Vertreter eines Präsidenten der BesGr. R 8 —					5 Umwandlung von BesGr. R 1 + AZ (Staatsanwälte als Gruppenleiter) — hauptamtliche Arbeitsgemeinschaftsleiter —
Leitende Oberstaatsanwälte — als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht —	R 3	4	4	4	9 Richter an Amts- und Landgerichten
— als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte —		9	9	7	3 — neu — Geschäftszunahme, insbesondere bei den Amtsgerichten
Oberstaatsanwälte beim Obersten Landesgericht		7	7	6	1 Umwandlung von BesGr. R 2 (Direktor des Amtsgerichts)
Präsident des Amtsgerichts — an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen —		1	1	—	5 Umwandlung von BesGr. R 1 + AZ (Direktoren der Amtsgerichte)
Präsidenten der Landgerichte — an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen —		11	11	11	12 Staatsanwälte
Richter am Obersten Landesgericht		30	30	30	1 — neu — Geschäftszunahme
Vizepräsident des Amtsgerichts — als der ständige Vertreter eines Präsidenten in BesGr. R 5 —		1	1	1	3 Umwandlung von BesGr. R 1 + AZ (Staatsanwälte als Gruppenleiter) — hauptamtliche Arbeitsgemeinschaftsleiter —
Vizepräsidenten der Landgerichte — als ständige Vertreter eines Präsidenten in BesGr. R 5 oder R 6 —		4	4	4	8 Umwandlung von BesGr. R 1 + AZ (Staatsanwälte als Gruppenleiter), Vollzug des ku-Vermerks
Vorsitzende Richter an Oberlandesgerichten		40	41	38	1 Oberamtsrat — neu — für die Bayerische Justizschule Pegnitz
					BesGr. A 13
					BesGr. A 12
Aufsteigende Gehälter					BesGr. A 11
Direktoren der Amtsgerichte — an einem Gericht mit 11 und mehr Richterplanstellen —	R 2 + AZ	17	17	17	4 Justizamtsträger — Umwandlung von BesGr. A 12 (Amtsanwälte)
					BesGr. A 10
					7 Sozialoberinspektoren — neu — Zunahme der Zahl der Probanden; Führungsaufsicht; Gerichtshilfe

Stellenplan

Bezeichnung	BesGr.	Stellenzahl			Erläuterungen	
	VergGr. LohnGr.	1977	1978	1976		
(Noch zu Titel 422 01)						
Leitende Oberstaatsanwälte — als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit bis zu 10 Planstellen für Staatsanwälte — Oberstaatsanwälte — als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht und gleichzeitige ständige Vertreter eines Leitenden Oberstaatsanwalts in BesGr. R 3 oder R 4 — Vizepräsidenten der Amtsgerichte — als ständige Vertreter eines Präsidenten in BesGr. R 3 oder R 4 — Vizepräsidenten der Landgerichte — als ständige Vertreter eines Präsidenten in BesGr. R 3 oder R 4 — Direktoren der Amtsgerichte — an einem Gericht mit 4 bis 10 Richterplanstellen — Oberstaatsanwälte — als Dezernenten bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht — — als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht — Richter an Amtsgerichten — als ständige Vertreter eines Direktors an einem Gericht mit 11 und mehr Richterplanstellen — — als weitere aufsichtführende Richter an einem Gericht mit 21 und mehr Richterplanstellen — Richter an Oberlandesgerichten davon 5 Stellen kw nach Abschluß der Entschädigungsverfahren, spätestens am 1. Januar 1980; 1 Stelle ku nach Abschluß der Entschädigungsverfahren, spätestens am 1. Januar 1980 in 1 Stelle der BesGr. R 1; 1 Stelle ku nach Abschluß der Rückerstattungsverfahren, spätestens am 1. Januar 1980 in 1 Stelle der BesGr. R 1 Vorsitzende Richter an Landgerichten davon 2 Stellen kw nach Abschluß der Entschädigungsverfahren, spätestens am 1. Januar 1980 Direktoren der Amtsgerichte — an einem Gericht mit bis zu 3 Richterplanstellen — Staatsanwälte — als Gruppenleiter — davon 1 Stelle kw nach Erledigung der Großverfahren wegen Kriegsverbrechen, spätestens am 1. Januar 1980; 20 Stellen ku gem. Art. IX § 10 S. 1 2. BesVNG in Stellen für Staatsanwälte der BesGr. R 1 Richter an Amts- und Landgerichten davon 6 Stellen kw nach Abschluß der Entschädigungsverfahren, spätestens am 1. Januar 1980 Staatsanwälte davon 5 Stellen kw nach Erledigung der Großverfahren wegen Kriegsverbrechen, spätestens am 1. Januar 1980 Oberregierungsräte Regierungsräte Oberamtsräte davon 42 Stellen gem. § 2 Nr. 2 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F. Oberamtsanwälte Justizamtsräte davon 167 Stellen gem. § 2 Nr. 2 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.	R 2+ AZ	9	9	11	1977 Zugang: BesGr. A 9	17 Justizinspektoren 4 — neu — Geschäftszunahme, insbesondere bei den Amtsgerichten 13 Umwandlung von BesGr. A 10 (Justizoberinspektoren) — Vollzug des ku-Vermerks 6 Sozialinspektoren — neu — vgl. Zugang BesGr. A 10 12 Gerichtsvollzieher — neu — Geschäftszunahme im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Situation 85 Justizassistenten 35 — neu — Geschäftszunahme, insbesondere bei den Amtsgerichten 50 Umwandlung von Tit. 425 01 (VergGr. VIII) 24 Justizoberwachmeister 14 — neu — verstärkte Sicherungsmaßnahmen; weitere Übernahme des Vorführdienstes 5 Umwandlung von Tit. 425 01 (VergGr. IX b) 5 Umwandlung von Tit. 426 01
		12	12	6	BesGr. A 8	12
		2	2	1	BesGr. A 5	85
		17	17	17	BesGr. A 3	24
	R 2	52	52	54		14 — neu — verstärkte Sicherungsmaßnahmen; weitere Übernahme des Vorführdienstes 5 Umwandlung von Tit. 425 01 (VergGr. IX b) 5 Umwandlung von Tit. 426 01
		20	20	20		
		33	33	44		
		17	17	17		Zusammen 212
		19	19	19	Abgang: BesGr. R 2 + AZ	1 Direktor des Amtsgerichts — Umwandlung nach BesGr. R 3 (Präsident des Amtsgerichts) 2 Leitende Oberstaatsanwälte — Umwandlung nach BesGr. R 3 (Leitende Oberstaatsanwälte als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht) 2 Direktoren der Amtsgerichte 1 Umwandlung nach BesGr. R 2 + AZ (Direktor des Amtsgerichts) 1 Umwandlung nach BesGr. R 1 (Richter an Amts- und Landgerichten) 12 Oberstaatsanwälte als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht 7 Umwandlung in Richter an Oberlandesgerichten — hauptamtliche Arbeitsgemeinschaftsleiter — 5 Umwandlung nach BesGr. R 2 + AZ (Oberstaatsanwälte) 1 Richter am Amtsgericht als ständige Vertreter eines Direktors — Umwandlung nach BesGr. R 2 + AZ (Vizepräsident des Amtsgerichts) 2 Vorsitzende Richter an Landgerichten — Umwandlung in Richter an Oberlandesgerichten 5 Direktoren der Amtsgerichte — Umwandlung nach BesGr. R 1 (Richter an Amts- und Landgerichten) 19 Staatsanwälte als Gruppenleiter 1 Umwandlung nach BesGr. R 3 (Oberstaatsanwalt beim Obersten Landesgericht) 1 Umwandlung nach BesGr. R 2 + AZ (Oberstaatsanwalt) 1 Umwandlung nach BesGr. R 2 (Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht) 5 Umwandlung nach BesGr. R 2 (Richter an Oberlandesgerichten) — hauptamtliche Arbeitsgemeinschaftsleiter — 3 Umwandlung nach BesGr. R 1 (Staatsanwälte) — hauptamtliche Arbeitsgemeinschaftsleiter — 8 Umwandlung nach BesGr. R 1 (Staatsanwälte), Vollzug des ku-Vermerks
		153	157	136	BesGr. R 2	2
		220	218	222	BesGr. R 1 + AZ	5
	R 1+	37	37	42		1
	AZ	97	97	116		2
	R 1	1079	1081	1071		19
		252	253	240		1
	A 14	5	5	5		5
	A 13	3	3	3		3
	A 13	93	93	92		3
		20	20	20		8
	A 12	299	299	300		

Stellenplan

Bezeichnung	BesGr.	Stellenzahl			Erläuterungen
	VergGr.	1977	1978	1976	
	LohnGr.				
(Noch zu Titel 422 01)					
Amtsanwälte	A 12	14	14	18	Abgang: BesGr. R 1 1 Richter an Amts- und Landgerichten — Umwandlung nach BesGr. R 2 (Richter am Amtsgericht als ständiger Vertreter eines Direktors)
Sozialamtsräte		18	20	16	
Justizamtmänner	A 11	709	709	707	BesGr. A 12 1 Justizamtsrat — Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976
davon					
377 Stellen gem. § 2 Nr. 2 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.					BesGr. A 11 4 Amtsanwälte — Umwandlung nach BesGr. A 11 (Justizamtmänner)
Sozialamtmänner		40	40	40	
Technischer Amtmann		1	1	1	BesGr. A 10 2 Justizamtmänner — Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976
Justizoberinspektoren	A 10	586	586	605	
davon					BesGr. A 10 19 Justizoberinspektoren 6 Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976 (davon 2 ku-Stellen)
163 Stellen gem. § 2 Nr. 2 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.					
6 Stellen ku gem. Art. 1 § 3 HStruktG in Stellen für Justizinspektoren der BesGr. A 9					BesGr. A 9 13 Umwandlung nach BesGr. A 9 (Justizinspektoren) — Vollzug des ku-Vermerks
Sozialoberinspektoren	A 9	83	88	76	
Justizinspektoren		296	376	279	BesGr. A 9 1 Amtsinspektor — Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976
davon					
90 (1978: 92) Stellen gem. § 2 Nr. 2 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.					BesGr. A 8 3 Justizhauptsekretäre — Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976
Sozialinspektoren		40	43	34	
Technischer Inspektor		1	1	1	BesGr. A 7 3 Justizobersekretäre — Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976
Obergerichtsvollzieher	A 9	278	278	278	
Amtsinspektoren		423	423	424	BesGr. A 6 1 Justizsekretär — Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976
davon					
291 Stellen gem. § 3 Nr. 4 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.					BesGr. A 5 1 Justizassistent — Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976
Gerichtsvollzieher	A 8	161	169	149	
Justizhauptsekretäre		563	563	566	BesGr. A 5 1 Oberamtsmeister — Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976
davon					
73 Stellen gem. § 3 Nr. 4 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.					BesGr. A 4 2 Justizhauptwachmeister — Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976
Hauptwerkmeister	A 7	3	3	3	
Justizobersekretäre,		655	655	658	Zusammen 83
Justizvollstreckungsobersekretäre					Bleiben Zugang 129
Oberwerkmeister		3	3	3	
Justizsekretäre,	A 6	278	278	279	
Justizvollstreckungssekretäre					1978
Werkmeister		2	2	2	Zugang:
Justizassistenten,	A 5	366	431	282	BesGr. R 3 1 Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht — neu — für einen neuen Senat (Geschäftszunahme, insbesondere in Zivilsachen)
Justizvollstreckungsassistenten					BesGr. R 2 4 Richter an Oberlandesgerichten 2 — neu — für einen neuen Senat (Geschäftszunahme, insbesondere in Zivilsachen)
Oberamtsmeister	A 5	241	241	242	
Betriebshauptwarte		11	11	11	BesGr. A 12 2 Sozialamtsräte — Umwandlung von Tit. 425 01 (VergGr. V b)
Justizhauptwachmeister	A 4	301	301	303	
Betriebsoberwarte		15	15	15	BesGr. A 10 5 Sozialoberinspektoren — neu — Zunahme der Zahl der Probanden; Führungsaufsicht; Gerichtshilfe
Justizoberwachmeister	A 3	114	129	90	
Betriebswarte		5	5	5	BesGr. A 9 80 Justizinspektoren 5 — neu — Geschäftszunahme, insbesondere bei den Amtsgerichten 45 Umwandlung von Tit. 422 11 (BesGr. A 9) 30 Umwandlung von Tit. 422 21 (Gehobener Dienst)
Zusammen		7803	7987	7674	
davon 80 DW					BesGr. R 1 2 Richter an Amts- und Landgerichten — neu — Geschäftszunahme, insbesondere bei den Amtsgerichten
Zugang		129	184		
					BesGr. A 12 2 Sozialamtsräte — Umwandlung von Tit. 425 01 (VergGr. V b)
					BesGr. A 10 5 Sozialoberinspektoren — neu — Zunahme der Zahl der Probanden; Führungsaufsicht; Gerichtshilfe
					BesGr. A 9 80 Justizinspektoren 5 — neu — Geschäftszunahme, insbesondere bei den Amtsgerichten 45 Umwandlung von Tit. 422 11 (BesGr. A 9) 30 Umwandlung von Tit. 422 21 (Gehobener Dienst)
					BesGr. A 8 3 Sozialinspektoren — neu — vgl. Zugang BesGr. A 10
					BesGr. A 8 8 Gerichtsvollzieher — neu — Geschäftszunahme im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Situation
					BesGr. A 5 65 Justizassistenten 15 — neu — Geschäftszunahme, insbesondere bei den Amtsgerichten
					BesGr. A 3 50 Umwandlung von Tit. 425 01 (VergGr. VIII)
					BesGr. A 3 15 Justizoberwachmeister — neu — verstärkte Sicherungsmaßnahmen; weitere Übernahme des Vorführdienstes
					Zusammen 186

Stellenplan

Bezeichnung	Stellenzahl			Erläuterungen
	BesGr.			
	VergGr.	1977	1978	
	LohnGr.			
(Noch zu Titel 422 01)				(Noch 1978)
Die Stellen der BesGr. R 1 dürfen bei Bedarf für das Kapitel 04 05 in Anspruch genommen werden.				Abgang: Stellen
Bis zu 10 Stellen der BesGr. R 1 des Kapitels 04 04 dürfen mit Beamten mit Befähigung zum Richteramt der BesGr. A 13, A 14, A 15 für das Kapitel 04 01 besetzt werden.				BesGr. R 2 2 Vorsitzende Richter an Landgerichten
Die Stellen der BesGr. R 1 für Richter an Amts- und Landgerichten und für Staatsanwälte dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden.				Umwandlung in Richter an Oberlandesgerichten
Die Stellen für Staatsanwälte können bei Bedarf auch mit Amtsanwälten und Oberamtsanwälten besetzt werden.				Bleiben Zugang 184
Die Stellen für Sozialinspektoren der BesGr. A 9 können bei Bedarf für Bewährungshelfer der VergGr. IV b BAT bis längstens 30. Juni 1978 in Anspruch genommen werden.				
Leerstellen				1977
Richter an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richter an Landgerichten, Oberstaatsanwälte Staatsanwälte als Gruppenleiter	R 2	3	3	Zugang: Leerstellen
Richter an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte	R 1 + AZ	5	5	BesGr. A 10 3 Justizoberinspektoren, Sozialoberinspektoren
Justizamtmänner, Sozialamtmänner Justizoberinspektoren, Sozialoberinspektoren Justizinspektoren, Sozialinspektoren	R 1	31	31	BesGr. A 9 33 Justizinspektoren, Sozialinspektoren
Amtsinspektor Justizhauptsekretäre Justizobersekretäre Justizsekretäre Justizassistenten	A 11	6	6	BesGr. A 5 21 Justizassistenten
Zusammen		261	264	Zusammen 57
Zugang		57	3	1978
Zu Titel 422 11				Zugang: Leerstellen
Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe	R 1	148	148	BesGr. A 10 3 Justizoberinspektoren, Sozialoberinspektoren
	A 9	295	250	BesGr. A 10 3 Justizoberinspektoren, Sozialoberinspektoren
	A 5	163	163	
	A 3	5	5	
Zusammen		611	566	Zusammen 6
Abgang		6	45	1978
Die Stellen für Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe der BesGr. R 1 dürfen bei Bedarf für das Kapitel 04 05 in Anspruch genommen werden.				Abgang: Stellen
				BesGr. A 9 45 Umwandlung nach Tit. 422 01 (BesGr. A 9 — Justizinspektoren)
Zu Titel 422 21				1978
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				Abgang: Stellen
Gehobener Dienst Anwärter		347	317	Gehobener Dienst Anwärter 30 Umwandlung nach Tit. 422 01 (BesGr. A 9 — Justizinspektoren)
Mittlerer Dienst Anwärter		323	323	
Zusammen		670	640	
Abgang			30	

Stellenplan

Bezeichnung	BesGr.	Stellenzahl			Erläuterungen
	VergGr. LohnGr.	1977	1978	1976	
Zu Titel 422 26					1977
Rechtsreferendare und Rechtspraktikanten		2500	2500	2900	Abgang: 400 Stellen — geringerer Bedarf
Abgang		400			
Zu Titel 422 31					
Abgeordnete Beamte (Richter)					
Oberamtsräte	A 13	2	2	—	
Justizamtsräte, Steueramtsräte	A 12	5	5	—	
Zusammen		7	7	—	
Zugang		7			
Zu Titel 425 01					1977
Angestellte					Zugang: Stellen
Tarifliche Angestellte	IV b	7	7	8	VergGr. V b 2 — neu — Aufgabenmehrung
	V b	21	21	21	VergGr. V c 1 Hebung von VergGr. VI b
	V c	160	160	161	VergGr. VI b 1 Hebung von VergGr. VII
	VI b	562	562	571	VergGr. VIII 4 Hebung von VergGr. X
	VII	1051	1051	1058	Zusammen 8
	VIII	1145	1095	1200	
	IX b	103	103	111	Abgang:
	X	11	11	15	VergGr. IV b 1 Umsetzung nach Kap. 06 15 Tit. 425 01
Zusammen		3060	3010	3145	VergGr. V b 2 Umwandlung nach Tit. 422 01 (BesGr. A 12 — Sozialamtsräte)
Abgang		85	50		VergGr. V c 2 Umsetzung nach Kap. 06 15 Tit. 425 01 und zwar 1 Hebung nach VergGr. V c 4 Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976 5 Umsetzung nach Kap. 06 15 Tit. 425 01
					VergGr. VII 7 und zwar 1 Hebung nach VergGr. VI b 4 Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976 2 Umsetzung nach Kap. 06 15 Tit. 425 01
					VergGr. VIII 59 und zwar 50 Umwandlung nach Tit. 422 01 (BesGr. A 5 — Justizassistenten) 4 Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976 5 Umsetzung nach Kap. 06 15 Tit. 425 01
					VergGr. IX b 8 und zwar 5 Umwandlung nach Tit. 422 01 (BesGr. A 3 — Justizoberwach- meister) 1 Einzug gem. Art. 6 c HG 1975/1976 2 Umsetzung nach Kap. 06 15 Tit. 425 01
					VergGr. X 4 Hebung nach VergGr. VIII
					Zusammen 93
					Bleiben Abgang 85
					1978
					Zugang: Stellen
					VergGr. V b 2 — neu — Aufgabenmehrung
					Abgang:
					VergGr. V b 2 Umwandlung nach Tit. 422 01 (BesGr. A 12 — Sozialamtsräte)
					VergGr. VIII 50 Umwandlung nach Tit. 422 01 (BesGr. A 5 — Justizassistenten)
					Zusammen 52
					Bleiben Abgang 50

Stellenplan

Bezeichnung	BesGr.	Stellenzahl			Erläuterungen
	VergGr. LohnGr.	1977	1978	1976	
Zu Titel 425 11					1978
Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		50	35	50	Abgang: 15 Stellen — Einsparungen
Abgang			15		
Zu Titel 426 01					1977
Arbeiter		472	472	477	Abgang: 5 Stellen — Umwandlung nach Tit. 422 01 (BesGr. A 3 — Justizoberwachtmeister)
Abgang		5			
Zu Titel 427 51					
Praktikanten		20	20	20	
Gesamtübersicht					
Titel 422 01 Planmäßige Beamte (Richter)		7803	7987	7674	
Titel 422 11 Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe		611	566	617	
Titel 422 21 Beamte auf Widerruf im Vorbereitungs-		670	640	670	
dienst		3060	3010	3145	
Titel 425 01 Angestellte					
Personalsoll A		12 144	12 203	12 106	
ohne Stellen für abgeordnete Beamte (Richter) Titel 422 31 und Leerstellen Titel 422 01					
Ferner:					
Titel 422 26 Rechtsreferendare und Rechtspraktikanten		2500	2500	2900	
Titel 425 11 Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		50	35	50	
Titel 426 01 Arbeiter		472	472	477	
Titel 427 51 Praktikanten		20	20	20	
Summe B		3042	3027	3447	

Stellenplan

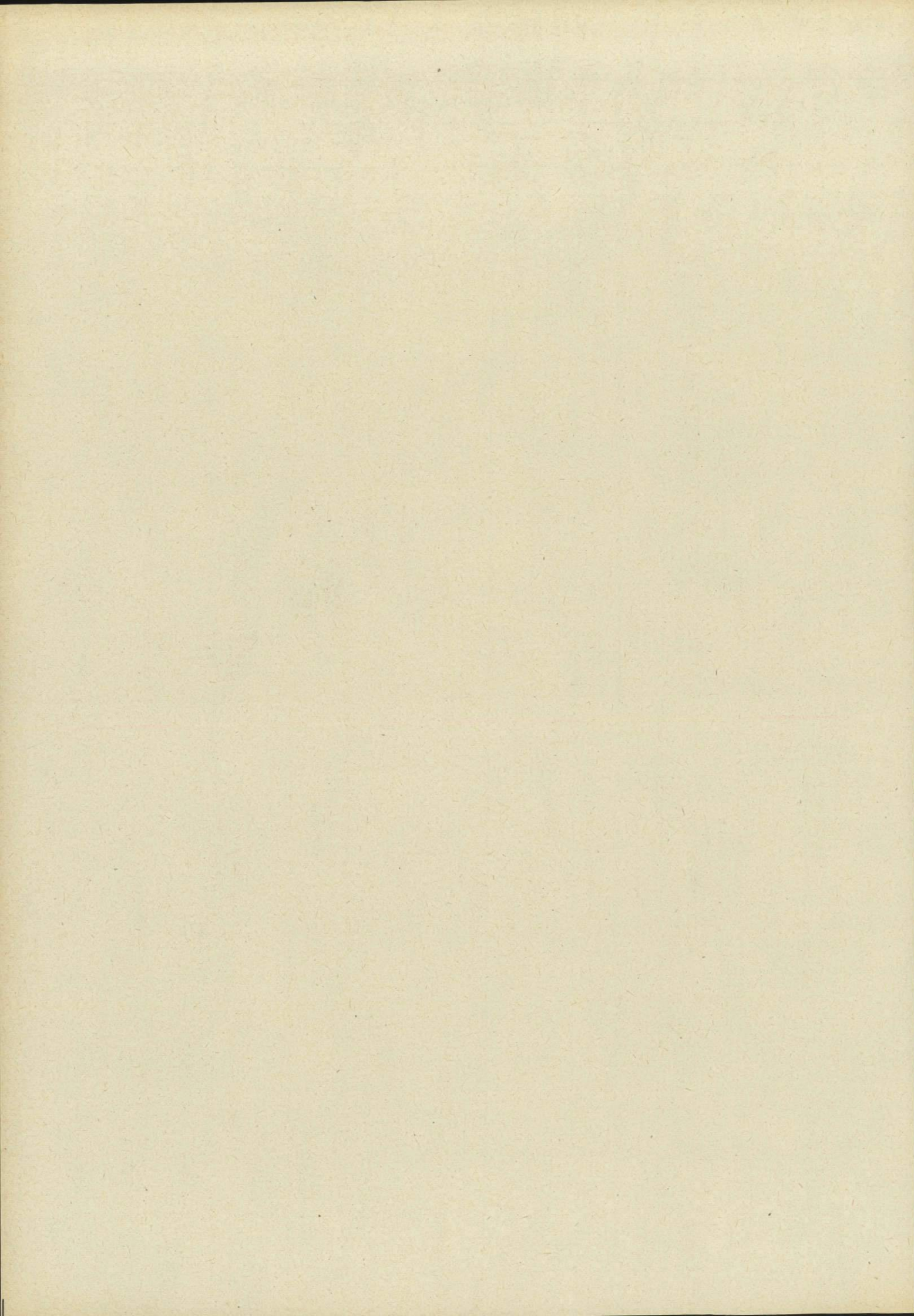
Bezeichnung	BesGr.	Stellenzahl			Erläuterungen
	VergGr. LohnGr.	1977	1978	1976	
Zu Titel 422 01					
Planmäßige Beamte					
Aufsteigende Gehälter					
Leitende Regierungsdirektoren	A 16	6	6	6	1977
Leitender Medizinaldirektor		1	1	1	Zugang:
Regierungsdirektoren	A 15	16	16	18	BesGr. A 15
Medizinaldirektoren		12	12	12	BesGr. A 14
Dekane		2	2	—	BesGr. A 13
Oberregierungsräte	A 14	15	15	13	
Obermedizinalräte		7	7	7	
Pfarrer im Justizvollzugsdienst		15	15	17	
Oberstudienrat		1	1	1	BesGr. A 13
Regierungsräte	A 13	24	28	18	
Medizinalräte		4	6	2	
Pfarrer im Justizvollzugsdienst		2	2	2	
Studienrat		1	1	1	
Hauptlehrer im Justizvollzugsdienst	A 13 +AZ	8	8	8	BesGr. A 11
Oberamtsräte	A 13	7	7	7	
Oberlehrer im Justizvollzugsdienst		19	21	8	BesGr. A 9
Amtsräte	A 12	13	13	13	
Sozialamtsräte		5	5	5	BesGr. A 6
Oberlehrer im Justizvollzugsdienst		—	—	8	BesGr. A 5
Regierungsamtmänner	A 11	33	33	33	
Sozialamtmänner		12	12	12	
Landwirtschaftsamtman		—	—	1	
Technischer Amtmann		1	1	—	Zusammen 51
Fachlehrer		1	1	1	
Regierungsoberinspektoren	A 10	45	45	45	Abgang:
Sozialoberinspektoren		17	17	17	BesGr. A 15
Technische Oberinspektoren		2	2	2	BesGr. A 14
Regierungsinspektoren	A 9	19	19	19	
Sozialinspektoren		16	21	11	BesGr. A 12
Amtsinspektoren	A 9	168	168	168	
davon					BesGr. A 11
6 Stellen gem. § 3 Nr. 4 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.		36	36	36	BesGr. A 6
Betriebsinspektoren					
davon					
34 Stellen gem. § 2 Nr. 6 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.		2	2	2	
Pflegevorsteher		2	2	2	
Regierungshauptsekretäre	A 8	28	28	28	
davon					Zusammen 25
2 Stellen gem. § 3 Nr. 4 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.					Bleiben Zugang 26
Hauptsekretäre im Justiz- vollzugsdienst		581	581	581	1978
Hauptwerkmeister		98	98	98	Zugang:
davon					BesGr. A 13
90 Stellen gem. § 2 Nr. 6 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.					
Oberpfleger		7	7	7	BesGr. A 13
Regierungsobersekretäre	A 7	34	34	34	
Obersekretäre im Justiz- vollzugsdienst		775	775	775	BesGr. A 9
Oberwerkmeister		78	78	78	BesGr. A 5
davon					Zusammen 15
68 Stellen gem. § 2 Nr. 6 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.					Auswirkung des Strafvollzugsgesetzes
Abteilungspfleger		9	9	9	
Regierungssekretäre	A 6	14	14	14	
Sekretäre im Justizvollzugsdienst		339	339	329	
Werkmeister		32	32	44	
davon					
23 Stellen gem. § 2 Nr. 6 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.					
Stationspfleger		5	5	5	
Regierungsassistenten	A 5	9	9	9	
Assistenten im Justizvollzugsdienst		224	224	224	
Werkführer		12	12	—	
davon					
11 Stellen gem. § 2 Nr. 6 der V zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG a. F.					
Krankenpfleger		3	5	3	
Betriebshauptwarte	A 5	9	9	9	
Betriebsoberwarte	A 4	12	12	12	
Betriebswarte	A 3	3	3	3	
Zusammen		2 782	2 797	2 756	
davon 627 DW					
Zugang		26	15		

Stellenplan

Bezeichnung	BesGr.	Stellenzahl			Erläuterungen
	VergGr. LohnGr.	1977	1978	1976	
Leerstellen					1977
Regierungsinspektoren, Sozialinspektoren	A 9	2	2	—	Zugang: Leerstellen
Regierungssekretäre, Sekretäre im Justizvollzugsdienst, Werkmeister	A 6	10	10	—	BesGr. A 9 2 — neu — BesGr. A 6 10 — neu —
Zusammen		12	12	—	Zusammen 12 für beurlaubte bzw. Wehr- oder Zivil-
Zugang		12			dienst leistende Beamte
Die Stellen der BesGr. R 1 bei Kapi- tel 04 04 Titel 422 01 dürfen bei Be- darf für das Kapitel 04 05 in An- spruch genommen werden.					
Die Stellen für Sozialinspektoren der BesGr. A 9 können bei Bedarf für Sozialarbeiter im Justizvollzugsdienst der VergGr. IV b BAT bis längstens 30 Juni 1978 in Anspruch genommen werden.					
Zu Titel 422 11					1977
Beamte zur Anstellung	A 6	—	—	5	Zugang: Stellen
	A 5	90	115	85	BesGr. A 5 5 Umwandlung von BesGr. A 6
Zusammen		90	115	90	Abgang:
Zugang			25		BesGr. A 6 5 Umwandlung nach BesGr. A 5
Die Stellen für Beamte zur Anstel- lung und Richter auf Probe der BesGr. R 1 bei Kapitel 04 04 Titel 422 11 dürfen bei Bedarf für das Ka- pitel 04 05 in Anspruch genommen werden.					Bleibt $\frac{\text{Zugang}}{\text{Abgang}}$ —
					1978
					Zugang: Stellen
					BesGr. A 5 25 Umwandlung von Tit. 422 21 (Mittlerer Dienst Anwärter)
Zu Titel 422 21					1977
Beamte auf Widerruf im					Zugang: Stellen
Vorbereitungsdienst					Mittlerer Dienst
Gehobener Dienst		8	8	8	Anwärter 33 — neu — Auswirkung des Straf-
Anwärter					vollzugsgesetzes
Mittlerer Dienst		83	74	50	1978
Anwärter					Zugang: Stellen
Zusammen		91	82	58	Mittlerer Dienst
Zugang		33			Anwärter 16 — neu — Auswirkung des Straf-
Abgang			9		vollzugsgesetzes
					Abgang:
					Mittlerer Dienst
					Anwärter 25 Umwandlung nach Tit. 422 11 (BesGr. A 5)
					Bleiben Abgang 9
Zu Titel 422 31					
Abgeordnete Beamte (Richter)	R 1	2	2	2	
Zu Titel 425 01					1977
Angestellte					Abgang: Stellen
Tarifliche Angestellte	I b	2	2	2	VergGr. IV b 1 Einzug — Ausgleich für 04 05/671 71 —
	III	6	6	6	VergGr. VII 10 Umwandlung nach Tit. 422 01
	IV b	3	3	4	(BesGr. A 6 Sekretäre im Justiz-
	V b	6	6	6	vollzugsdienst)
	V c	13	13	13	Zusammen 11
	VI b	20	20	20	
	VII	259	259	269	
Zusammen		309	309	320	
Abgang		11			

Stellenplan

Bezeichnung	BesGr.	Stellenzahl			Erläuterungen
	VergGr. LohnGr.	1977	1978	1976	
Zu Titel 425 11					
Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		10	10	10	
Zu Titel 426 01					
Arbeiter		44	44	44	
Zu Titel 426 72					
Betriebsarbeiter		14	14	14	
Zu Titel 427 51					
Praktikanten		20	20	20	
Gesamtübersicht					
Titel 422 01 Planmäßige Beamte		2 782	2 797	2 756	
Titel 422 11 Beamte zur Anstellung		90	115	90	
Titel 422 21 Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		91	82	58	
Titel 425 01 Angestellte		309	309	320	
Personalsoll A		3 272	3 303	3 224	
ohne Leerstellen Titel 422 01 und Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31					
Ferner:					
Titel 425 11 Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		10	10	10	
Titel 426 01 Arbeiter		44	44	44	
Titel 426 72 Betriebsarbeiter		14	14	14	
Titel 427 51 Praktikanten		20	20	20	
Summe B		88	88	88	
Einzelplan 04					
Gesamtübersicht					
Titel 422 01 Planmäßige Beamte (Richter)		10 711	10 910	10 556	
Titel 422 11 Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe		701	681	707	
Titel 422 21 Beamte auf Widerruf im Vorbereitungs- dienst		761	722	728	
Titel 425 01 Angestellte		3421	3371	3516	
Personalsoll A		15 594	15 684	15 507	
ohne Stellen für abgeordnete Beamte (Richter) Titel 422 31 und Leerstellen Titel 422 01					
Ferner:					
Titel 422 26 Rechtsreferendare und Rechtspraktikanten		2500	2500	2900	
Titel 425 11 Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		60	45	60	
Titel 426 01 Arbeiter		531	531	536	
Titel 426 72 Betriebsarbeiter		14	14	14	
Titel 427 51 Praktikanten		40	40	40	
Summe B		3145	3130	3550	



Sonderausweis
der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 250000 DM Gesamtkosten im Einzelfall

für den Bereich des

Epl. 04

Kap. Titel	Funkt- tion	Zweckbestimmung	1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM	1976 Tsd. DM	Verpflichtungsermächtigungen	
						1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	7	8
04 04		Gerichte und Staats- anwaltschaften					
710 31	052	Neubau eines Justizgebäudes an der Nymphenburger Straße in München	22 700,0	10 000,0	18 690,0 — 3 690,0	15 000,0	—
710 41	052	Amtsgerichtsgebäude in Fürstenfeldbruck Errichtung eines Erweiterungs- baues und Durchführung von Um- bau- und Instandsetzungsmaßnah- men	—	—	200,0	—	—
710 51	052	Justizpalast in München, Elisenstraße 1 a Überholung der Fassaden, Durch- führung von Umbau- und Instand- setzungsmaßnahmen sowie Einbau eines Notstromaggregates	700,0	1 000,0	406,0 — 106,0	500,0	750,0
<u>710 52</u>	052	Justizpalast in München, Elisenstraße 1 a Erneuerung der Heizungsanlage .. Gesperrt.	—	—	—	—	—
711 01	052	Amtsgerichtsgebäude in Altötting Errichtung eines Erweiterungsbau- es sowie Durchführung von Um- bau- und Instandsetzungsmaßnah- men	—	1 400,0	400,0 — 100,0	2 200,0	100,0
711 21	052	Ehem. Gefängnisgebäude in Miesbach Umbau- und Instandsetzungsmaß- nahmen	—	—	94,0	—	—
711 41	052	Amtsgerichtsgebäude in Weilheim Errichtung eines Erweiterungs- baues sowie Durchführung von Umbau- und Instandsetzungsmaß- nahmen	—	1 000,0	200,0 — 100,0	500,0	1 000,0
<u>711 51</u>	052	Amtsgerichtsgebäude in Ebersberg Errichtung eines Erweiterungs- baues sowie Umbau- und Instand- setzungsmaßnahmen	—	800,0	—	—	1 000,0
		Gesperrt.					

Erläuterungen

Gesamt- baukosten Tsd. DM	Lt. technischer Prüfung vom ...	Bis einschl. Haushaltsj. 1975		Ab 1979 noch benötigt Tsd. DM	Bemerkungen
		bewilligt Tsd. DM	verausgabt Tsd. DM		
9	10	11	12	13	14
107 000,0	22. 6. 1970	51 902,2	39 526,9	7 397,8	Zu Kapitel 04 04 Titel 710 31 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
4 700,0	18. 12. 1969 7. 1. 1971 10. 10. 1973	4 500,0	4 297,9	—	Zu 710 41 Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
8 160,0	24. 9. 1970 22. 4. 1974 18. 9. 1975	925,0	388,4	5 235,0	Zu 710 51 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
2 500,0 geschätzt		—	—	2 500,0	Zu 710 52 Die zum Teil noch aus der Bauzeit (1887—1897) stammende Heizungsanlage im Justizpalast in München ist überaltert und unwirtschaftlich. Sie soll deshalb einschließlich des Rohrnetzes nach Bezug des neuen Justizgebäudes an der Nymphenburger Straße 10 in München abschnittsweise erneuert werden.
3 300,0 geschätzt		450,0	—	1 145,0	Zu 711 01 Die Stadt Altötting beteiligt sich an den Kosten der Versetzung einer Mauer mit 5000 DM. Zu 711 21 Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
714,0	30. 11. 1972 17. 9. 1973 25. 9. 1974 28. 10. 1975	620,0	554,4	—	Zu 711 41 Kosten der Ersteinrichtung rd. 150 000 DM. Die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen wird gemäß Abschnitt F Nrn. 2.2.2 und 5.6 RL Bau bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage — Bau — ermittelt und mit dieser dem Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.
2 730,0 geschätzt		—	—	1 630,0	Mit dem veranschlagten Betrag wird die Baumaßnahme begonnen. Zu 711 51 Das Amtsgericht Ebersberg leidet unter Raumnot. Betroffen davon ist insbesondere das Grundbuchamt; außerdem fehlen ein dringend erforderlicher weiterer Sitzungssaal und Raum für das Familiengericht. Es soll deshalb nach Abbruch des ehem. Gefängnisgebäudes unter Einbeziehung des ehem. Forstamtsanwesens auf staatseigenem Gelände ein Erweiterungsbau errichtet werden. Ferner sind Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen im Altbau sowie Arbeiten an den Außenanlagen notwendig. Kosten der Ersteinrichtung rd. 150 000 DM. Jährliche Haushaltsmehrbelastungen rd. 30 000 DM.
2 500,0 geschätzt		—	—	1 700,0	Mit dem veranschlagten Betrag wird die Baumaßnahme begonnen.

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM	1976 Tsd. DM	Verpflichtungsermächtigungen	
						1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	7	8
(04 04)							
720 51	052	Amtsgerichtsgebäude in Kelheim Errichtung eines Erweiterungs- baues, Durchführung von Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie Einbau einer Zentralheizung im Altbau	1 000,0	1 500,0	600,0 — 100,0	1 000,0	400,0
725 11	052	Amtsgerichtsgebäude in Füssen Umbau- und Instandsetzungsmaß- nahmen	300,0	600,0	200,0 — 100,0	—	—
725 31	052	Amtsgerichtsgebäude in Lindau (Bodensee) Errichtung eines Erweiterungs- baues, Abbruch der Justizvoll- zugsanstalt sowie Umbau- und In- standsetzungsmaßnahmen im Schloßgebäude	387,0	—	450,0	—	—
725 51	052	Justizgebäude in Augsburg, Am Alten Einlaß 1 1. Bauabschnitt: Erweiterung durch Errichtung eines Anbaues .. Gesperrt.	—	1 500,0	2 900,0 — 1 239,0	1 500,0	2 000,0
725 61	052	Justizgebäude in Augsburg, Fuggerstraße 10 Durchführung von Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen für Zwecke der Justiz	900,0	500,0	600,0	500,0	—
		Gesperrt.					

Erläuterungen

Gesamt- baukosten Tsd. DM	Lt. technischer Prüfung vom ...	Bis einschl. Haushaltsj. 1975		Ab 1979 noch benötigt Tsd. DM	Bemerkungen
		bewilligt Tsd. DM	verausgabt Tsd. DM		
9	10	11	12	13	14
3 730,0	10. 6. 1976	100,0	—	630,0	Zu 720 51 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
3 720,0	29. 8. 1962 6. 7. 1970 10. 2. 1976	2 132,5	1 894,3	587,5	Zu 725 11 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
2 330,0	1. 9. 1970 20. 12. 1973	1 300,0	1 389,8 (Vorgriff)	—	Zu 725 31 Das Gebäude wird vom Landkreis Lindau (Bodensee) mitgenutzt, der sich gemäß § 11 der Rahmenvereinbarung vom 31. Juli 1959 mit zunächst 193 125 DM an den Gesamtbaukosten beteiligt. Mit dem veranschlagten Betrag wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
7 000,0 geschätzt		1 100,0	44,5	2 739,0	Zu 725 51 Das Bauvorhaben wird gemäß der ursprünglichen Planung nach Erwerb von Teilflächen aus dem Grundstück Holbeinstraße 2 der Dresdner Bank AG im Zuge der Errichtung eines neuen Gebäudes für diese Bank in geschlossener Bauweise durchgeführt. Die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen wird gemäß Abschnitt F Nrn. 2.2.2 und 5.6 RLBau bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage — Bau — ermittelt und mit dieser dem Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht. Mit dem veranschlagten Betrag wird die Baumaßnahme begonnen.
2 000,0 geschätzt		—	—	—	Zu 725 61 Das Gebäude wird gemäß der ursprünglichen Planung für Zwecke der Augsburger Gerichte und Justizbehörden umgebaut und instandgesetzt. Die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen wird gemäß Abschnitt F Nrn. 2.2.2 und 5.6 RLBau bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage — Bau — ermittelt und mit dieser dem Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme begonnen.

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM	1976 Tsd. DM	Verpflichtungsermächtigungen	
						1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	7	8
(04 04)							
<u>726 11</u>	052	Amtsgerichtsgebäude in Nördlingen Umbau- und Instandsetzungsmaß- nahmen Gesperrt.	—	660,0	—	660,0	570,0
<u>726 21</u>	052	Amtsgerichtsgebäude in Kaufbeuren Errichtung eines Verbindungs- baues sowie Umbau- und Instand- setzungsmaßnahmen Gesperrt.	360,0	440,0	—	400,0	—
730 11	052	Justizgebäude in Nürnberg, Fürther Straße 110—112 Instandsetzung des von den US- Behörden freigegebenen restlichen Teils des Justizgebäudes und Um- baumaßnahmen	—	—	1 710,0	—	—
730 51	052	Amtsgerichtsgebäude in Erlangen Errichtung eines Erweiterungs- baues, Umbau- und Instandset- zungsmaßnahmen	1 100,0	2 500,0	— 500,0 100,0	2 500,0	1 200,0
<u>731 11</u>	052	Schloßgebäude in Hersbruck Umbau- und Instandsetzungsmaß- nahmen, Planung	—	100,0	—	—	500,0
735 21	052	Justizgebäude in Bamberg Umstellung der Heizung von Koks- auf Ölfeuerung, Durchfüh- rung von Umbau-, Feuerschutz- und Sicherheitsmaßnahmen und Anlage von Parkplätzen	—	—	—	—	—
740 21	052	Justizgebäude in Würzburg Anschluß an das städt. Fernheiz- netz sowie Durchführung von Um- bau- und Instandsetzungsmaßnah- men	—	—	125,0	—	—

Erläuterungen

Gesamt- baukosten Tsd. DM	Lt. technischer Prüfung vom ...	Bis einschl. Haushaltsj. 1975		Ab 1979 noch benötigt Tsd. DM	Bemerkungen
		bewilligt Tsd. DM	verausgabt Tsd. DM		
9	10	11	12	13	14
1 230,0 geschätzt		—	—	570,0	Zu 726 11 Das Amtsgericht Nördlingen benötigt weiteren Raum zur Aufnahme seiner Zweigstelle Donauwörth. Er soll durch Umbau und Sanierung der beiden unmittelbar an das amtsgerichtliche Areal angrenzenden, vom Landkreis Donau-Ries zu erwerbenden ehem. Landratsamtsgebäude geschaffen werden. Mit dem veranschlagten Betrag wird die Baumaßnahme begonnen.
1 300,0 geschätzt		—	—	500,0	Zu 726 21 Der zusätzliche Raumbedarf des Amtsgerichts Kaufbeuren, das in Füssen und Marktoberdorf Zweigstellen unterhält, soll durch Übernahme des benachbarten Finanzamtsgebäudes gedeckt werden. Zwischen beiden Häusern ist ein Verbindungsbau vorgesehen. Gleichzeitig werden in den Altbauten notwendige Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt sowie die Parkflächen erweitert. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme begonnen.
12 430,0	13. 1. 1970 9. 9. 1970 10. 10. 1972 8. 1. 1976	10 720,0	10 478,7	—	Zu 730 11 Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
6 100,0	2. 11. 1976	300,0	10,0	1 800,0	Zu 730 51 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme begonnen.
1 900,0 geschätzt		—	—	1 800,0	Zu 731 11 Das derzeit noch zum Teil vom Vermessungsamt mitbenutzte Schloßgebäude soll künftig ausschließlich vom Amtsgericht Hersbruck genutzt werden, das u. a. auch zur Aufnahme seiner Zweigstelle Lauf a. d. Pegnitz weiteren Raum benötigt. Neben dem Ausbau weiterer Diensträume im Dachgeschoß werden im Zuge der Generalsanierung des Hauses auch Maßnahmen der Denkmalpflege durchgeführt. Mit dem veranschlagten Betrag wird die Planung begonnen.
2 090,0	7. 3. 1967 27. 11. 1969 24. 3. 1972 28. 7. 1974 14. 6. 1976	1 780,0	1 724,6	—	Zu 735 21 Die Baumaßnahme wurde 1976 mit einer überplanmäßigen Ausgabe von 310 000 DM abgeschlossen.
785,0	8. 2. 1973 18. 3. 1975	660,0	660,0	—	Zu 740 21 Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM	1976 Tsd. DM	Verpflichtungsermächtigungen	
						1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	7	8
(04 04)							
740 31	052	Amtsgerichtsgebäude in Gemünden, Friedenstraße 7 Umbau- und Instandsetzungsmaß- nahmen	—	—	—	—	—
745 31	052	Neubau eines Zentraljustizgebäu- des in Regensburg 1. Bauabschnitt: Zivilgerichtsbarkeit	—	500,0	200,0	—	1 500,0
		Gesperrt.					
745 51	052	Landgerichtsgebäude in Amberg Umbau- und Instandsetzungsmaß- nahmen	400,0	400,0	400,0	400,0	500,0
746 21	052	Neubau eines Amtsgerichtsgebäu- des in Cham	50,0	1 800,0	—	—	2 500,0
		Gesperrt.					
		Summe Kap. 04 04	27 897,0	24 700,0	27 675,0 — 5 535,0	25 160,0	12 020,0

Erläuterungen

Gesamt- baukosten Tsd. DM	Lt. technischer Prüfung vom ...	Bis einschl. Haushaltsj. 1975		Ab 1979 noch benötigt Tsd. DM	Bemerkungen
		bewilligt Tsd. DM	verausgabt Tsd. DM		
9	10	11	12	13	14
670,0	28. 8. 1974	670,0	164,0	—	Zu 740 31 Die Baumaßnahme wird mit Ausgaberesten abgeschlossen.
9 500,0 geschätzt		—	—	8 800,0	Zu 745 31 Kosten der Ersteinrichtung rd. 600 000 DM. Die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen wird gemäß Abschnitt F Nrn. 2.2.2 und 5.6 RLBau bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage — Bau — ermittelt und mit dieser dem Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht. Mit dem veranschlagten Betrag wird die Planung fortgesetzt und der Beginn der Bauarbeiten vorbereitet.
2 060,0	7. 5. 1976 17. 5. 1976	—	—	860,0	Zu 745 51 Im Zusammenhang mit den bisher vorgesehenen Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen mit Gesamtbaukosten von 1,0 Mio. DM werden weitere notwendige Arbeiten durchgeführt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
8 700,0 geschätzt		—	—	6 850,0	Zu 746 21 Durch das Gesetz über die Organisation der ordentlichen Gerichte im Freistaat Bayern vom 25. April 1973, GVBl S. 189, wurde der Bezirk des Amtsgerichts Cham wesentlich vergrößert. Um die derzeitigen Zweigstellen in Furth i. W., Kötztling, Roding und Waldmünchen mit dem Hauptgericht zusammenlegen zu können, soll in Cham auf vom Landkreis Cham und der Diözese Regensburg zu erwerbenden Grundstücken ein Neubau errichtet werden. Kosten der Ersteinrichtung rd. 250 000 DM. Die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen wird gemäß Abschnitt F Nrn. 2.2.2 und 5.6 RLBau bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage — Bau — ermittelt und mit dieser dem Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Planung durchgeführt und die Baumaßnahme begonnen.
197 149,0				44 744,3	

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM	1976 Tsd. DM	Verpflichtungsermächtigungen	
						1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	7	8
04 05		Justizvollzugsanstalten					
710 13	056	Justizvollzugsanstalten München Erweiterung der Justizvollzugs- anstalt München-Stadelheim 6. Bauabschnitt: Neubau eines weiteren Zellenge- bäudes und von Arbeitsbetriebs- räumen	4 000,0	3 500,0	1 000,0	2 000,0	2 000,0
710 14	056	Justizvollzugsanstalten München Erweiterung der Justizvollzugs- anstalt München-Stadelheim 4. Bauabschnitt: Errichtung eines Wirtschafts- und Betriebsgebäudes	—	—	1 445,0 — 1 045,0	—	—
710 15	056	Justizvollzugsanstalten München Erweiterung der Justizvollzugs- anstalt München-Stadelheim 5. Bauabschnitt: Errichtung eines Anstaltskranken- hauses, Planung	—	—	—	—	—
710 21	056	Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech Erstellung von Ersatzbauten für die durch Brand zerstörten land- wirtschaftlichen Gebäude der Au- ßenstelle Rothenfeld	800,0	800,0	800,0 — 200,0	500,0	500,0
710 31	056	Justizvollzugsanstalt Bernau am Chiemsee Sanierung des Hauptbaues	400,0	326,5	555,0 — 155,0	300,0	—
710 36	056	Justizvollzugsanstalt Bernau am Chiemsee Neubau des Arbeitsbetriebsgebäu- des I und einer Lagerhalle	400,0	347,0	600,0 — 200,0	300,0	—
710 37	056	Justizvollzugsanstalt Bernau am Chiemsee Verlegung und Neubau der An- staltsgärtnerei	—	—	300,0	—	—
710 38	056	Justizvollzugsanstalt Bernau am Chiemsee Errichtung eines weiteren Zellen- gebäudes	800,0	800,0	300,0	500,0	500,0
710 41	056	Justizvollzugsanstalt Ingolstadt Neubau einer Justizvollzugsanstalt mit Dienstwohngebäuden, Planung	—	150,0	—	—	—

Erläuterungen

Gesamt- baukosten Tsd. DM	Lt. technischer Prüfung vom ...	Bis einschl. Haushaltsj. 1975		Ab 1979 noch benötigt Tsd. DM	Bemerkungen
		bewilligt Tsd. DM	verausgabt Tsd. DM		
9	10	11	12	13	14
17 100,0	26. 11. 1975	1 000,0	—	7 600,0	Zu Kapitel 04 05 Titel 710 13 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
17 000,0	18. 11. 1968 16. 7. 1970 16. 8. 1971	13 955,0	13 700,5	—	Zu 710 14 Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Mit einer Einsparung in Höhe von rd. 2,645 Mio DM ist zu rechnen.
16 500,0	26. 3. 1971	137,5	42,4	16 362,5	Zu 710 15 Mit den Ausgaberesten wird die Planung fortgeführt.
3 215,0	10. 6. 1975	532,8	39,8	482,2	Zu 710 21 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
2 155,0	7. 5. 1974	1 028,5	692,8	—	Zu 710 31 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
2 500,0	22. 4. 1970 9. 8. 1974	1 353,0	557,6	—	Zu 710 36 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
1 100,0	26. 8. 1970 15. 9. 1972	800,0	746,7	—	Zu 710 37 Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
3 000,0	8. 12. 1975	260,0	4,7	840,0	Zu 710 38 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
15 000,0 geschätzt		—	—	14 850,0	Zu 710 41 Mit dem veranschlagten Betrag soll die Planung durchgeführt werden.

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM	1976 Tsd. DM	Verpflichtungsermächtigungen	
						1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	7	8
(04 05)							
<u>710 51</u>	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg/Donau Neubau einer Justizvollzugsanstalt mit Dienstwohngebäuden, Planung	—	200,0	—	—	—
711 22	056	Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau Schaffung zusätzlicher Einzelzel- len, von Unterrichts-, Arbeits-, Sozial- und Mehrzweckräumen, einer neuen Krankenabteilung und weiterer Verwaltungs- und Wirtschaftsräume sowie Sanie- rungsmaßnahmen	2 000,0	2 000,0	2 000,0 — 400,0	2 000,0	2 000,0
720 15	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Errichtung einer Vollzugsschule ..	—	2 500,0	1 500,0 — 200,0	2 500,0	1 500,0
<u>720 16</u>	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Generalsanierung des A-Flügels . Gesperrt.	800,0	400,0	—	—	—
720 21	056	Justizvollzugsanstalt Landshut Errichtung eines Arbeitsgebäudes mit Lagerräumen sowie Ausbau eines Freizeitraumes	52,0	—	150,0	—	—

Erläuterungen

Gesamt- baukosten Tsd. DM	Lt. technischer Prüfung vom ...	Bis einschl. Haushaltsj. 1975		Ab 1979 noch benötigt Tsd. DM	Bemerkungen
		bewilligt Tsd. DM	verausgabt Tsd. DM		
9	10	11	12	13	14
20 000,0 geschätzt		—	—	19 800,0	Zu 710 51 Der Erwerb eines geeigneten Baugrundstücks steht in Aussicht. In Bayern sind drei Jugendstrafanstalten vorhanden. Eine Jugendstrafanstalt soll auf eine Kapazität von höchstens 200 Gefangenen abgestellt sein, die alle einzeln untergebracht werden können. Die Jugendstrafanstalten Ebrach und Niederschönenfeld sind mit 425 und 311 Plätzen zu groß; dazu kommt, daß 148 bzw. 49 Plätze auf Gemeinschaftsräume entfallen. Die Jugendstrafanstalt Laufing-Lebenau wird erst nach Durchführung des eingeleiteten Ausbaues (04 05/711 22) den Anforderungen eines Behandlungsvollzugs entsprechen. Derzeit entfallen von der Gesamtbelegungsfähigkeit (180) die meisten Plätze (108) auf Gemeinschaftsunterbringung. Im Jahre 1975 waren die drei Anstalten im Durchschnitt mit 444, 304 und 198 Gefangenen überbelegt. Da die Gesamtzahl der verurteilten Jugendlichen im Verhältnis zu den Erwachsenen ständig erheblich ansteigt, ist eine entsprechende Vorsorge durch den Bau einer weiteren Vollzugsanstalt für den Jugendstrafvollzug unerlässlich. Kosten der Ersteinrichtung rd. 2 000 000 DM. Jährliche Haushaltsmehrbelastungen rd. 400 000 DM. Mit dem veranschlagten Betrag wird die Planung durchgeführt.
13 000,0	16. 1. 1976	350,0	151,9	7 050,0	Zu 711 22 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
7 700,0	10. 9. 1976	1 000,0	105,7	2 900,0	Zu 720 15 Mit dem veranschlagten Betrag wird die Baumaßnahme fortgeführt.
1 200,0 geschätzt		—	—	—	Zu 720 16 Die Zellengebäude der Justizvollzugsanstalt Straubing, in der langfristige Freiheitsstrafen vollzogen werden, müssen dringend umfassend instandgesetzt und modernisiert werden. Ein Teil dieser Sanierungsarbeiten ist bereits durchgeführt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme durchgeführt.
380,0	4. 6. 1975	178,0	61,0	—	Zu 720 21 Mit dem veranschlagten Betrag wird die Baumaßnahme abgeschlossen.

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM	1976 Tsd. DM	Verpflichtungsermächtigungen	
						1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	7	8
(04 05)							
725 10	056	Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld Errichtung eines Unterkunfts- und Wirtschaftsgebäudes sowie Ausbau einer Maschinenhalle und eines Getreidelagers im Gut Neuhof, ferner Abbruch der ehemaligen landwirtschaftlichen Gebäude und Neubau eines Werkstätten- und Arbeitsbetriebsgebäudes sowie eines Heizhauses und Schaffung von Lehrwerkstätten im Innenbe- reich der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld Gesperrt über den festgesetzten Betrag hinaus.	500,0	2 000,0	400,0 — 100,0	2 000,0	2 000,0
725 22	056	Justizvollzugsanstalt Kaisheim Durchführung von baulichen Brandschutz- und Sanierungsmaß- nahmen	300,0	300,0	400,0	200,0	200,0
725 23	056	Justizvollzugsanstalt Kaisheim Neubau einer Heizzentrale, Er- neuerung und Verbesserung der Stromversorgungseinrichtungen sowie Sanierungsmaßnahmen	500,0	500,0	600,0	400,0	200,0
725 51	056	Justizvollzugsanstalten Augsburg Errichtung einer sozialtherapeuti- schen Anstalt Gesperrt.	—	—	—	—	—
730 01	056	Justizvollzugsanstalten Nürnberg Umbau und Instandsetzung sowie Erweiterung der Untersuchungs- haftanstalt und Errichtung eines Anbaues für das Schnellgericht ..	300,0	—	1 000,0	—	—
730 02	056	Justizvollzugsanstalten Nürnberg Weiterer Ausbau der Justizvoll- zugsanstalten: Neubau von 51 Dienstwohnungen	200,0	—	1 500,0 — 200,0	—	—

Erläuterungen

Gesamt- baukosten Tsd. DM	Lt. technischer Prüfung vom ...	Bis einschl. Haushaltsj. 1975		Ab 1979 noch benötigt Tsd. DM	Bemerkungen
		bewilligt Tsd. DM	verausgabt Tsd. DM		
9	10	11	12	13	14
7 480,0 geschätzt davon festgesetzt 1 930,0	12. 6. 1970	1 247,5	768,3	3 432,5	Zu 725 10 Die Gesamtbaukosten haben sich von 1,93 Mio DM um rd. 5,55 Mio DM auf rd. 7,48 Mio DM erhöht. Die Erhöhung ist im wesentlichen zurückzuführen auf a) die bereits genehmigten Änderungen bei den Baumaßnahmen im Innenbereich der Anstalt in Niederschönenfeld (Neubau anstelle des ursprünglich vorgesehenen Umbaus landwirtschaftlicher Gebäude), b) die zusätzlichen Teilmaßnahmen Neubau eines Heizhauses und Schaffung von Lehrwerkstätten. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
2 820,0	6. 7. 1970 18. 6. 1976	300,0	—	1 520,0	Zu 725 22 Die festgesetzten Gesamtbaukosten haben sich auf Grund von a) Lohn- und Materialpreissteigerungen (rd. 466 000 DM), b) Massenmehrungen (Einbeziehung zusätzlicher Instandsetzungsmaßnahmen und Berücksichtigung unerlässlicher Ausführungsänderungen mit insgesamt rd. 1 204 000 DM) von 1,15 Mio DM um 1,67 Mio DM auf 2,82 Mio DM erhöht. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
1 800,0	25. 3. 1975	200,0	12,6	—	Zu 725 23 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
50 000,0 geschätzt		2 078,2	274,1	47 921,8	Zu 725 51 Die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen wird gemäß Abschnitt F Nrn. 2.2.2 und 5.6 RL Bau bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage — Bau — ermittelt und mit dieser dem Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht. Mit den Ausgaberesten wird die Planung fortgeführt.
11 075,0	30. 8. 1965 26. 7. 1974	9 775,0	9 345,2	—	Zu 730 01 Mit dem veranschlagten Betrag wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
5 300,0	8. 9. 1970 28. 11. 1973	3 800,0	4 058,1 (Vorgriff)	—	Zu 730 02 Mit dem veranschlagten Betrag wird die Baumaßnahme abgeschlossen.

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM	1976 Tsd. DM	Verpflichtungsermächtigungen	
						1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	7	8
(04 05)							
730 03	056	Justizvollzugsanstalten Nürnberg Weiterer Ausbau der Justizvoll- zugsanstalten: Errichtung eines Versorgungszen- trums (Küche und weitere Wirt- schaftsbetriebseinrichtungen) und eines Heizhauses	1 200,0	1 500,0	1 200,0 — 300,0	1 500,0	1 000,0
730 04	056	Justizvollzugsanstalten Nürnberg Weiterer Ausbau der Justizvoll- zugsanstalten Neubau eines Zellengebäudes und von Arbeitsbetriebsgebäuden . . . Gesperrt.	50,0	200,0	200,0 — 100,0	—	—
735 02	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Gesamtausbau der Justizvollzugs- anstalt Neubau eines Versorgungszen- trums (Küche, Bäckerei, Metzgerei, Wäscherei, Heizzentrale)	300,0	270,0	800,0 — 100,0	200,0	—
<u>735 03</u>	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Gesamtausbau der Justizvollzugs- anstalt Neubau einer Werkhalle und Er- weiterung der Umfassungsmauer Gesperrt.	350,0	400,0	—	—	200,0
<u>735 04</u>	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Durchführung von Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen	400,0	400,0	—	—	200,0
735 62	056	Justizvollzugsanstalten St. Georgen-Bayreuth Erneuerung und teilweise Erwei- terung der Umfassungsmauer des Tbc-Krankenhauses	135,0	—	200,0	—	—

Erläuterungen

Gesamt- baukosten Tsd. DM	Lt. technischer Prüfung vom ...	Bis einschl. Haushaltsj. 1975		Ab 1979 noch benötigt Tsd. DM	Bemerkungen
		bewilligt Tsd. DM	verausgabt Tsd. DM		
9	10	11	12	13	14
9 400,0	5. 8. 1976	250,0	100,0	5 550,0	Zu 730 03 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
15 000,0 geschätzt		—	—	14 650,0	Zu 730 04 Kosten der Ersteinrichtung rd. 600 000 DM. Die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen wird gemäß Abschnitt F Nrn. 2.2.2 und 5.6 RL Bau bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage — Bau — ermittelt und mit dieser dem Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anläßlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Planung fortgeführt.
4 480,0	3. 9. 1970	3 210,0	3 110,0	—	Zu 735 02 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
1 800,0 geschätzt		—	—	1 050,0	Zu 735 03 Das vorgesehene Baugrundstück ist Staatseigentum. Im Rahmen des Ausbaus des Berufsausbildungsprogramms für die Jugendanstalten ist es notwendig, in der Justizvollzugsanstalt Ebrach eine neue Werkhalle zu errichten. In ihr sollen die bisher sehr beengt und unzulänglich untergebrachten Schlosserei-, Spenglerei-, Installations-, Elektro- und Malereibetriebe eingerichtet werden. Kosten der Ersteinrichtung rd. 300 000 DM. Jährliche Haushaltsmehrbelastungen rd. 20 000 DM. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme begonnen.
2 000,0	8. 6. 1976	—	—	1 200,0	Zu 735 04 Im Ostteil des Hauptbaues der Justizvollzugsanstalt Ebrach müssen sowohl im Zellen- wie im Werkstättenbereich Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Die teilweise schadhafte Ofenheizung ist durch eine Warmwasserheizung zu ersetzen; Brandabschnitte sind herzustellen; zusätzliche Treppenhäuser und eine Aufzugsanlage sind einzubauen. Wegen Schwammbefalls sind im mittleren Konventbau zusätzliche Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme begonnen.
535,0	17. 2. 1975	200,0	27,3	—	Zu 735 62 Mit dem veranschlagten Betrag wird die Baumaßnahme abgeschlossen.

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM	1976 Tsd. DM	Verpflichtungsermächtigungen	
						1977 Tsd. DM	1978 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	7	8
(04 05)							
<u>735 63</u>	056	Justizvollzugsanstalten St. Georgen-Bayreuth Gesamtausbau der Justizvollzugs- anstalten Neubau eines Versorgungszen- trums (Küche, Bäckerei, Wäsche- rei, Heizzentrale, Stromversor- gung) Gesperrt.	—	300,0	—	—	2 000,0
745 03	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Verlegung des Landwirtschaftsbe- triebs und der Gärtnerei Gesperrt.	500,0	1 000,0	50,0	800,0	—
<u>745 11</u>	056	Justizvollzugsanstalt Weiden Neubau einer Justizvollzugsan- stalt, Planung	—	200,0	—	—	—
Summe Kap. 04 05			13 987,0	18 093,5	15 000,0 — 3 000,0	13 200,0	12 300,0
Zusammenstellung der Anlage S Epl. 04							
Kapitel 04 04			27 897,0	24 700,0	27 675,0 — 5 535,0	25 160,0	12 020,0
Kapitel 04 05			13 987,0	18 093,5	15 000,0 — 3 000,0	13 200,0	12 300,0
Gesamtausgaben Anlage S Epl. 04			41 884,0	42 793,5	42 675,0 — 8 535,0	38 360,0	24 320,0

Erläuterungen

Gesamt- baukosten Tsd. DM	Lt. technischer Prüfung vom...	Bis einschl. Haushaltsj. 1975		Ab 1979 noch benötigt Tsd. DM	Bemerkungen
		bewilligt Tsd. DM	verausgabt Tsd. DM		
9	10	11	12	13	14
8 800,0 geschätzt		—	—	8 500,0	<p>Zu 735 63 Das vorgesehene Baugrundstück ist Staatseigentum. Verschiedene, in den Jahren 1702 bis 1735 errichtete Gebäude der Justizvollzugsanstalten St. Georgen-Bayreuth weisen so starke Schäden auf, daß eine Generalinstandsetzung unwirtschaftlich wäre. Betroffen sind insbesondere die Räume, in denen Küche und Wäscherei untergebracht sind.</p> <p>Die Elektroanlagen sind veraltet und entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Es fehlt eine Notstromversorgung. Teile der Heizungsanlage sind verbraucht, so daß sich die Kosten einer Generalüberholung nicht mehr lohnen würden.</p> <p>Ein Neuausbau der Justizvollzugsanstalten St. Georgen-Bayreuth ist daher unumgänglich. Als erste Stufe des Gesamtausbaues ist der Neubau eines Versorgungszentrums vorgesehen.</p> <p>Kosten der Ersteinrichtung rd. 500 000 DM. Jährliche Haushaltsmehrbelastungen rd. 200 000 DM. Mit dem veranschlagten Betrag wird die Planung abgeschlossen und die Baumaßnahme begonnen.</p>
2 200,0 geschätzt		—	—	650,0	<p>Zu 745 03 Kosten der Ersteinrichtung rd. 150 000 DM. Die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen wird gemäß Abschnitt F Nrn. 2.2.2 und 5.6 RL Bau bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage — Bau — ermittelt und mit dieser dem Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anläßlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.</p> <p>Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme begonnen.</p>
8 000,0 geschätzt		—	—	7 800,0	<p>Zu 745 11 Das vorgesehene Baugrundstück ist Staatseigentum. Der Bauzustand der in einem rd. 250 Jahre alten ehemaligen Klostergebäude untergebrachten Justizvollzugsanstalt Weiden ist schlecht. Die für die Unterbringung von Untersuchungsgefangenen notwendigen Einzelzellen sind nicht in ausreichender Zahl vorhanden. Es fehlen Räume für Arbeit, Freizeitgestaltung und Unterricht. Sport kann wegen Platzmangels nicht betrieben werden. Da ein Erweiterungsbau nicht möglich ist und eine Modernisierung unwirtschaftlich erscheint, soll eine neue Anstalt errichtet werden.</p>
250 540,0				162 159,0	<p>Kosten der Ersteinrichtung rd. 500 000 DM. Jährliche Haushaltsmehrbelastungen rd. 300 000 DM. Mit dem veranschlagten Betrag wird die Planung durchgeführt.</p>
197 149,0				44 744,3	
250 540,0				162 159,0	
447 689,0				206 903,3	

